Europäische Kommission

FLASH EUROBAROMETER 561

Öffentliche Meinung zu städtischen Herausforderungen und Investitionen in Städten

EUROBAROMETER BERICHT

MÄRZ - APRIL 2025

ON-LINE EUROBAROMETER

Flash Eurobarometer 561 --- Öffentliche Meinung zu städtischen Herausforderungen und Investitionen in Städten

Umfrage von Ipsos European Public Affairs auf Ersuchen der Europäischen Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung

Von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation, koordinierte Umfrage (Referat der GD COMM „Öffentliche Meinung und Bürgerbeteiligung“)

Dieses Dokument entspricht nicht dem Standpunkt der Europäischen Kommission. Die darin enthaltenen Interpretationen und Meinungen sind ausschließlich die der Autoren.

Projekttitel	Flash-Eurobarometer 561 – Öffentliche Meinung zu städtischen Herausforderungen und Investitionen in Städten
	Bericht
	EN
Katalognummer	KN-01-25-047-DE-N
ISBN	978-92-68-28516-9
	doi:10.2776/1770413

© Europäische Union, 2025

https://europa.eu/eurobarometer

Dokument von Pierre Dieumegard für Europe-Democracy-Esperanto

Zweck dieses "vorläufigen" Dokuments ist es, mehr Menschen in der Europäischen Union in die Lage zuversetzen, Kenntnis von Dokumenten zu erlangen, die von der Europäischen Union erstellt (und durch ihre Steuern finanziert) werden.

Wenn es keine Übersetzungen gibt, wer den die Bürger von der Debatte ausgeschlossen.

Dieses Dokument „Eurobarometer“existierte nur in englischer Sprache in einer PDF-Datei. Aus dererSten Dateihaben wir eine odt-Datei erstellt, die von der Libre Office-Softwarefür die maschinelle Übersetzung in andere Sprachen erstellt wurde. Die Ergebnisse sind nunin allen Amtssprachen verfügbar.

Es ist wünschenswert, dass die EU-Verwaltung die Übersetzung wichtiger Dokumente übernimmt. „Wichtige Dokumente“ sind nicht nur Gesetze und Verordnungen, sondern auch wichtige Informationen, die erforderlich sind, um gemeinsam fundierte Entscheidungen zu treffen.

Um unsere gemeinsame Zukunft gemeinsam zu diskutieren und zuverlässige Übersetzungen zu ermöglichen, wäre die internationale Sprache Esperanto aufgrund ihrer Einfachheit, Regelmäßigkeit und Genauigkeit sehr nützlich.

Kontaktieren Sie uns :

Kontakto (europokune.eu)

https://e-d-e.org/-Kontakti-EDE

Inhaltsverzeichnis

Einleitung....4
Wichtigste Feststellungen....6
Lokale Herausforderungen in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten....6
Vorrangige Bereiche für Investitionen....6
Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Umwelt....7
Zusammenarbeit Stadt-Land....8
Beteiligung an der lokalen Entscheidungsfindung....8
Unterstützung der Lebensfähigkeit der Städte....9
1. Lokale Herausforderungen in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten....10
1.1. Die dringendsten Probleme....10
1.2. Aspekte, die am meisten verbessert werden müssen....16
2. Vorrangige Bereiche für Investitionen....23
2.1. Maßnahmen zur Verbesserung der Erschwinglichkeit von Wohnraum....23
2.2. Stärkung der lokalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes....30
2.3. Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Inklusion....37
2.4. Investitionen in die Verbesserung der Mobilität....44
3. Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Umwelt....51
4. Zusammenarbeit Stadt-Land....58
5. Beteiligung an der lokalen Entscheidungsfindung....66
5.1. Wahrnehmung der lokalen Entscheidungsfindung....66
5.2. Möglichkeiten, sich an der lokalen Entscheidungsfindung zu beteiligen....72
6. Unterstützung der Lebensfähigkeit der Städte....78
6.1. Jüngste Veränderungen in der Lebensfähigkeit....78
6.2. Sensibilisierung für die EU-Unterstützung zur Verbesserung der Lebensfähigkeit in Städten 81
Technische Spezifikationen....84
Anmerkungen....86
Wie üblich (noch mehr als üblich) sind die Unterschiede zwischen den Ländern größer als zwischen den sozialen Gruppen....86
Die Prioritäten zur Verbesserung des Lebens der Menschen sind von Land zu Land unterschiedlich....88
Fragebogen....90

Einleitung

Heute leben 75 % der Menschen in der Europäischen Union (EU) in Städten und städtischen Gebieten. Diese Zahl soll bis 2050 auf 78 Prozent ansteigen. Städte sind die Wirtschaftsmotoren der EU. Sie tragen zu einem wichtigen Anteil des BIP und der Beschäftigung bei. Städte sind daher von zentraler Bedeutung für den ökologischen, digitalen und demografischen Wandel, den die EU auf gerechte und faire Weise erreichen muss. Städte bieten Chancen für die Menschen – in Bezug auf den Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und anderen grundlegenden Dienstleistungen, Kulturgenuss und eine hohe Lebensqualität.

Die Städte sind jedoch auch mit einer Konzentration von Herausforderungen konfrontiert, die sich aus der hohen Bevölkerungsdichte, dem zunehmenden Mangel an erschwinglichem und hochwertigem Wohnraum, der sozialen Segregation, Armutsgrenzen, den Auswirkungen der Klima- und Biodiversitätskrise usw. ergeben. Da die Herausforderungen nach wie vor bestehen, investiert die EU in ihre Städte und städtischen Gebiete.

Der Verstädterungsgrad (DEGURBA) ist eine Klassifikation, die den Charakter eines Gebiets angibt. Es klassifiziert das Territorium eines Landes auf einem städtisch-ländlichen Kontinuum. DEGURBA kombiniert die Bevölkerungsgröße und die Schwellenwerte für die Bevölkerungsdichte, um drei verschiedene Klassen festzulegen:

- Städte
- Städte und Vororte
- ländliche Gebiete[1]

Im Namen der Europäischen Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung, befragte Ipsos European Public Affairs repräsentative Stichproben von EU-Bürgern (ab 15 Jahren) in Städten, Städten und Vororten sowie ländlichen Gebieten in jedem der 27 EU-Mitgliedstaaten.[2] Zwischen dem 26. März und dem 8. April 2025 wurden 31 855 Interviews über computergestützte Web-Interviews (CAWI) unter Verwendung von Ipsos-Online-Panels und ihres Partnernetzwerks durchgeführt.

1 Weitere Informationen finden Sie unter: https://ec.europa.eu/eurostat/web/degree-of-urbanisation/information-data

2 In Zypern, Luxemburg und Malta betrafen die Stichproben nur Städte sowie Vororte und Städte.

Anmerkungen

- Die Erhebungsergebnisse unterliegen Stichprobentoleranzen, was bedeutet, dass nicht alle offensichtlichen Unterschiede zwischen Ländern und soziodemografischen Gruppen statistisch signifikant sein können. Daher werden im Text nur Unterschiede hervorgehoben, die statistisch signifikant sind (bei einem Konfidenzniveau von 5 %), d. h. wenn hinreichend sicher sein kann, dass sie nicht zufällig aufgetreten sind.
- Die Erhebungsdaten werden anhand der geschlechtsspezifischen Bevölkerungsverteilungen anhand der Gewichtung nach der Stratifizierung auf das marginale Alter gewichtet. Die durchschnittlichen Ergebnisse der EU-27 werden nach der Größe der über 15 Einwohner gewichtet, die in Städten, Städten und Vororten sowie in ländlichen Gebieten in jedem der 27 Mitgliedstaaten leben.
- Antwortprozentsätze übersteigen 100 %, wenn die Frage es den Befragten ermöglicht, mehrere Antworten auszuwählen.
- In diesem Bericht werden die Länder mit ihrer offiziellen Abkürzung, wie unten angegeben, bezeichnet.

Sortierung der Diagramme in diesem Bericht

EU-Ergebnisse (insgesamt)

- Tabellen, in denen die Ergebnisse EU-weit im Durchschnitt dargestellt werden, sind in absteigender Reihenfolge nach dem Anteil der Befragten in der gesamten EU sortiert, die eine Antwort auswählen (mehrere Antwortfragen), oder nach dem Anteil der Befragten in der gesamten EU, die die zu analysierende Antwort auswählen (bei Grid-Fragen auf der Grundlage einer Reihe von Aussagen).

Diagramme mit Schwerpunkt auf Städten (und Städten im Vergleich zu Städten, Vororten und ländlichen Gebieten)

- Bei Fragen mit mehreren Antworten werden die Diagramme in diesem Bericht in absteigender Reihenfolge sortiert, basierend auf dem Anteil der Befragten in den Städten, die jede der Antworten auswählen. Wenn zwei Antworten von einem gleichen Anteil der Befragten in Städten ausgewählt werden, basiert die Sortierung auf den durchschnittlichen Anteilen für Städte, Städte und Vororte sowie ländliche Gebiete.
- Bei Fragen zu einzelnen Antworten im Rasterformat (basierend auf einer Reihe von Aussagen) basiert die Sortierung der Aussagen auf dem Anteil der Befragten in Städten, die die zu analysierende Antwort auswählen (z. B. „ein unmittelbares und dringendes Problem“). Wenn der analysierte Anteil für zwei Aussagen gleich ist, wird bei der Sortierung zunächst berücksichtigt, ob der analysierte Anteil die Summe aus zwei Antworten ist (z. B. „total zustimmen“ und „etwas zustimmen“) – in diesem Fall wird die Aussage mit dem größten Anteil der extremsten Antwort (z. B. „total zustimmen“) an erster Stelle gereiht. Wenn nur eine Antwort analysiert wird und diese Antwort für zwei oder mehr Aussagen von einem gleichen Anteil der Befragten in Städten ausgewählt wird, basiert die Sortierung der Aussagen erneut auf den durchschnittlichen Anteilen für Städte, Städte und Vororte sowie ländliche Gebiete.

BE	Belgien	FR	Frankreich	NL	Niederlande
BG	Bulgarien	Persona labteilun g	Kroatien	AT	Österreich
CZ	Tschechien	IT	Italien	PL	Polen
DK	Dänemark	CY	Vertreter Zyperns*	PT	Portugal
DE	Deutschland	LV	Lettland	RO	Rumänien
EE	Estland	LT	Litauen	SI	Slowenien
IE	Irland	LU	Luxemburg	SK	Slowakei
EL	Griechenland	HU	Ungarn	FI	Finnland
ES	Spanien	MT	Malta	SE	Schweden

Zypern als Ganzes ist einer der 27 EU-Mitgliedstaaten. Aus praktischen Gründen werden Interviews nur in dem von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Teil des Landes durchgeführt.

Wichtigste Feststellungen

Lokale Herausforderungen in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten

Die dringendsten Probleme

- Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist bei weitem das dringlichste Problem für die Befragten, die in Städten leben, wobei 51 % dies für ein unmittelbares und dringendes Problem halten. Ein Drittel der Befragten (33 %) gibt an, dass Arbeitslosigkeit oder fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten ein dringendes Problem in ihrer Stadt sind; Ähnliche Zahlen werden auch für den Mangel an qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen (32%) und Armut oder Obdachlosigkeit (32%).
- Die Befragten, die in Städten und Vororten leben, halten verschiedene Probleme für am dringlichsten. Obwohl beispielsweise der Mangel an bezahlbarem Wohnraum sowohl in den Städten als auch in den Städten und Vororten das größte Problem darstellt, gibt es einen bemerkenswerten Unterschied in der Wahrnehmung: 51% der Stadtbewohner halten es für ein dringendes Problem im Vergleich zu 37% der Menschen, die in Vororten und Städten leben. In ländlichen Gebieten antworten 28 % der Befragten, dass der Mangel an erschwinglichem Wohnraum ein unmittelbares und dringendes Problem ist, während ein größerer Anteil (36 %) sich Sorgen über den Mangel an hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen macht.

Aspekte, die am meisten verbessert werden müssen

- Die beiden Aspekte, die für die in Städten lebenden Befragten am dringendsten verbessert werden müssen, sind die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen (von 42 %) und die Sicherheit im öffentlichen Raum (36 %). Darauf folgen die Verfügbarkeit von erschwinglichen und gut angebundenen öffentlichen Verkehrsmitteln sowie wirtschaftliche Entwicklung und Geschäftsmöglichkeiten, die jeweils von 29 % der Befragten genannt werden.
- Die Befragten, die in Städten (36 %) leben, sind eher geneigt als diejenigen, die in Städten und Vororten (24 %) oder in ländlichen Gebieten (14 %) leben, zu denken, dass die Sicherheit im öffentlichen Raum dort verbessert werden muss, wo sie leben. Die Verfügbarkeit erschwinglicher und gut angebundener öffentlicher Verkehrsmittel wird von einem größeren Anteil der Befragten in Städten und Vororten (34 %) und ländlichen Gebieten (42 %) als Problem angesehen als in Städten (29 %). dies gilt auch für die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung und der Geschäftsmöglichkeiten.

Vorrangige Bereiche für Investitionen

Maßnahmen zur Verbesserung der Erschwinglichkeit von Wohnraum

- Fast neun von zehn Befragten, die in Städten leben (88 %), sind der Meinung, dass ihre Stadt von der Renovierung bestehender Wohnungen profitieren würde, um die Energiekosten zu senken. Die Mehrheit der Stadtbewohner ist auch der Ansicht, dass die Erschwinglichkeit von Wohnraum in ihrer Stadt verbessert werden könnte, indem mehr neuen erschwinglichen Wohnraum gebaut (z. B. durch Anreize) (83 %), die Mietpreise überwacht und Mietunterstützungsprogramme (z. B. Mietobergrenzen, Mietgutscheine) (82 %), Erstkäufern und schutzbedürftigen Gruppen finanzielle Unterstützung oder steuerliche Anreize gewährt (82 %) und Maßnahmen zur Kontrolle von Immobilienspekulationen ergriffen werden (z. B. durch Besteuerung leerstehender Immobilien, Regulierung von Kurzzeitmieten oder durch Begrenzung der Zahl der Touristen) (75 %).
- Die Befragten in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten unterscheiden sich nicht wesentlich in den Gesamtanteilen, die von den verschiedenen Maßnahmen zur Verbesserung der Erschwinglichkeit ihres Wohnorts profitieren.

Stärkung der lokalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes

- Alle in der Umfrage aufgeführten Maßnahmen werden von den Befragten, die in Städten leben, in hohem Maße unterstützt. Nahezu neun von zehn Befragten (88 %) halten die Unterstützung lokaler kleiner und mittlerer Unternehmen für eine wichtige Maßnahme zur Stärkung der lokalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in ihrer Stadt. Etwas niedrigere Anteile halten es für wichtig, unternehmerische Fähigkeiten junger Menschen (83 %) oder Umschulungs- und Weiterbildungskräfte (83 %) zu entwickeln. Etwa drei Viertel (74 %) geben an, dass die Verbesserung der digitalen Dienste und Infrastruktur für Bürger und Unternehmen (z. B. Breitband-Internetzugang, WLAN, digitale Dienste) die lokale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in ihrer Stadt stärken wird.

- Die Befragten, die in Städten, Städten und Vororten sowie in ländlichen Gebieten leben, unterscheiden sich nicht wesentlich in der Bedeutung, die sie den verschiedenen Maßnahmen zur Stärkung der lokalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes an ihrem Wohnort beimessen.

Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Inklusion

- Der Investitionsbereich zur Stärkung der sozialen Inklusion, der am häufigsten von den Befragten ausgewählt wird, die in Städten leben, sind bessere Wohnmöglichkeiten für bedürftige Menschen (z. B. einkommensschwache Haushalte oder schutzbedürftige Gruppen) (42 %). Es folgen Hilfe bei der Arbeitssuche und beim Zugang zur Arbeit (35 %) und Zugang zur Gesundheitsversorgung (34 %), die jeweils von etwa einem Drittel der Stadtbewohner erwähnt werden, und Zugang zur Pflege für Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, wie etwa drei von zehn Befragten (29 %) anführen.

- Ein höherer Anteil der Befragten, die in Städten (42 %) und in Städten und Vororten (40 %) leben, nennt bessere Wohnmöglichkeiten für bedürftige Menschen als Investitionsgebiet im Vergleich zu denen, die in ländlichen Gebieten leben (31 %). Im Gegensatz dazu geben die Befragten in ländlichen Gebieten (41 %) mit größerer Wahrscheinlichkeit als die Befragten in Städten (34 %) und Städten und Vororten (35 %) den Zugang zur Gesundheitsversorgung als Investitionsbereich an, um die soziale Inklusion an ihrem Wohnort zu stärken.

Investitionen in die Verbesserung der Mobilität

- Erhöhte Frequenz des öffentlichen Verkehrs (Bus, Straßenbahn, U-Bahn) ist das Gebiet, das von den Befragten, die in Städten leben, am meisten erwähnt wird (51%). Es folgen Transportmöglichkeiten für den Pendelverkehr in die umliegenden Gemeinden (38 %) und Verbesserungen im Verkehrsmanagement (38 %). Radwege (29 %) und begehbare Gebiete (27 %) werden jeweils von mehr als einem Viertel der Befragten erwähnt, die in Städten leben.

- Die Befragten, die in ländlichen Gebieten leben (50 %), erwähnen mit größerer Wahrscheinlichkeit, dass Investitionen in Verkehrsoptionen für das Pendeln in die umliegenden Gemeinden am dringendsten erforderlich sind, verglichen mit denen, die in Städten und Vororten (40 %) oder Städten (38 %) leben. Umgekehrt werden in Städten lebende Befragte eher als in Städten und Vororten und in ländlichen Gebieten lebende Befragte als vorrangige Investitionsbereiche genannt: Verbesserungen im Verkehrsmanagement (38 % gegenüber 22 % bis 31 %), begehbare Gebiete (27 % gegenüber 21 % bis 23 %) und autofreie Zonen (20 % gegenüber 11 % bis 14 %).

Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Umwelt

- Etwa drei Viertel der Befragten, die in Städten leben (74 %), geben an, dass ihre lokalen Behörden keine oder nicht genügend Maßnahmen ergreifen, um die Energieeffizienz von Gebäuden anzugehen. In ähnlicher Weise antworten fast drei Viertel (73 %) der Befragten in Städten, dass keine Maßnahmen ergriffen werden oder dass nicht genügend Maßnahmen ergriffen

werden, um Bedrohungen durch Hitzewellen oder Überschwemmungen zu begegnen (z. B. durch die Schaffung schattenreicher Straßen, Orte für die Eindämmung von Wasser usw.); Derselbe Anteil (73 %) wird auch für Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung gesehen.

Stadtbewohner (73 %) antworten häufiger als die Befragten in Städten und Vororten (69 %) und in ländlichen Gebieten (61 %), dass ihre lokalen Behörden keine oder keine ausreichenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung ergreifen. Umgekehrt sind die Stadtbewohner (69%) weniger wahrscheinlich als diejenigen, die in Städten und Vororten (75%) und in ländlichen Gebieten (78%) leben, zu denken, dass keine Maßnahmen ergriffen werden oder dass nicht genügend Maßnahmen im Bereich des nachhaltigen öffentlichen Verkehrs als Alternative zur Nutzung des Autos ergriffen werden.

Zusammenarbeit Stadt-Land

- Bei der Auswahl der Art der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land, die für die Menschen in ihrer Stadt am vorteilhaftesten sein könnte, wählt der größte Anteil der Befragten, die in Städten leben, eine Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen Städten und nahe gelegenen Städten und Dörfern (46 %). Die Verbesserung des koordinierten und ausreichenden Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen ist die zweithöchste Form der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land (39 %). Danach geht es darum, den Mangel an Arbeitsplätzen zu beheben, indem mehr Menschen aus der Region angezogen werden (32 %) und der Zugang zu hochwertigen, in der Nähe hergestellten Lebensmitteln verbessert wird (32 %).

- Die Befragten in ländlichen Gebieten (53 %) sind eher der Meinung als diejenigen, die in Städten und Vororten (47 %) und in Städten (46 %) leben, dass eine Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen Städten und nahe gelegenen Städten und Dörfern für die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land von Vorteil wäre. Ein ähnliches Muster ist bei der Verbesserung des koordinierten und ausreichenden Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen zu beobachten. Alle anderen Formen der Zusammenarbeit werden eher von Befragten genannt, die in Städten leben, als von Befragten, die in ländlichen Gebieten leben.

Beteiligung an der lokalen Entscheidungsfindung

Wahrnehmung der lokalen Entscheidungsfindung

Obwohl 65 % der Bürger, die in Städten leben, zustimmen, wenn sie gefragt werden, ob sie sich stärker an Entscheidungen beteiligen möchten, die ihren Wohnort betreffen, stimmen nur 37 % zu, dass ihre lokalen Behörden die Bürger ausreichend in Entscheidungen einbeziehen. Etwa jeder zweite (51%) stimmt zu, wenn er gefragt wird, ob er sich der Möglichkeiten bewusst ist, Entscheidungen zu beeinflussen, die den Ort beeinflussen, an dem er lebt.

- Die Befragten in ländlichen Gebieten stimmen eher darin überein, dass die lokalen Behörden die Bürger ausreichend in Entscheidungen einbeziehen, die ihren Wohnort betreffen (43 % gegenüber 37 % in Städten und Vororten).

Möglichkeiten, sich an der lokalen Entscheidungsfindung zu beteiligen

- Etwa jeder fünfte (21%) Befragte in Städten unterzeichnete eine Petition. Kleinere Anteile (jeweils über 10 %) trugen zu Umfragen über lokale Politiken und Dienstleistungen bei (15 %), nahmen an einer Bürgerkonsultation (13 %) teil oder nahmen an öffentlichen Sitzungen oder Veranstaltungen teil, die vom Gemeinderat organisiert wurden (12 %). Etwa vier von zehn Befragten (42 %), die in Städten leben, geben an, in den letzten fünf Jahren nicht an lokalen Entscheidungsprozessen teilgenommen zu haben.

- Die Befragten in ländlichen Gebieten berichten eher, dass sie an einer öffentlichen Versammlung oder Veranstaltung teilgenommen haben, die von ihrem Gemeinderat organisiert wurde (16 % gegenüber 12 % bis 13 % in Städten und Vororten) oder ihre gewählten Vertreter kontaktiert haben (12 % gegenüber 8 % bis 10 %). Der Anteil der Befragten, die in den letzten fünf Jahren an keiner Form lokaler Entscheidungsfindung teilgenommen haben, ist in Städten und Vororten etwas höher (46 % gegenüber 41 % bis 42 % in Städten und ländlichen Gebieten).

Unterstützung der Lebensfähigkeit der Städte

Jüngste Veränderungen in der Lebensfähigkeit

- Mehr als ein Drittel der Bürger, die in Städten leben (36 %), geben an, dass sich die Lebensfähigkeit in ihrer Stadt verbessert hat. Ein Drittel der Befragten (33%) hat keine Veränderung gesehen, während drei von zehn (30%) eine Verschlechterung der Lebensfähigkeit ihrer Stadt berichten.
- Die Wahrnehmung der Lebensfähigkeit ist in den Städten und Vororten etwas weniger positiv, wo ein geringerer Anteil eine Verbesserung der Lebensfähigkeit zu verzeichnen hat (32 % gegenüber 36 % in den Städten). Die Befragten in ländlichen Gebieten sind insgesamt am positivsten, wobei etwa doppelt so viele berichten, dass sich die Lebensfähigkeit dort, wo sie leben, eher verbessert als verschlechtert hat (39 % gegenüber 20 %).

Sensibilisierung für die EU-Unterstützung zur Verbesserung der Lebensfähigkeit in Städten

- Fast jeder zweite Befragte, der in Städten lebt (47 %), gibt an, über EU-Projekte oder -Interventionen zur Förderung der Lebensfähigkeit und der nachhaltigen Entwicklung informiert zu sein (davon sind 25 % über solche Projekte und Interventionen in ihrer eigenen Stadt und 22 % über Projekte und Interventionen an anderen Orten, aber nicht in ihrer eigenen Stadt informiert).
- Das Bewusstsein für die EU-Unterstützung zur Verbesserung der Lebensfähigkeit in Städten ist in Städten, Städten und Vororten sowie in ländlichen Gebieten auf dem gleichen Niveau.

1. Lokale Herausforderungen in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten

1.1. Die dringendsten Probleme

Die Befragten wurden mit einer Liste von Problemen vorgestellt und gebeten, zu bewerten, wie wichtig jeder an dem Ort ist, an dem sie leben.

Die EU-Perspektive

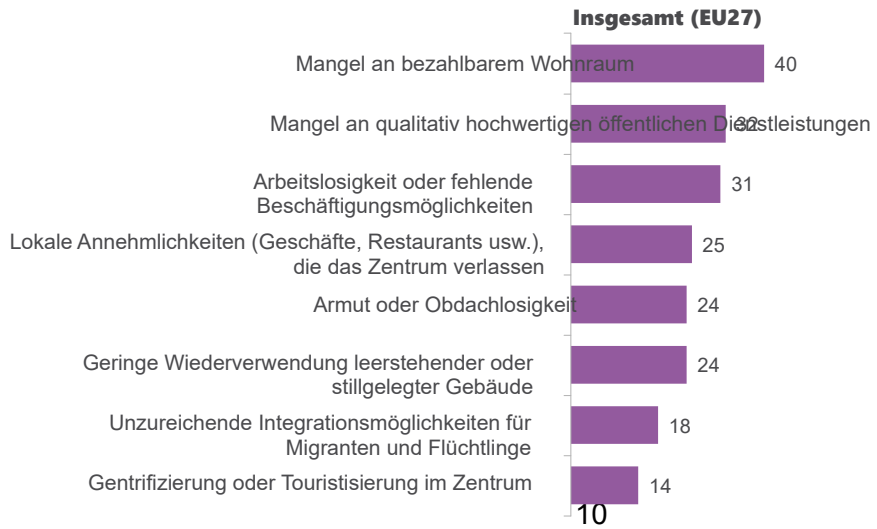
EU-weit bezeichnen durchschnittlich 40 % der Bürgerinnen und Bürger den Mangel an bezahlbarem Wohnraum als unmittelbares und dringendes Problem an ihrem Wohnort; gefolgt von einem Mangel an hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen (z. B. Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Bildung und Betreuung älterer Menschen) (32 %) und Arbeitslosigkeit oder fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten (31 %).

Lokale Einrichtungen (Geschäfte, Restaurants usw.), die das Zentrum verlassen (25 %), Armut oder Obdachlosigkeit (24 %) und die geringe Wiederverwendung leerstehender oder verfallener Gebäude (24 %) werden von etwa einem Viertel der Befragten in der gesamten EU jeweils als unmittelbares und dringendes Problem genannt.

Unzureichende Integrationsmöglichkeiten für Migranten und Flüchtlinge werden von etwa jedem sechsten Befragten (18 %) als unmittelbares und dringendes Problem angesehen. Jeder siebte Befragte (14 %) antwortet auf die gleiche Frage nach Gentrifizierung oder Touristifizierung im Zentrum.

Q2 An dem Ort, an dem Sie leben, wie viel von einem Problem, wenn überhaupt, denken Sie, dass jedes der folgenden Probleme sind?

% „Ein unmittelbares und dringendes Problem“



(%) Basis:n=31 855 – **Alle Befragten** (Städte, Städte und Vororte sowie ländliche Gebiete)

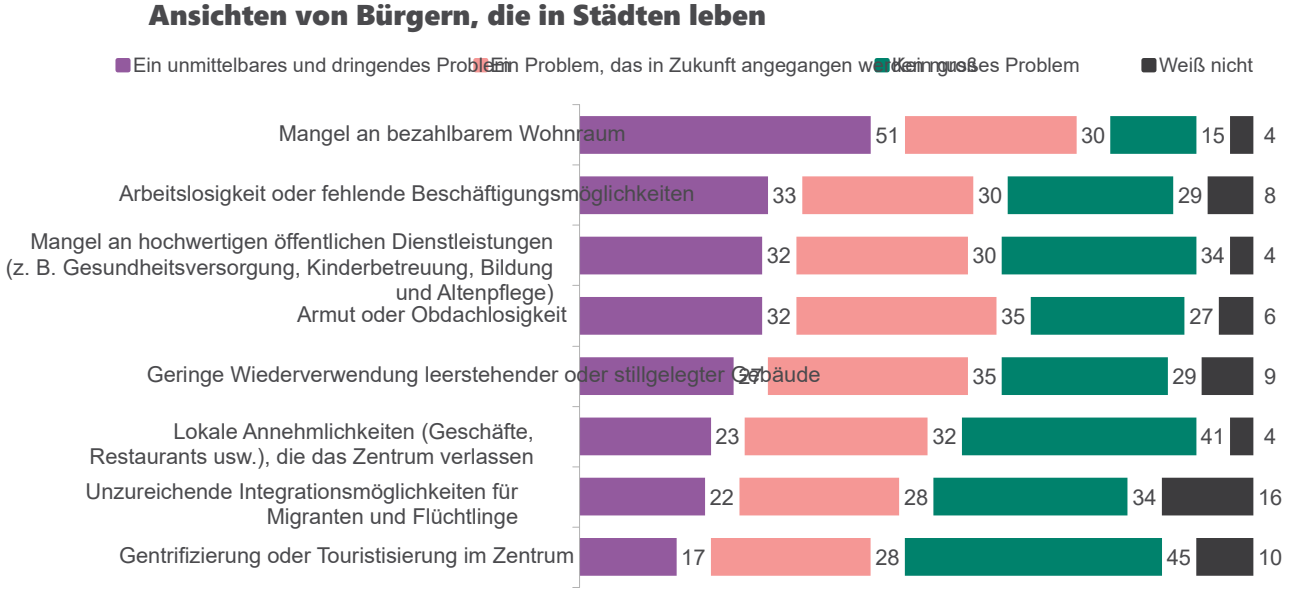
Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist bei weitem das dringlichste Problem für die Befragten, die in Städten leben, wobei etwa die Hälfte (51 %) dies für ein unmittelbares und dringendes Problem hält. Weitere 30% halten es für ein Problem, das in Zukunft angegangen werden muss, während nur 15% antworten, dass es in ihrer Stadt kein großes Problem ist.

Ein Drittel der Befragten (33 %) gibt an, dass Arbeitslosigkeit oder fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten ein dringendes Problem in ihrer Stadt sind; Ähnliche Zahlen werden auch für den Mangel an qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen (32%) und Armut oder Obdachlosigkeit (32%). Für jedes dieser drei Themen sind mindestens drei von zehn Befragten in Städten der Meinung, dass es sich eher um ein Problem handelt, das in Zukunft angegangen werden muss (zwischen 30 % und 35 %).

Die geringe Wiederverwendung leerstehender oder verfallener Gebäude (27 %), lokale Einrichtungen (Geschäfte, Restaurants usw.), die das Zentrum verlassen (23 %) und unzureichende Integrationsmöglichkeiten für Migranten und Flüchtlinge (22 %) werden von jeweils mehr als einem Fünftel der Befragten in Städten als unmittelbares und dringendes Problem genannt. Gentrifizierung oder Touristifizierung im Zentrum wird von 17% der Befragten in Städten als unmittelbares und dringendes Problem angesehen.

Q2 An dem Ort, an dem Sie leben, wie viel von einem Problem, wenn überhaupt, denken Sie, dass jedes der folgenden Probleme sind?



(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben**

Länderergebnisse mit Fokus auf Städte

In 16 Mitgliedstaaten antwortet mindestens die Hälfte der Befragten, die in Städten leben, dass der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ein unmittelbares und dringendes Problem in ihrer Stadt ist, wobei die höchsten Anteile in Irland (72 %), Spanien (69 %) und Luxemburg (68 %) zu verzeichnen sind. In Malta (26 %), Finnland (29 %), Litauen (32 %) und Belgien (36 %) hingegen ist nur etwa ein Drittel der Befragten der Ansicht, dass dies der Fall ist.

Eine Mehrheit der Stadtbewohner in Spanien (59 %) und Italien (57 %) antwortet, dass Arbeitslosigkeit oder fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten ein unmittelbares und dringendes Problem in ihrer Stadt sind. Dieser Anteil ist in Dänemark und den Niederlanden (jeweils 12 %), Österreich (13 %) und Tschechien (15 %) deutlich geringer.

Mehr als die Hälfte der Stadtbewohner in Ungarn (53 %) ist der Meinung, dass der Mangel an qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen ein unmittelbares und dringendes Problem in ihrer Stadt ist. In Luxemburg (11 %) und den Niederlanden (12 %) teilt etwa jeder zehnte Befragte diese Auffassung.

Armut und Obdachlosigkeit werden von etwa der Hälfte der Stadtbewohner in Ungarn und der Slowakei (beide 49 %) als unmittelbares und dringendes Problem angesehen. Im Vergleich dazu ist weniger als jeder Fünfte in Dänemark (13 %) und Deutschland (18 %) der Meinung, dass dies der Fall ist.

In Bezug auf die anderen in der Umfrage aufgeführten Themen sind die Unterschiede zwischen den Ländern wie folgt:

- Vacant und verfallene Gebäude werden von 11% der Stadtbewohner in Finnland und 40% in Spanien ausgewählt
- Lokale Einrichtungen (Geschäfte, Restaurants usw.), die das Zentrum verlassen, werden in Litauen zwischen 7 % und in Italien zwischen 32 % ausgewählt.
- Unzureichende Integrationsmöglichkeiten für Migranten und Flüchtlinge werden zwischen 10 % in Tschechien, Ungarn, Lettland und Litauen und 37 % in Italien ausgewählt.
- Gentrifizierung oder Touristisierung im Zentrum wird zwischen 6 % in Litauen und 30 % in Spanien ausgewählt.

Q2 An dem Ort, an dem Sie leben, wie viel von einem Problem, wenn überhaupt, denken Sie, dass jedes der folgenden Probleme sind? % „Ein unmittelbares und dringendes Problem“

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

	Mangel an bezahlbarem Wohnraum	Arbeitslosigkeit oder fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten	Mangel an hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen (z. B. Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Bildung und Altenpflege)	Armut oder Obdachlosigkeit	Geringe Wiederverwendung leerstehender oder stillgelegter Gebäude	Lokale Annehmlichkeiten (Geschäfte, Restaurants usw.), die das Zentrum verlassen	Unzureichende Integrationsmöglichkeiten für Migranten und Flüchtlinge	Gentrifizierung oder Touristisierung im Zentrum
EU-27	51	33	32	32	27	23	22	17
BE	36	27	22	36	28	25	14	13
BG	50	41	48	45	29	13	15	19
CZ	63	15	20	34	19	9	10	9
DK	48	12	22	13	12	21	15	7
DE	50	16	22	18	21	27	21	10
EE	44	34	33	29	19	14	14	10
IE	72	28	40	39	38	22	27	12
EL	51	39	44	43	35	27	26	26
ES	69	59	42	44	40	30	33	30
FR	44	24	25	31	20	21	15	14
Personalabteilung	42	32	40	35	33	16	18	18
IT	37	57	47	41	36	32	37	25
CY	64	39	32	46	28	20	32	17
LV	41	32	40	38	36	26	10	27
LT	32	29	36	25	15	7	10	6
LU	68	20	11	31	22	23	18	8
HU	57	36	53	49	25	13	10	9
MT	26	21	26	26	20	24	22	23
NL	65	12	12	29	20	18	14	10
AT	50	22	24	21	27	24	30	10
PL	53	27	33	24	26	11	12	12
PT	60	35	34	36	33	16	19	19
RO	53	44	45	40	31	11	13	21
SI	65	25	42	29	33	18	21	18
SK	46	30	41	49	29	24	14	11
FI	29	32	31	26	11	16	22	11
SE	39	29	24	25	14	21	29	12

(%) Basis: n=11 998 – Befragte, die in Städten leben

Unterschiede zwischen Städten, Vororten und ländlichen Gebieten in den einzelnen Ländern

In den meisten Mitgliedstaaten halten Stadtbewohner den Mangel an bezahlbarem Wohnraum für ein dringenderes Problem an ihrem Wohnort als diejenigen, die in ländlichen Gebieten leben. Die größten diesbezüglichen Unterschiede zwischen Städten und ländlichen Gebieten bestehen in Tschechien (63 % in Städten gegenüber 33 % in ländlichen Gebieten), Ungarn (57 % gegenüber 26 %) und Dänemark (48 % gegenüber 19 %). Es gibt jedoch auch Ausnahmen wie Irland (72 % in Städten gegenüber 69 % in ländlichen Gebieten) und Litauen (32 % gegenüber 29 %), wo Stadtbewohner dieses Problem nicht viel häufiger als in ländlichen Gebieten als dringend ansehen.

In Bezug auf Arbeitslosigkeit oder fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten halten die Befragten in den Städten Spaniens (59 % vs. 46 %-49 %), Italien (57 % vs. 44 %-45 %), Belgien (27 % vs. 15 %-18%) und Österreich (22 % vs. 11 %-13%) dies eher für ein unmittelbares und dringendes Problem als in Vororten oder Städten und in ländlichen Gebieten. Umgekehrt sind in Estland (34 % vs. 42-43 %), Lettland (32 % vs. 39-45 %), der Slowakei (30 % vs. 42-46 %), Litauen (28 % vs. 41-39%) und Tschechien (15 % vs. 23-24 %) ländliche und vorstädtische Einwohner mehr besorgt über dieses Problem als Stadtbewohner.

Armut und Obdachlosigkeit werden in den Städten allgemein als dringlicheres und unmittelbareres Problem angesehen. In Tschechien zum Beispiel vertreten 34 % der Einwohner in Städten diese Ansicht, verglichen mit 14 % in Vororten und 9 % in ländlichen Gebieten.

In mehreren Mitgliedstaaten betrachtet ein erheblich größerer Anteil der Befragten in ländlichen Gebieten als in Städten den Mangel an hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen als dringendes und unmittelbares Problem. So sind beispielsweise in Frankreich (37 % vs. 25 %) und Portugal (48 % vs. 34 %) die ländlichen Einwohner stärker betroffen als die Befragten, die in Städten leben. Der entgegengesetzte Trend ist in Ungarn (53 % in Städten gegenüber 31 % in ländlichen Gebieten), Bulgarien (48 % gegenüber 37 %), Slowenien (42 % gegenüber 19 %), Kroatien (40 % gegenüber 28 %) und Lettland (40 % gegenüber 30 %) zu beobachten.

Soziodemografische Unterschiede, die sich auf Bürger konzentrieren, die in Städten leben

Frauen, die in Städten leben, betrachten die folgenden Probleme mit größerer Wahrscheinlichkeit als ihre männlichen Kollegen in Städten als unmittelbar und dringend: Mangel an bezahlbarem Wohnraum (55 % der Frauen gegenüber 47 % der Männer), Arbeitslosigkeit oder fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten (35 % gegenüber 31 %), geringe Wiederverwendung leerstehender oder verfallener Gebäude (29 % gegenüber 25 %) und Armut oder Obdachlosigkeit (34 % gegenüber 30 %).

Einige Variationen können auch über Altersgruppen hinweg festgestellt werden. Beispielsweise sind Stadtbewohner unter 25 Jahren weniger wahrscheinlich als ältere Stadtbewohner der Ansicht, dass lokale Annehmlichkeiten (Geschäfte, Restaurants usw.), die das Zentrum verlassen, ein unmittelbares und dringendes Problem darstellen (17 % gegenüber 22 % bis 26 %). Darüber hinaus ist der Anteil der Befragten in Städten, die Gentrifizierung oder Touristifizierung im Zentrum als unmittelbares Problem betrachten, bei den 25- bis 39-Jährigen (20 %) höher als bei den 15- bis 24-Jährigen (16 %) und den 55- bis über 15-Jährigen (15 %).

Stadtbewohner, die ihre Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, betrachten den Mangel an erschwinglichem Wohnraum (53% vs. 46%-49%) und Gentrifizierung oder Touristenbildung im Stadtzentrum (18% vs. 14%-16%) eher als unmittelbare und dringende Probleme.

Schließlich haben die Befragten in Städten mit unterschiedlichen Berufen auch unterschiedliche Wahrnehmungen. So antworten beispielsweise Selbstständige und erwerbstätige Befragte mit größerer Wahrscheinlichkeit als andere, dass der Verzicht auf lokale Annehmlichkeiten (Geschäfte, Restaurants usw.) im Stadtzentrum (25 % bis 28 % gegenüber 19 % bis 22 %) und Gentrifizierung oder Fremdenverkehr im Zentrum (18 % bis 23 % gegenüber 15 % bis 16 %) unmittelbare und dringende Probleme darstellen.

1.2. Aspekte, die am meisten verbessert werden müssen

Die Befragten wurden mit einer Liste von zehn Aspekten des Ortes, an dem sie leben, vorgestellt und gefragt, welche am meisten verbessert werden müssen.

Die EU-Perspektive

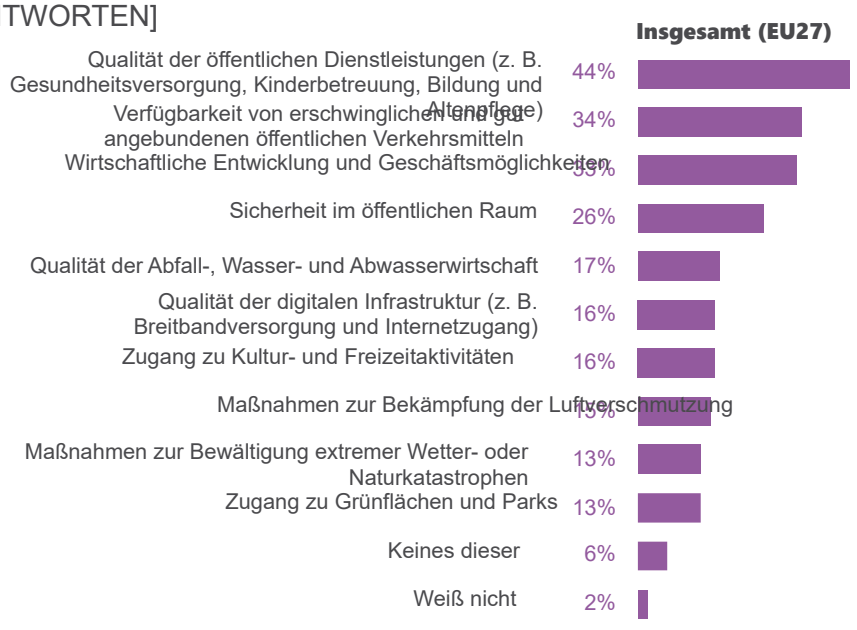
Die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen (z. B. Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Bildung und Altenpflege) ist der Aspekt, der am häufigsten als Verbesserungsbedarf an dem Ort genannt wird, an dem die Befragten leben, wobei 44 % der Befragten in der gesamten EU dies erwähnen.

Etwa ein Drittel der Befragten (34 %) erwähnt die Verfügbarkeit erschwinglicher und gut angebundener öffentlicher Verkehrsmittel. Ein ähnlicher Anteil (33 %) wählt die wirtschaftliche Entwicklung und die Geschäftsmöglichkeiten als einen Bereich aus, der an seinem Wohnort verbessert werden muss.

Etwa ein Viertel der Befragten (26%) nennt Sicherheit im öffentlichen Raum als einen Aspekt des Ortes, an dem sie leben, der am dringendsten verbessert werden muss.

Weniger Befragte wählen die verbleibenden Bereiche aus: Qualität der Abfall-, Wasser- und Abwasserbewirtschaftung (17 %), Qualität der digitalen Infrastruktur (z. B. Breitbandversorgung und Internetzugang) (16 %), Zugang zu kulturellen und Freizeitaktivitäten (16 %), Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung (15 %), Maßnahmen zur Bewältigung extremer Wetter- oder Naturkatastrophen (13 %) oder Zugang zu Grünflächen und Parks (13 %).

Q3 An dem Ort, an dem Sie leben,welche der folgenden Aspekte müssen Ihrer Meinung nach am meisten verbessert werden? Bitte wählen Sie bis zu drei Aspekte aus. [MULTIPLE ANTWORTEN]



(%) Basis: n=31 855 – **Alle Befragten** (Städte, Städte und Vororte sowie ländliche Gebiete)

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

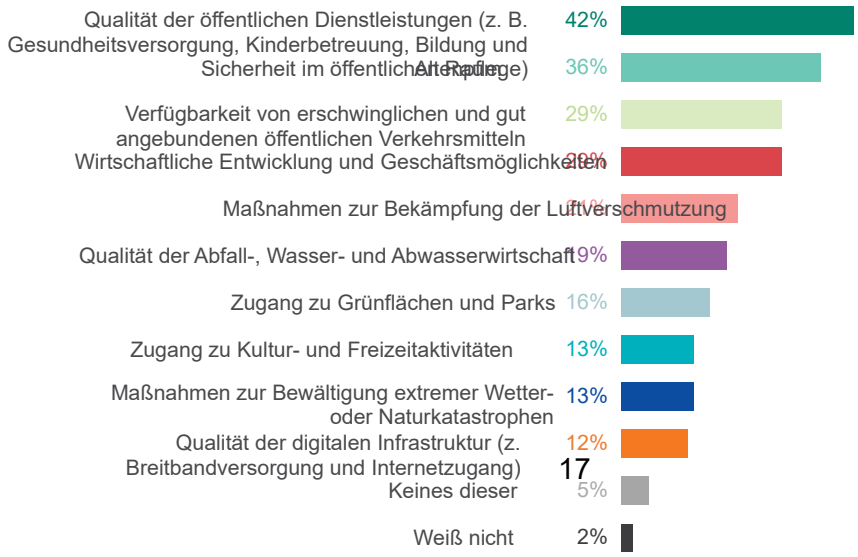
Die beiden Aspekte, die für die in Städten lebenden Befragten am dringendsten verbessert werden müssen, sind die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen (z. B. Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Bildung und Betreuung älterer Menschen) (von 42 %) und die Sicherheit im öffentlichen Raum (36 %). Darauf folgen die Verfügbarkeit von erschwinglichen und gut angebundenen öffentlichen Verkehrsmitteln sowie wirtschaftliche Entwicklung und Geschäftsmöglichkeiten, die jeweils von 29% der Stadtbewohner angeführt werden.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung (21%) und der Qualität der Abfall-, Wasser- und Abwasserentsorgung (19%) werden jeweils von etwa einem von fünf Befragten in Städten genannt.

Weniger Befragte in Städten nennen die folgenden Aspekte: Zugang zu Grünflächen und Parks (16 %), Zugang zu Kultur- und Freizeitaktivitäten (13 %), Maßnahmen zur Bewältigung extremer Wetter- oder Naturkatastrophen (13 %) und Qualität der digitalen Infrastruktur (z. B. Breitbandversorgung und Internetzugang) (12 %).

Q3 An dem Ort, an dem Sie leben,welche der folgenden Aspekte müssen Ihrer Meinung nach am meisten verbessert werden? Bitte wählen Sie bis zu drei Aspekte aus.[MULTIPLE ANTWORTEN]

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben



(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben**

Flash Eurobarometer 561 --- Öffentliche Meinung zu städtischen Herausforderungen und Investitionen in Städten

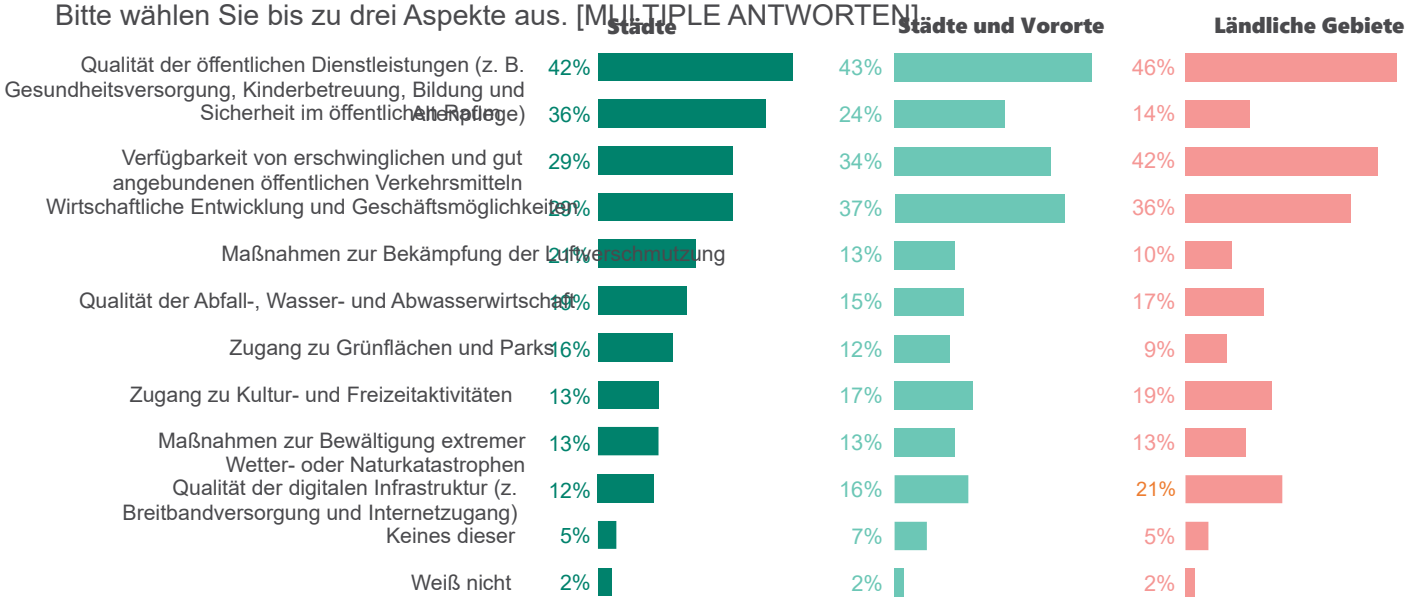
Städte, Vororte und ländliche Gebiete

Die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen wird am häufigsten als Verbesserungsbedarf in Städten (42 %), Städten und Vororten (43 %) und ländlichen Gebieten (46 %) genannt.

Die Befragten, die in Städten (36 %) leben, sind eher geneigt als diejenigen, die in Städten und Vororten (24 %) oder in ländlichen Gebieten (14 %) leben, zu denken, dass die Sicherheit im öffentlichen Raum dort verbessert werden muss, wo sie leben. Ein ähnliches Muster ist bei Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung zu beobachten, die auch häufiger von den Befragten in Städten (21%) als von den Befragten in Städten und Vororten (13%) und in ländlichen Gebieten (10%).

Die Verfügbarkeit erschwinglicher und gut angebundener öffentlicher Verkehrsmittel wird von einem größeren Anteil der Befragten in ländlichen Gebieten (42 %) und Städten und Vororten (34 %) als Problem angesehen als in Städten (29 %). dies gilt auch für Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Geschäftsmöglichkeiten (37 % in Städten und Vororten und 36 % in ländlichen Gebieten gegenüber 29 % in Städten) und der Qualität der digitalen Infrastruktur (16 % in Städten und Vororten und 21 % in ländlichen Gebieten gegenüber 12 % in Städten).

Q3 An dem Ort, an dem Sie leben,welche der folgenden Aspekte müssen Ihrer Meinung nach am meisten verbessert werden?
Bitte wählen Sie bis zu drei Aspekte aus. [MULTIPLE ANTWORTEN]



(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben** / n=11 882 – **Städte und Vororte /** n=7 975 – **Ländliche Gebiete**

Länderergebnisse mit Fokus auf Städte

In 19 Mitgliedstaaten nennen die Befragten in den Städten am ehesten die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen (z. B. Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Bildung und Betreuung älterer Menschen) als einen Aspekt, der in ihrer Stadt am dringendsten verbessert werden muss. In Ungarn (63 %), Finnland (61 %), Kroatien (59 %) und der Slowakei (58 %) wählen etwa sechs von zehn Befragten in Städten diese Antwort aus. Im Vergleich dazu erwähnt nur etwa ein Viertel der Befragten dies in Luxemburg (18%), Belgien (26%) und den Niederlanden (27%).

Sicherheit im öffentlichen Raum ist der verbesserungsbedürftigste Bereich unter den Befragten, die in Städten in Österreich (51 %), Frankreich (47 %), Belgien und Tschechien (jeweils 44 %), Luxemburg (43 %) und Schweden (39 %) leben. In Deutschland steht dieser Aspekt neben der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen (beide mit 41 %) an erster Stelle. Sicherheit im öffentlichen Raum wird von weniger als einem Viertel der Stadtbewohner in Malta (18 %), Kroatien (19 %), Estland und Slowenien (jeweils 23 %) erwähnt.

In den Niederlanden ist die Verfügbarkeit von erschwinglichen und gut angebundenen öffentlichen Verkehrsmitteln der Aspekt in ihrer Stadt, der am häufigsten als verbesserungsbedürftig bezeichnet wird (36%). In den anderen Ländern reicht der Anteil der Befragten, die diese Antwort wählen, von 13 % in Luxemburg bis 40 % in Litauen.

Etwa vier von zehn Befragten, die in Städten in Bulgarien (43 %), Kroatien (42 %), Rumänien (38 %) und Spanien (37 %) leben, nennen wirtschaftliche Entwicklung und Geschäftsmöglichkeiten. Im Vergleich dazu wird dieser Aspekt von weniger als einem Fünftel der Befragten in Städten in Tschechien und den Niederlanden (jeweils 16 %) und Dänemark (19 %) erwähnt.

In Bulgarien (41 %), Ungarn (36 %), Polen (35 %) und Rumänien (33 %) hält mindestens ein Drittel der Stadtbewohner Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung für einen Aspekt, der in ihrer Stadt verbessert werden muss. In Irland (8 %) und Malta (10 %) gibt nicht mehr als jeder Zehnte diese Antwort.

Kroatien sticht mit etwas mehr als vier von zehn Befragten in Städten (42%) hervor, die die Qualität der Abfall-, Wasser- und Abwasserbewirtschaftung als einen Aspekt nennen, der in ihrer Stadt am meisten verbessert werden muss. In den anderen Ländern schwankt der Anteil der Befragten in Städten, die diesen Aspekt wählen, zwischen 6 % in Finnland und etwa einem Drittel in Bulgarien (32 %) und Rumänien (35 %).

Andere Aspekte werden von nicht mehr als einem Drittel der Befragten in Städten in allen Ländern genannt:

- Zugang zu Grünflächen und Parks: von 10 % in Slowenien auf 35 % in Zypern
- Maßnahmen zur Bewältigung von Wetterextremen oder Naturkatastrophen: von 8 % in Ungarn und Lettland auf 26 % in Malta
- Zugang zu Kultur- und Freizeitaktivitäten: von 8 % in Dänemark und Slowenien auf 27 % in Malta
- Qualität der digitalen Infrastruktur (z. B. Breitbandversorgung und Internetzugang): von 5 % in Luxemburg auf 34 % in Malta.

Q3 An dem Ort, an dem Sie leben, welche der folgenden Aspekte müssen Ihrer Meinung nach am meisten verbessert werden?

Bitte wählen Sie bis zu drei Aspekte aus. [MULTIPLE ANTWORTEN]

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

	Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, z. B. Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Bildung und Altenpflege)	Sicherheit im öffentlichen Raum	Verfügbarkeit von erschwinglichen und gut angebundenen öffentlichen Verkehrsmitteln	Wirtschaftliche Entwicklung und Geschäftsmöglichkeiten	Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung	Qualität der Abfall-, Wasser- und Abwasserwirtschaft	Zugang zu Grünflächen und Parks	Zugang zu Kultur- und Freizeitaktivitäten	Maßnahmen zur Bewältigung extremer Wetter- oder Naturkatastrophen	Qualität der digitalen Infrastruktur (z. B. Breitbandversorgung und Internetzugang)
EU-27	42	36	29	29	21	19	16	13	13	12
BE	26	44	34	24	20	16	18	11	11	10
BG	51	32	22	43	41	32	15	10	15	8
CZ	40	44	20	16	21	23	22	10	13	7
DK	39	26	29	19	20	14	20	8	18	8
DE	41	41	35	32	14	8	13	9	13	23
EE	42	23	25	33	20	14	21	17	15	9
IE	50	39	37	21	8	22	14	18	12	15
EL	50	31	26	30	19	23	29	12	21	20
ES	44	28	31	37	17	19	10	17	15	13
FR	31	47	23	23	24	17	15	12	12	9
Personalabteilung	59	19	28	42	23	42	19	10	15	11
IT	52	36	30	32	22	30	15	10	14	9
CY	46	34	39	31	21	21	35	13	22	7
LV	40	28	27	33	19	24	17	12	8	9
LT	46	26	40	20	26	16	17	11	13	6
LU	18	43	13	23	22	13	16	13	15	5
HU	63	36	22	31	36	18	11	14	8	7
MT	38	18	24	24	10	21	14	27	26	34
NL	27	31	36	16	22	15	15	13	12	6
AT	48	51	27	32	18	10	16	12	16	12
PL	47	28	23	27	35	27	23	14	10	8
PT	46	35	34	31	13	19	20	18	14	13
RO	53	25	19	38	33	35	21	12	10	10
SI	54	23	32	30	29	29	10	8	15	9
SK	58	38	29	27	19	19	20	19	12	7
FI	61	38	28	30	17	6	19	16	11	8
SE	34	39	37	20	13	12	16	20	10	10

Anmerkung: Die Antworten „Keine davon“ und „Weiß nicht“ werden nicht angezeigt.

(%) Basis: n=11 998 – Befragte, die in Städten leben

Unterschiede zwischen Städten, Vororten und ländlichen Gebieten in den einzelnen Ländern

In mehreren Ländern glauben ländliche Befragte eher als Stadtbewohner, dass die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen ein Aspekt ist, der an ihrem Wohnort verbessert werden muss. So geben in Frankreich 46 % der Befragten in ländlichen Gebieten und in Städten und Vororten dies an, verglichen mit 31 % der Befragten in Städten.

Der entgegengesetzte Trend zeigt sich beim Aspekt der Sicherheit im öffentlichen Raum. In den meisten Ländern ist der Anteil der Befragten, die Sicherheit an öffentlichen Orten als einen Aspekt nennen, der an ihrem Wohnort verbessert werden muss, bei den Befragten, die in Städten leben, größer als bei den Befragten in Städten und Vororten und in ländlichen Gebieten. Die größten Unterschiede sind in Österreich (51 % in Städten gegenüber 27 % in Städten und Vororten und 12 % in ländlichen Gebieten) und Frankreich (47 % in Städten gegenüber 30 % in Städten und Vororten und 17 % in ländlichen Gebieten) zu beobachten.

Darüber hinaus ist es in 18 Ländern wahrscheinlicher, dass Stadtbewohner als diejenigen, die in Städten und Vororten leben, und diejenigen, die in ländlichen Gebieten leben, Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung als einen Aspekt nennen, der verbessert werden muss. So geben in Bulgarien 41 % der Befragten, die in Städten leben, an, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung verbessert werden müssen; Dieser Anteil beträgt 20 % in Städten und Vororten in Bulgarien und 16 % in ländlichen Gebieten des Landes. Ebenso wird in 11 Ländern der Zugang zu Grünflächen und Parks häufiger von Stadtbewohnern erwähnt als von Befragten, die in ländlicheren Gebieten leben.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Geschäftsmöglichkeiten werden dagegen von den Befragten im ländlichen Raum im Allgemeinen häufiger als verbesserungsbedürftiger Aspekt genannt. In Italien beispielsweise geben 47 % der Befragten im ländlichen Raum dies an, verglichen mit 40 % in Städten und Vororten und 32 % in Städten. Der gegenteilige Trend ist jedoch in Bulgarien (43 % der Stadtbewohner gegenüber 28 % bis 33 % der anderen) und Griechenland (30 % der Stadtbewohner gegenüber 25 % bis 18 % der anderen) zu beobachten.

Ebenso ist es in den meisten Ländern wahrscheinlicher, dass die Befragten im ländlichen Raum der Verfügbarkeit erschwinglicher und gut angebundener öffentlicher Verkehrsmittel Vorrang einräumen. Die größten Unterschiede bestehen in Belgien (50 % in ländlichen Gebieten gegenüber 39 % in Städten und Vororten und 34 % in Städten), Spanien (47 % gegenüber 42 % und 31 %), Kroatien (45 % gegenüber 29 % und 28 %), Polen (45 % gegenüber 30 % und 23 %) und Ungarn (37 % gegenüber 26 % und 22 %).

Soziodemografische Unterschiede, die sich auf Bürger konzentrieren, die in Städten leben

Männer, die in Städten leben (15 %), zitieren häufiger als ihre weiblichen Kollegen (9 %) die Qualität der digitalen Infrastruktur als einen Aspekt, der in ihrer Stadt verbessert werden muss. Umgekehrt bevorzugen Frauen eher die Qualität öffentlicher Dienstleistungen (44 % gegenüber 40 % der Männer) und den Zugang zu Kultur- und Freizeitaktivitäten (14 % gegenüber 11 % der Männer).

Das Alter beeinflusst auch die Wahrnehmung der Stadtbewohner über Aspekte, die in ihrer Stadt am meisten verbessert werden müssen. Ältere Befragte erwähnen eher die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen (35 % der 15- bis 24-Jährigen gegenüber 47 % der 55-Jährigen und älter) sowie die wirtschaftliche Entwicklung und die Geschäftsmöglichkeiten (25 % der 15- bis 24-Jährigen gegenüber 29 % bis 31 % der älteren Altersgruppen). Bei Personen ab 55 Jahren ist es jedoch weniger wahrscheinlich als bei jüngeren Befragten, dass sie die Qualität der digitalen Infrastruktur (9 % vs. 14 %-15 %) und den Zugang zu kulturellen und Freizeitaktivitäten (10 % vs. 13 %-16 %) angeben. Befragte unter 40 Jahren erwähnen häufiger den Zugang zu Grünflächen und Parks als Befragte ab 40 Jahren (20 % bis 22 % gegenüber 11 % bis 14 %).

Unterschiede nach Bildungsniveau sind in der Regel geringer. Die Befragten in Städten, die ihre Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, nennen eher Sicherheit im öffentlichen Raum als einen Aspekt, der verbessert werden muss, im Vergleich zu denen, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben (37 % gegenüber 29 %). Mehr gut ausgebildete Befragte legen auch etwas häufiger Wert auf Luftverschmutzungsmaßnahmen als diejenigen, die ihre Ausbildung im Alter von 16 bis 19 Jahren abgeschlossen haben (22 % gegenüber 19 %).

Der Anteil der Befragten in Städten, die die Qualität der digitalen Infrastruktur erwähnen, ist bei denjenigen, die nicht arbeiten, im Vergleich zu allen anderen Berufskategorien am niedrigsten (9 % gegenüber 12 %-16 %). Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung werden von Arbeitern (14 %) seltener erwähnt als von Befragten in anderen Berufskategorien (21 % bis 23 %).

Stadtbewohner, die ihren lokalen Behörden nicht vertrauen, sind häufiger als diejenigen, die die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen (49% gegenüber 38%) und die Sicherheit im öffentlichen Raum (41% gegenüber 33%) als Bereiche erwähnen, die in ihrer Stadt verbessert werden müssen. Diejenigen, die ein negatives Bild von der EU haben, zitieren auch eher die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen (47 % gegenüber 41 % derjenigen, die ein positives Bild von der EU haben) und die Sicherheit in der Öffentlichkeit (49 % gegenüber 30 %); Ein ähnlicher Unterschied zeigt sich auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung und den Geschäftsmöglichkeiten (32 % gegenüber 27 %). Umgekehrt bevorzugen Befragte mit einem positiven EU-Image eher Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung (25 % gegenüber 16 % – 18 %), den Zugang zu Kultur- und Freizeitaktivitäten (15 % gegenüber 10 % – 11 %) und die Qualität der digitalen Infrastruktur (15 % gegenüber 10 %) als Befragte mit einem negativen oder neutralen EU-Image.

2. Vorrangige Bereiche für Investitionen

2.1. Maßnahmen zur Verbesserung der Erschwinglichkeit von Wohnraum

Die Befragten wurden mit einer Liste von Maßnahmen zur Verbesserung der Erschwinglichkeit von Wohnraum vorgestellt und nach jedem gefragt, ob es Vorteile für den Ort bringen würde, an dem sie leben.

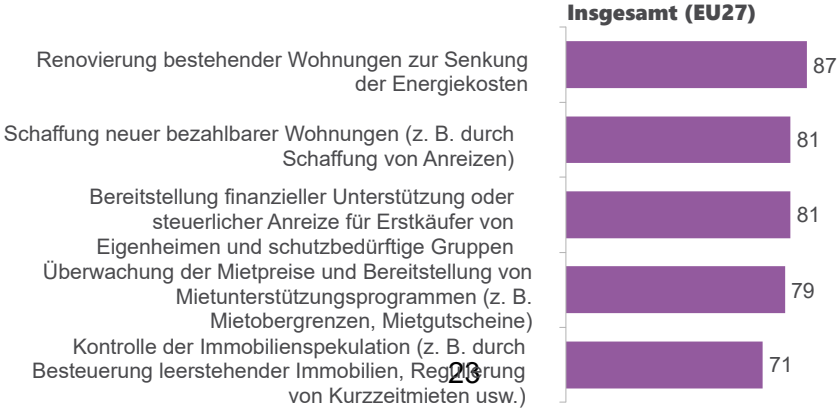
Die EU-Perspektive

EU-weit sind durchschnittlich fast neun von zehn Befragten (87 %) der Meinung, dass der Ort, an dem sie leben, „viel“ oder „etwas“ von der Renovierung bestehender Wohnungen profitieren würde, um die Energiekosten zu senken. Große Mehrheiten sind auch der Ansicht, dass der Ort, an dem sie leben, vom Bau neuer erschwinglicher Wohnungen profitieren würde (z. B. durch die Bereitstellung von Anreizen) (81 % „viel Nutzen“ oder „etwas Nutzen“), finanzielle Unterstützung oder steuerliche Anreize für Erstkäufer von Eigenheimen und schutzbedürftige Gruppen (81 %) oder die Überwachung der Mietpreise und die Bereitstellung von Mietunterstützungsprogrammen (z. B. Mietobergrenzen, Mietgutscheine) (79 %).

Etwa sieben von zehn Befragten (71 %) sind der Meinung, dass die Kontrolle der Immobilienspekulation (z. B. durch die Besteuerung leerstehender Immobilien, die Regulierung von Kurzzeitmieten oder die Begrenzung der Zahl der Touristen) die Erschwinglichkeit von Wohnraum an dem Ort verbessern würde, an dem sie leben.

Q5 Um die Erschwinglichkeit von Wohnraum zu verbessern, inwiefern glauben Sie, dass der Ort, an dem Sie leben, von den folgenden Maßnahmen profitieren würde?

% „viel Nutzen“ oder „etwas Nutzen“



(%) Basis:n=31 855 – **Alle Befragten** (Städte, Städte und Vororte sowie ländliche Gebiete)

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

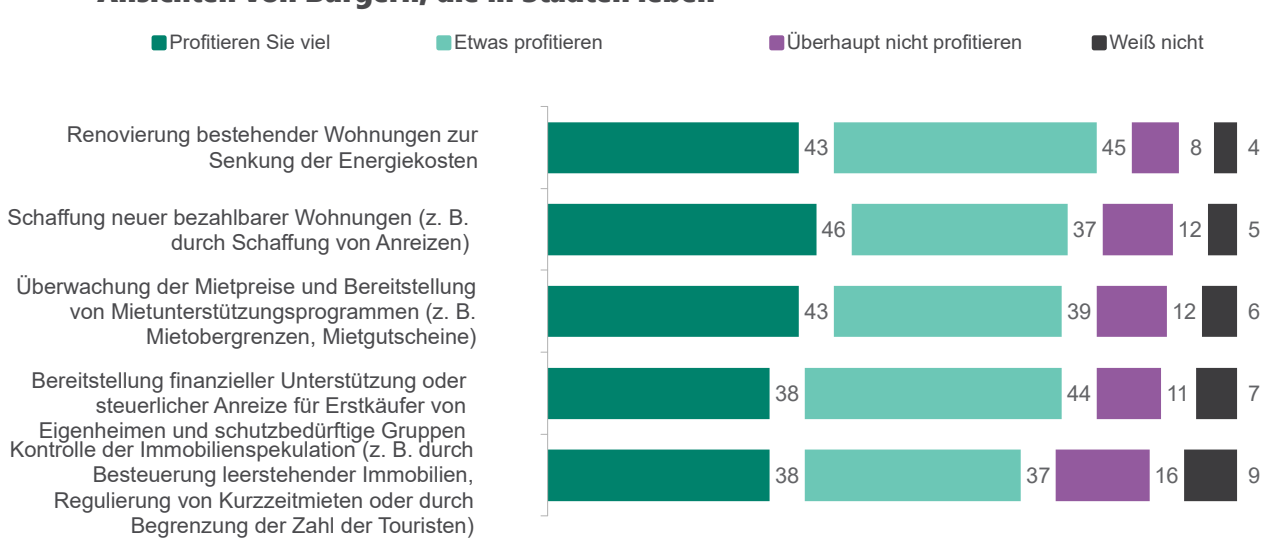
Fast neun von zehn Befragten, die in Städten leben (88 %), sind der Ansicht, dass ihre Stadt von der Renovierung bestehender Wohnungen profitieren würde, um die Energiekosten zu senken (43 % „viel Nutzen“ und 45 % „etwas Nutzen“). Weniger als jeder Zehnte (8%) glaubt nicht, dass der Bau neuer bezahlbarer Wohnungen Vorteile bringen würde.

Die Mehrheit der Befragten in Städten ist auch der Ansicht, dass die Erschwinglichkeit von Wohnraum in ihrer Stadt verbessert werden könnte, indem mehr neuen erschwinglichen Wohnraum gebaut wird (z. B. durch die Bereitstellung von Anreizen) (46 % „viel Nutzen“ und 37 % „etwas“), die Mietpreise überwacht und Mietunterstützungsprogramme (z. B. Mietobergrenzen, Mietgutscheine) bereitgestellt werden (43 % „viel Nutzen“ und 39 % „etwas“) und Erstkäufern und schutzbedürftigen Gruppen finanzielle Unterstützung oder steuerliche Anreize gewährt werden (38 % „viel Nutzen“ und 44 % „etwas Nutzen“).

Drei Viertel der Stadtbewohner (75 %) sind der Ansicht, dass ihre Stadt von Maßnahmen zur Kontrolle der Immobilienspekulation profitieren würde (z. B. durch Besteuerung leerstehender Immobilien, Regulierung von Kurzzeitmieten oder durch Begrenzung der Zahl der Touristen) (38 % „viel Nutzen“ und 37 % „etwas Nutzen“).

Q5 Um die Erschwinglichkeit von Wohnraum zu verbessern, inwiefern glauben Sie, dass der Ort, an dem Sie leben, von den folgenden Maßnahmen profitieren würde?

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben



(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben**

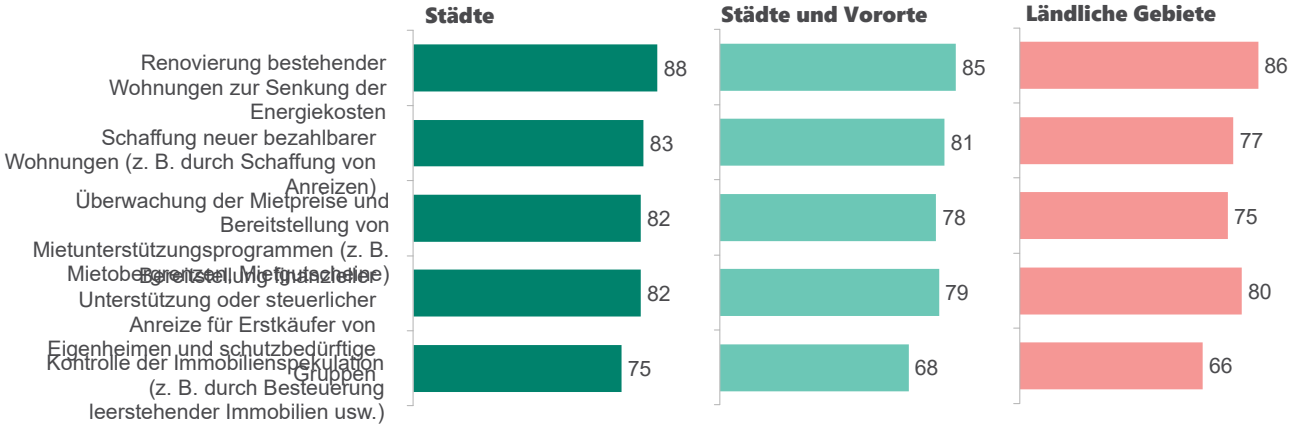
Städte, Vororte und ländliche Gebiete

Die Befragten in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten unterscheiden sich nicht wesentlich in den Gesamtanteilen, die von den verschiedenen Maßnahmen zur Verbesserung der Erschwinglichkeit ihres Wohnorts profitieren. So erwarten etwa acht von zehn Befragten (79 % bis 82 %) in beiden Städten, Städten und Vororten sowie in ländlichen Gebieten Vorteile durch finanzielle Unterstützung oder steuerliche Anreize für Erstkäufer und schutzbedürftige Gruppen.

Die Befragten in Städten sind jedoch eher als diejenigen in Städten und Vororten und in ländlichen Gebieten der Ansicht, dass der Ort, an dem sie leben, „viel“ nützen würde. Während zum Beispiel 46 % der Stadtbewohner der Meinung sind, dass ihre Stadt viel vom Bau neuer erschwinglicher Wohnungen profitieren würde, sinkt diese Zahl bei den Befragten, die in Städten und Vororten leben, auf 40 % und bei den Befragten in ländlichen Gebieten auf 34 %.

Q5Um die Erschwinglichkeit von Wohnraum zu verbessern, inwiefern glauben Sie, dass der Ort, an dem Sie leben, von den folgenden Maßnahmen profitieren würde?

% „viel Nutzen“ oder „etwas Nutzen“



(%) Basis:n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben** / n=11 882 – **Städte und Vororte /** n=7 975 – **Ländliche Gebiete**

Länderergebnisse mit Fokus auf Städte

Bei den Gesamtanteilen der Befragten in den Städten, die von den verschiedenen Maßnahmen zur Verbesserung der Erschwinglichkeit von Wohnraum in ihrer Stadt profitieren wollen, gibt es zwischen den Mitgliedstaaten nur begrenzte Unterschiede. So glauben beispielsweise 79 % der Stadtbewohner in Schweden und 97 % in Malta, dass die Erschwinglichkeit von Haushalten in ihrer Stadt durch die Renovierung bestehender Wohnungen verbessert würde, um die Energiekosten zu senken.

Größere Unterschiede lassen sich jedoch bei den Anteilen der Stadtbewohner feststellen, die der Meinung sind, dass ihre Stadt von den verschiedenen Maßnahmen „in hohem Maße“ profitieren würde.

In elf Mitgliedstaaten ist mindestens die Hälfte der Befragten in Städten der Ansicht, dass die Renovierung bestehender Wohnungen zur Senkung der Energiekosten ihrer Stadt viele Vorteile bringen würde. Insgesamt reicht der Anteil der Befragten, die dies angeben, von nicht mehr als einem Drittel in Finnland (27 %) und Deutschland (33 %) bis zu etwa zwei Dritteln in Rumänien (65 %) und Zypern (67 %).

Ebenso ist in 12 Mitgliedstaaten mindestens die Hälfte der Befragten, die in Städten leben, der Ansicht, dass ihre Stadt stark vom Bau neuer bezahlbarer Wohnungen profitieren würde (z. B. durch Anreize), wobei der höchste Anteil in Zypern zu verzeichnen ist (77 %). Zum Vergleich: In Frankreich (28 %), Belgien (34 %), Estland und Italien (jeweils 35 %) meldet nicht mehr als ein Drittel dasselbe.

In Zypern glauben 82% der Stadtbewohner, dass die Erschwinglichkeit von Wohnraum in ihrer Stadt von finanzieller Unterstützung oder steuerlichen Anreizen für Erstkäufer und schutzbedürftige Gruppen profitieren würde. Hohe Anteile der Befragten geben auch in Portugal (64 %), Kroatien (62 %), Litauen, Rumänien und Slowenien (alle 61 %) die gleiche Antwort. In Frankreich (22%), Dänemark (24%) und Deutschland (27%), nicht mehr als ein Viertel glauben das gleiche.

Der Anteil der Stadtbewohner, die der Meinung sind, dass die Überwachung der Mietpreise und die Bereitstellung von Mietunterstützungsprogrammen (z. B. Mietobergrenzen, Mietgutscheine) ihrer Stadt viele Vorteile bringen würden, ist in Zypern (69 %), Portugal (62 %), Slowenien (59 %) und Rumänien (57 %) am höchsten und in Estland (28 %) und Lettland (33 %) am niedrigsten.

Portugal (58 %), Zypern (53 %), Slowenien (52 %), Spanien (51 %) und Griechenland (50 %) sind die Länder mit den höchsten Anteilen, die von der Kontrolle der Immobilienspekulation viele Vorteile erwarten (z. B. durch die Besteuerung leerstehender Immobilien, die Regulierung von Kurzzeitmieten oder die Begrenzung der Zahl der Touristen). Auf der anderen Seite weisen Schweden (22 %), Finnland (24 %) und Estland (27 %) die geringsten Anteile an dieser Maßnahme auf.

F5 Um die Erschwinglichkeit von Wohnraum zu verbessern, inwiefern glauben Sie, dass der Ort, an dem Sie leben, von den folgenden Maßnahmen profitieren würde? % „viel Nutzen“ oder „etwas Nutzen“

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

	Renovierung bestehender Wohnungen zur Senkung der Energiekosten	Schaffung neuer bezahlbarer Wohnungen (z. B. durch Schaffung von Anreizen)	Überwachung der Mietpreise und Bereitstellung von Mietunterstützungsprogrammen (z. B. Mietobergrenzen, Mietgutscheine)	Bereitstellung finanzieller Unterstützung oder steuerlicher Anreize für Erstkäufer von Eigenheimen und schutzbedürftige Gruppen	Kontrolle der Immobilienspekulation (z. B. durch Besteuerung leerstehender Immobilien, Regulierung von Kurzzeitmieten oder durch Begrenzung der Zahl der Touristen)
EU-27	88	83	82	82	75
BE	85	74	78	78	70
BG	94	80	78	89	80
CZ	86	88	81	84	75
DK	84	80	78	65	62
DE	85	85	78	73	68
EE	93	80	71	84	59
IE	91	90	87	88	81
EL	92	92	92	94	91
ES	89	87	83	88	81
FR	90	74	83	78	76
Personalabteilung	94	89	90	93	84
IT	84	77	84	90	78
CY	95	95	95	98	88
LV	92	88	75	91	75
LT	89	87	77	90	79
LU	88	83	84	82	83
HU	90	84	82	84	74
MT	97	98	99	99	98
NL	90	90	85	80	76
AT	84	76	80	74	73
PL	88	84	85	81	75
PT	90	89	89	89	87
RO	93	89	84	90	79
SI	92	93	90	91	83
SK	91	87	80	86	78
FI	82	85	80	85	69
SE	79	87	81	71	61

(%) Basis: n=11 998 – Befragte, die in Städten leben

Unterschiede zwischen den Befragten, die in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten leben, in den einzelnen Ländern

In den meisten Mitgliedstaaten denken Stadtbewohner eher als Befragte, die in ländlichen Gebieten leben, dass der Ort, an dem sie leben, viel vom Bau neuer bezahlbarer Wohnungen profitieren würde (z. B. durch Anreize). Die größten Unterschiede sind in Kroatien (62 % vs. 45 %), der Slowakei (53 % vs. 35 %), Deutschland (47 % vs. 28 %) und Dänemark (40 % vs. 24 %) zu beobachten.

In mehreren Mitgliedstaaten ist derselbe Trend bei der Renovierung bestehender Wohnungen zu beobachten, um die Energiekosten zu senken. In Bulgarien beispielsweise glauben 62 % der Befragten in Städten, dass diese Maßnahme dem Ort, an dem sie leben, viele Vorteile bringen würde, verglichen mit 41 % der Menschen, die in ländlichen Gebieten leben. In Griechenland teilen 48 % der Stadtbewohner diese Meinung, im Gegensatz zu 30 % der Befragten in ländlichen Gebieten.

In vielen Mitgliedstaaten antworten die Befragten, die in Städten leben, mit größerer Wahrscheinlichkeit als diejenigen, die in ländlichen Gebieten leben, dass die Überwachung der Mietpreise und die Bereitstellung von Mietunterstützungsprogrammen (z. B. Mietobergrenzen, Mietgutscheine) dem Ort, an dem sie leben, viele Vorteile bringen würden. Am stärksten ausgeprägt ist diese Kluft zwischen Stadt und Land in Kroatien (53 % der Befragten in Städten erwähnen dies gegenüber 36 % in ländlichen Gebieten), Österreich (49 % gegenüber 32 %), Ungarn (41 % gegenüber 24 %) und Finnland (36 % gegenüber 20 %).

Diese Kluft zwischen den Befragten, die in Städten und ländlichen Gebieten leben, ist auch in fast allen Ländern vorhanden, um die Immobilienspekulation zu kontrollieren (z. B. durch die Besteuerung leerstehender Immobilien, die Regulierung von Kurzzeitmieten oder die Begrenzung der Zahl der Touristen). Beispielsweise sind in Tschechien 40 % der Befragten in Städten der Meinung, dass diese Maßnahme dem Ort, an dem sie leben, viele Vorteile bringen würde, im Gegensatz zu 23 % der Befragten, die in ländlichen Gebieten leben.

In Griechenland (53 % vs. 38 %), Bulgarien (53 % vs. 36 %), Tschechien (47 % vs. 37 %), der Slowakei (45 % vs. 34 %), Estland (42 % vs. 31 %), Belgien (33 % vs. 21 %), Schweden (30 % vs. 21 %) und Dänemark (24 % vs. 16 %) geben die Befragten, die in Städten leben, eher an als diejenigen, die in ländlichen Gebieten leben, dass der Ort, an dem sie leben, erheblich von finanzieller Unterstützung oder steuerlichen Anreizen für Erstkäufer von Eigenheimen und schutzbedürftigen Gruppen profitieren würde. In den Niederlanden zeigt sich jedoch der gegenteilige Trend: 49 % der Befragten in ländlichen Gebieten erwähnen dies, im Gegensatz zu 40 % in Städten und 38 % in Städten und Vororten.

Soziodemografische Unterschiede, die sich auf Bürger konzentrieren, die in Städten leben

Die größten Unterschiede zwischen den soziodemografischen Kategorien werden bei den Anteilen der Befragten beobachtet, die glauben, dass der Ort, an dem sie leben, von den in der Umfrage aufgeführten Maßnahmen zur Verbesserung der Erschwinglichkeit von Wohnraum „in hohem Maße“ profitieren würde.

Frauen, die in Städten leben, sind häufiger als Männer, die in Städten leben, der Ansicht, dass ihre Stadt viel von der Überwachung der Mietpreise und der Bereitstellung von Mietunterstützungsprogrammen (z. B. Mietobergrenzen, Mietgutscheine) (48 % gegenüber 38 %) und der Renovierung bestehender Wohnungen profitieren würde, um die Energiekosten zu senken (45 % gegenüber 40 %).

Je älter die Befragten sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie angeben, dass die Renovierung bestehender Wohnungen zur Senkung der Energiekosten ihrer Stadt zugute käme (37 % der 15- bis 24-Jährigen gegenüber 47 % der 55-Jährigen und darüber). Ein ähnlicher Trend ist bei der Kontrolle der Immobilienspekulation zu beobachten (zitiert von 41% der 40-Jährigen und darüber gegenüber 31% der 15- bis 24-Jährigen).

Stadtbewohner, die ihre Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter (41%) abgeschlossen haben, sind eher diejenigen, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger (33%) beendet haben, um zu antworten, dass die Kontrolle der Immobilienspekulation (z.B. durch die Besteuerung leerstehender Immobilien, die Regulierung kurzfristiger Mieten oder durch die Begrenzung der Anzahl der Touristen) ihrer Stadt viel nützen würde.

Schließlich denken Arbeiter, die in Städten leben (29%), in geringerem Maße als Stadtbewohner in anderen Berufskategorien (38%-40%), dass die Kontrolle der Immobilienspekulation ihrer Stadt viele Vorteile bringen würde

2.2. Stärkung der lokalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes

Die Befragten wurden gefragt, welche Maßnahmen wichtig wären, um die lokale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt an ihrem Wohnort zu stärken.

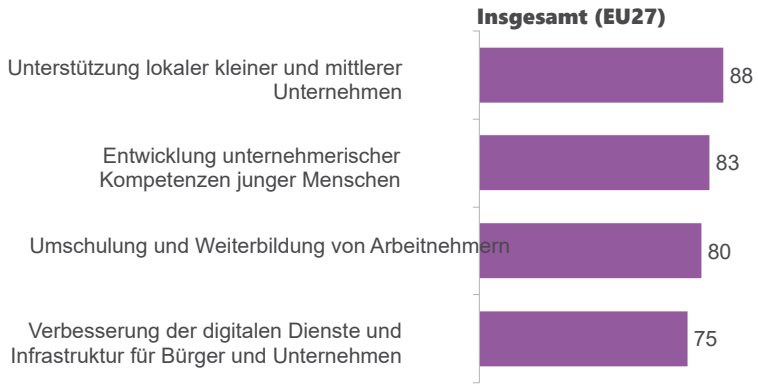
Die EU-Perspektive

EU-weit antworten durchschnittlich 88 % der Bürgerinnen und Bürger, dass es zur Stärkung der lokalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes an ihrem Wohnort „sehr“ oder „ziemlich wichtig“ sein wird, lokale kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen.

Die anderen drei in der Umfrage aufgeführten Maßnahmen werden auch von den großen Mehrheiten als wichtig angesehen; Die Maßnahme mit der geringsten – aber immer noch erheblichen – Unterstützung (75 % „sehr“ oder „ziemlich wichtig“) ist die Verbesserung der digitalen Dienste und Infrastruktur für Bürger und Unternehmen (z. B. Breitband-Internetzugang, WLAN, digitale Dienste).

Q4 Um die lokale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt an dem Ort, an dem Sie leben, zu stärken, wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Maßnahmen?

% „sehr wichtig“ oder „ziemlich wichtig“



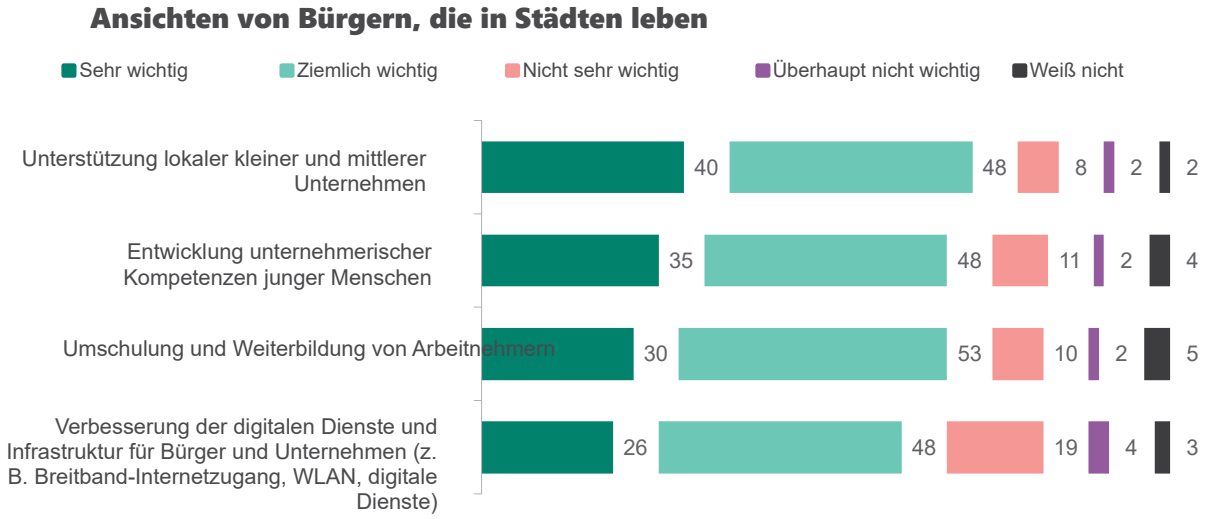
(%) Basis:n=31 855 – **Alle Befragten** (Städte, Städte und Vororte sowie ländliche Gebiete)

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

Alle in der Umfrage aufgeführten Maßnahmen werden von den Befragten, die in Städten leben, in hohem Maße unterstützt. Nahezu neun von zehn Befragten, die in Städten leben (88 %), halten die Unterstützung lokaler kleiner und mittlerer Unternehmen für eine „sehr“ oder „ziemlich wichtige“ Maßnahme zur Stärkung der lokalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in ihrer Stadt. Etwas geringere Anteile halten es für wichtig, unternehmerische Fähigkeiten junger Menschen zu entwickeln (35 % „sehr wichtig“ und 48 % „ziemlich wichtig“) oder Arbeitnehmer umzuschulen und weiterzubilden (30 % „sehr wichtig“ und 53 % „ziemlich wichtig“).

Etwa drei Viertel der Befragten in Städten (74 %) sind der Ansicht, dass die Verbesserung der digitalen Dienste und Infrastruktur für Bürger und Unternehmen „sehr“ oder „ziemlich wichtig“ ist, um die lokale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in ihrer Stadt zu stärken.

Q4 Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Maßnahmen, um die lokale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt an Ihrem Wohnort zu stärken?



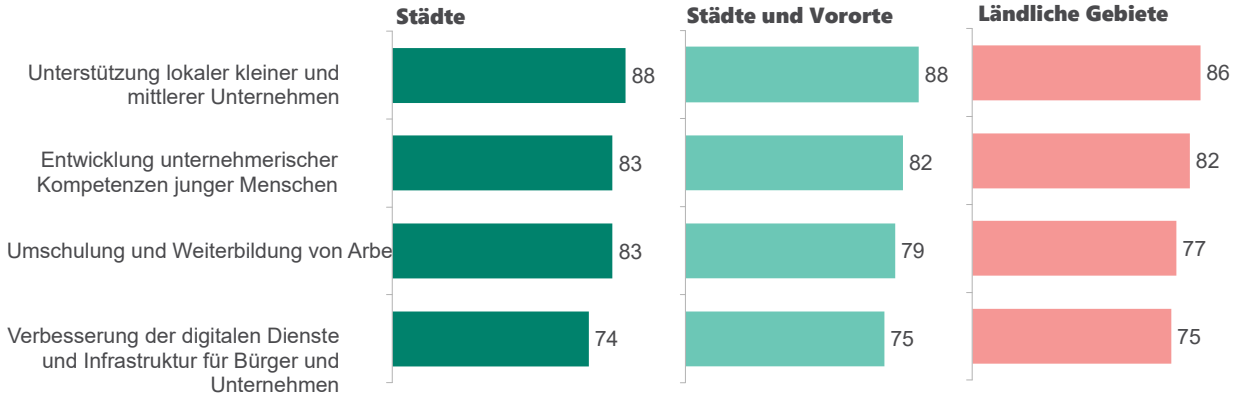
(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben**

Städte, Vororte und ländliche Gebiete

Die Befragten, die in Städten, Städten und Vororten sowie in ländlichen Gebieten leben, unterscheiden sich nicht wesentlich in der Bedeutung, die sie den verschiedenen Maßnahmen zur Stärkung der lokalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes an ihrem Wohnort beimessen. So erwarten beispielsweise in Städten, Städten und Vororten sowie in ländlichen Gebieten etwas mehr als acht von zehn Befragten (82 % bis 83 %), dass es wichtig wäre, die unternehmerischen Fähigkeiten junger Menschen zu entwickeln. Der größte Unterschied besteht bei der Umschulung und Weiterqualifizierung von Arbeitnehmern; Diese Maßnahme wird von 83 % der Befragten, die in Städten leben, als wichtig angesehen, verglichen mit 77 % in ländlichen Gebieten und 79 % in Städten und Vororten.

Q4 Um die lokale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt an dem Ort, an dem Sie leben, zu stärken, wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Maßnahmen?

% „sehr wichtig“ oder „ziemlich wichtig“



(%) Basis: n= 11 998 – **Befragte, die in Städten leben** / n=11 882 – **Städte und Vororte /** n=7 975 – **Ländliche Gebiete**

Länderergebnisse mit Fokus auf Städte

Ein fast universeller Anteil der Befragten, die in Städten leben, hält die Unterstützung lokaler kleiner und mittlerer Unternehmen für eine wichtige Maßnahme zur Stärkung der lokalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in Zypern (97 %), Malta und Portugal (jeweils 95 %), Bulgarien und Lettland (jeweils 94 %). In Estland hingegen wählen weniger als drei Viertel der Stadtbewohner diese Antwort (72 %).

Auch in Zypern (96 %), Bulgarien (94 %), Kroatien und Malta (je 93 %) und Portugal (92 %) ist der Anteil der Befragten in Städten am höchsten, die der Meinung sind, dass die Entwicklung unternehmerischer Kompetenzen junger Menschen eine wichtige Maßnahme ist. Am niedrigsten ist dieser Anteil dagegen in den Niederlanden (70 %) und Dänemark (71 %).

Die Umschulung und Weiterbildung von Arbeitnehmern wird in Zypern (95 %), Malta (94 %), Bulgarien und Rumänien (je 92 %), Portugal (91 %) und Italien (90 %) am ehesten als wichtig angesehen. In Dänemark (63 %), den Niederlanden (72 %) und Schweden (74 %) geben weniger als drei Viertel der Stadtbewohner diese Antwort.

Bei den Maßnahmen zur Verbesserung der digitalen Dienste und Infrastruktur für Bürger und Unternehmen (z. B. Breitband-Internetzugang, WLAN, digitale Dienste) sind größere Unterschiede zwischen den Ländern festzustellen, was von mindestens acht von zehn Befragten, die in Städten in Malta (92 %), Griechenland (84 %), Irland (83 %), Bulgarien und Rumänien (beide 82 %) und Spanien (80 %) leben, als wichtig erachtet wird, aber von weniger als sechs von zehn Stadtbewohnern in Dänemark (49 %) und den Niederlanden (58 %).

Q4 Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Maßnahmen, um die lokale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt an Ihrem Wohnort zu stärken? % „sehr wichtig“ oder „ziemlich wichtig“

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

	Unterstützung lokaler kleiner und mittlerer Unternehmen	Entwicklung unternehmerischer Kompetenzen junger Menschen	Umschulung und Weiterbildung von Arbeitnehmern	Verbesserung der digitalen Dienste und Infrastruktur für Bürger und Unternehmen (z. B. Breitband-Internetzugang, WLAN, digitale Dienste)
EU-27	88	83	83	74
BE	86	76	79	67
BG	94	94	92	82
CZ	84	76	78	65
DK	79	71	63	49
DE	88	80	79	79
EE	72	84	83	66
IE	91	91	87	83
EL	93	91	87	84
ES	92	89	87	80
FR	85	79	79	67
Personalabteilung	90	93	85	74
IT	92	91	90	79
CY	97	96	95	78
LV	94	90	87	73
LT	84	89	87	73
LU	93	81	80	74
HU	86	87	84	78
MT	95	93	94	92
NL	79	70	72	58
AT	88	84	84	66
PL	87	86	82	74
PT	95	92	91	76
RO	93	91	92	82
SI	91	88	88	76
SK	88	87	81	67
FI	84	78	86	68
SE	80	74	74	65

(%) Basis: n=11 998 – Befragte, die in Städten leben

Unterschiede zwischen den Befragten, die in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten leben, in den einzelnen Ländern

Obwohl die Wahrnehmung von Maßnahmen zur Stärkung der lokalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes für die Befragten, die in Städten, Städten und Vororten und ländlichen Gebieten auf EU-Ebene leben, recht ähnlich ist, sind in bestimmten Ländern einige Unterschiede festzustellen.

Die Unterstützung lokaler kleiner und mittlerer Unternehmen wird von den Befragten in Städten eher als wichtig erachtet als von den Befragten in ländlichen Gebieten in Bulgarien (94 % vs. 90 %), Griechenland (93 % vs. 86 %), Italien (92 % vs. 86 %), Belgien (86 % vs. 78 %) und Frankreich (85 % vs. 79 %). Das Gegenteil ist in Estland zu beobachten, wo 80% der Befragten in ländlichen Gebieten dies melden, im Gegensatz zu 72% der Befragten in Städten.

In Griechenland (91% vs. 85%), Lettland (90% vs. 83%), der Slowakei (87% vs. 81%) und Frankreich (79% vs. 72%). Dieser Trend kehrt sich in Estland (90 % der Befragten in ländlichen Gebieten gegenüber 84 % der Stadtbewohner), Finnland (87 % gegenüber 78 %) und den Niederlanden (79 % gegenüber 70 %) um.

In Österreich (84 % gegenüber 68 %-74 %), Deutschland (79 % gegenüber 66 %-73 %), Frankreich (79 % gegenüber 67 %-74 %) und Belgien (79 % gegenüber 67 %-73 %) halten die Befragten in Städten die Umschulung und Weiterqualifizierung von Arbeitnehmern eher für eine wichtige Maßnahme zur Stärkung ihrer lokalen Wirtschaft als die Befragten, die in Städten und Vororten und in ländlichen Gebieten leben.

In mehreren Ländern antworten die Befragten, die in ländlichen Gebieten leben, eher als diejenigen, die in Städten leben, dass die Verbesserung der digitalen Dienste und Infrastruktur für Bürger und Unternehmen (z. B. Breitband-Internetzugang, WLAN, digitale Dienste) wichtig ist, um die lokale Wirtschaft zu stärken. Dies ist der Fall in Irland (93 % vs. 83 %), Kroatien (85 % vs. 75 %), Portugal (85 % vs. 76 %), Polen (83 % vs. 73 %), Estland (78 % vs. 66 %), Österreich (75 % vs. 66 %) und den Niederlanden (69 % vs. 58 %).

Soziodemografische Unterschiede, die sich auf Bürger konzentrieren, die in Städten leben

Stadtbewohner unterschiedlichen Alters nehmen einige der Maßnahmen zur Stärkung der lokalen Wirtschaft ihrer Stadt auf eine andere Weise wahr. Zum Beispiel ist es für Stadtbewohner ab 40 Jahren etwas wahrscheinlicher als für ihre jüngeren Kollegen, dass es wichtig ist, lokale kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen (90%-91% gegenüber 85%).

Bildung ist auch ein relevanter Faktor dafür, wie die Befragten in den Städten einige dieser Maßnahmen wahrnehmen. Befragte in Städten, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben, sind weniger wahrscheinlich als diejenigen, die ihre Ausbildung in einem höheren Alter abgeschlossen haben, der Meinung, dass es wichtig ist, lokale und mittlere Unternehmen zu unterstützen (81 % gegenüber 89 % bis 90 %). Es ist auch weniger wahrscheinlich, dass sie dasselbe über Umschulung und Weiterqualifizierung von Arbeitnehmern denken (78 % gegenüber 83 % bis 84 %).

Selbstständige, die in Städten leben (88 %), halten es eher für wichtig, unternehmerische Fähigkeiten junger Menschen zu entwickeln, um ihre lokale Wirtschaft und ihren Arbeitsmarkt zu stärken, als Handarbeiter, die in Städten leben (81 %). Der gegenteilige Trend zeigt sich bei der Verbesserung der digitalen Dienste und Infrastruktur für Bürger und Unternehmen, die von Arbeitnehmern und Handarbeitern, die in Städten leben (beide 76 %), eher als wichtig erachtet wird als von Selbstständigen, die in Städten leben (70 %).

Stadtbewohner, die ihren lokalen Behörden vertrauen oder ein positives Bild von der EU haben, finden im Allgemeinen eher alle aufgeführten Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft des Ortes, an dem sie leben, wichtig.

2.3. Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Inklusion

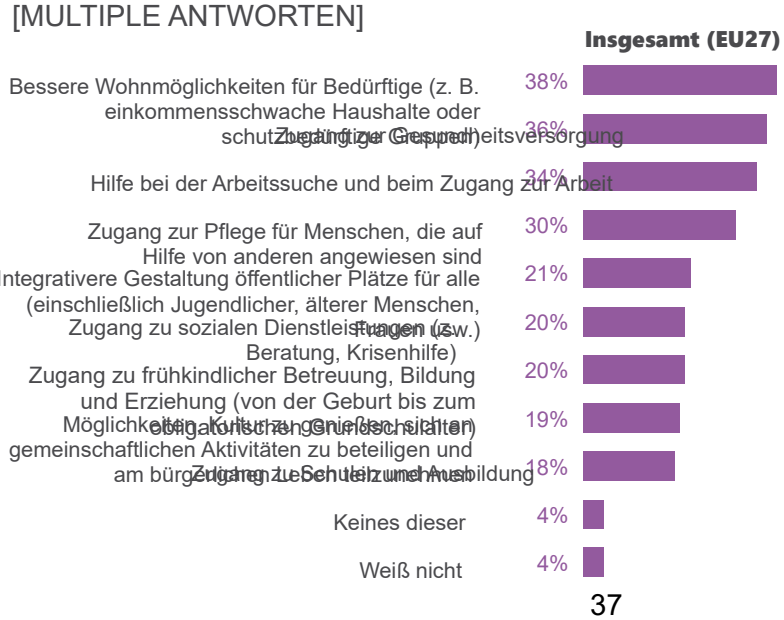
Die Befragten wurden gefragt, welche von neun Investitionsbereichen priorisiert werden sollten, um die soziale Inklusion an ihrem Wohnort zu stärken.

Die EU-Perspektive

EU-weit wählen durchschnittlich 38 % der Bürgerinnen und Bürger bessere Wohnmöglichkeiten für Bedürftige (z. B. einkommensschwache Haushalte oder schutzbedürftige Gruppen), 36 % Zugang zur Gesundheitsversorgung und 34 % Hilfe bei der Arbeitssuche und beim Zugang zu Arbeit als Investitionsbereiche, um die soziale Inklusion dort zu stärken, wo sie leben. Drei von zehn Befragten in der gesamten EU (30 %) nennen den Zugang zu Pflege für Menschen, die von anderen abhängig sind, um Hilfe zu erhalten, als Maßnahme, um an ihrem Wohnort Prioritäten zu setzen.

Weniger Befragte erwähnen: inklusivere Gestaltung öffentlicher Orte für alle (einschließlich junger Menschen, älterer Menschen, Frauen, Menschen mit Behinderungen und LGBTIQ-Personen) (21 %), Zugang zu sozialen Diensten (z. B. Beratung, Krisenhilfe) (20 %), Zugang zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung (von der Geburt bis zum obligatorischen Grundschulalter) (20 %), Möglichkeiten, Kultur zu genießen, sich an gemeinschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen und am bürgerlichen Leben teilzunehmen (19 %), Zugang zu Schulen und Ausbildung (18 %).

F6 Welche Investitionsbereiche sollten Ihrer Meinung nach priorisiert werden, um die soziale Inklusion an Ihrem Wohnort zu stärken? Bitte wählen Sie bis zu drei Bereiche aus. [MULTIPLE ANTWORTEN]



(%) Basis:n=31 855 – **Alle Befragten** (Städte, Städte und Vororte sowie ländliche Gebiete)

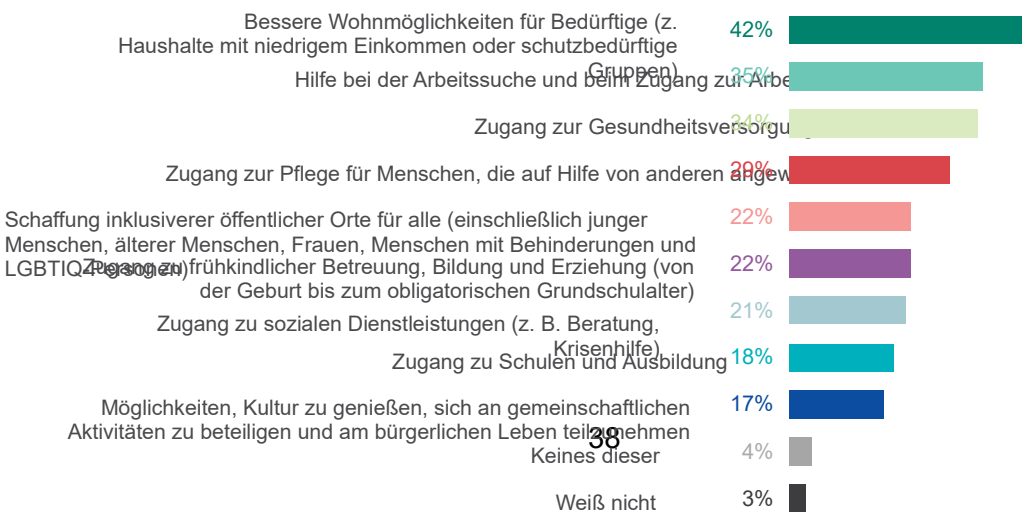
Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

Der Investitionsbereich zur Stärkung der sozialen Inklusion, der von den Befragten, die in Städten leben, am häufigsten ausgewählt wird, sind bessere Wohnmöglichkeiten für bedürftige Menschen (42 %). Es folgen Hilfe bei der Arbeitssuche und beim Zugang zur Arbeit (35 %) und Zugang zur Gesundheitsversorgung (34 %), die jeweils von etwa einem Drittel der Stadtbewohner erwähnt werden, und Zugang zur Pflege für Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, wie etwa drei von zehn Befragten (29 %) anführen.

Die inklusivere Gestaltung öffentlicher Orte für alle (einschließlich junger Menschen, älterer Menschen, Frauen, Menschen mit Behinderungen und LGBTIQ-Personen) (22 %), der Zugang zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung (von der Geburt bis zum obligatorischen Grundschulalter) (22 %), der Zugang zu sozialen Dienstleistungen (z. B. Beratung, Krisenhilfe) (21%) und der Zugang zu Schulen und Ausbildung (18 %) werden jeweils von etwa jedem fünften Einwohner der Stadt genannt. Schließlich betrachten 17 % die Möglichkeit, Kultur zu genießen, sich an Aktivitäten der Gemeinschaft zu beteiligen und am bürgerlichen Leben teilzunehmen, als vorrangigen Investitionsbereich.

F6 Welche Investitionsbereiche sollten Ihrer Meinung nach priorisiert werden, um die soziale Inklusion an Ihrem Wohnort zu stärken? Bitte wählen Sie bis zu drei Bereiche aus. [MULTIPLE ANTWORTEN]

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

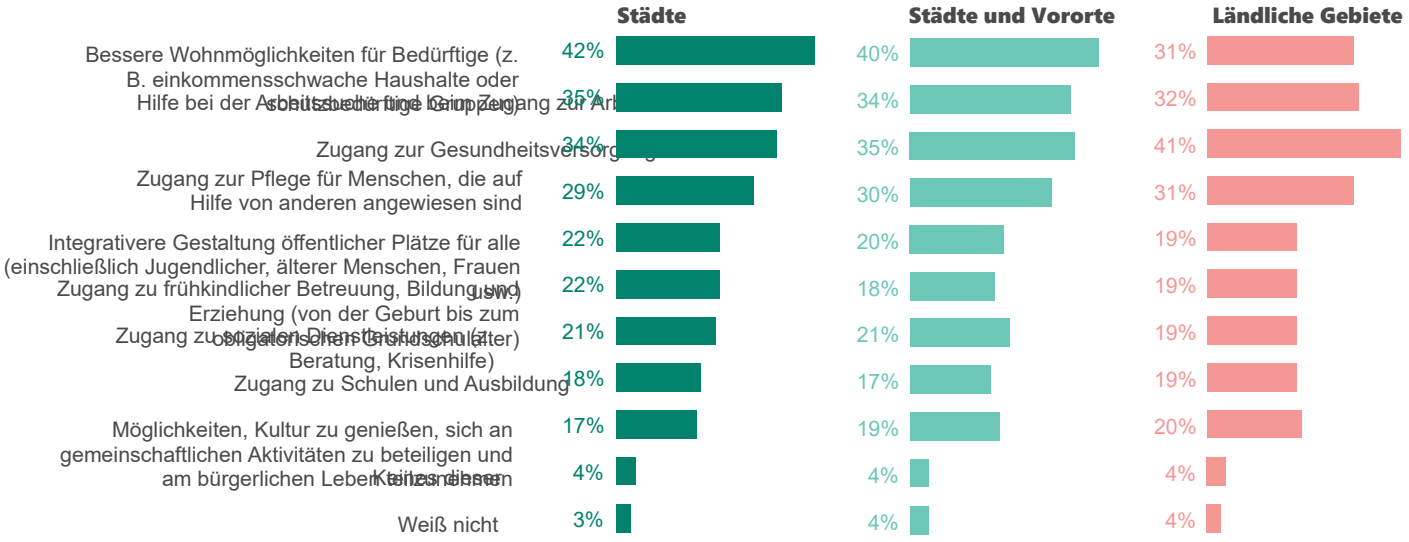


(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben**

Städte, Vororte und ländliche Gebiete

Ein höherer Anteil der Befragten, die in Städten (42 %) und in Städten und Vororten (40 %) leben, gibt bessere Wohnmöglichkeiten für bedürftige Menschen als Investitionsgebiet an als diejenigen, die in ländlichen Gebieten leben (31 %). Im Gegensatz dazu geben die Befragten in ländlichen Gebieten (41 %) mit größerer Wahrscheinlichkeit als die Befragten in Städten (34 %) und Städten und Vororten (35 %) den Zugang zur Gesundheitsversorgung als Investitionsbereich an, um die soziale Inklusion an ihrem Wohnort zu stärken.

F6 Welche Investitionsbereiche sollten Ihrer Meinung nach priorisiert werden, um die soziale Inklusion an Ihrem Wohnort zu stärken? Bitte wählen Sie bis zu drei Bereiche aus. [MULTIPLE ANTWORTEN]



(%) Basis:n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben** / n=11 882 – **Städte und Vororte /** n=7 975 – **Ländliche Gebiete**

Länderergebnisse mit Fokus auf Städte

In 16 Mitgliedstaaten sind bessere Wohnmöglichkeiten für bedürftige Menschen (z. B. einkommensschwache Haushalte oder schutzbedürftige Gruppen) der (gemeinsame) ranghöchste Investitionsbereich, um die soziale Inklusion der in Städten lebenden Befragten zu stärken. In Zypern (64 %), Kroatien (55 %), Irland (54 %), den Niederlanden (53 %), Ungarn und Luxemburg (jeweils 52 %), Portugal und Spanien (jeweils 51 %) nennt eine Mehrheit der Stadtbewohner diesen Investitionsbereich. Im Vergleich dazu gibt etwa ein Drittel in Rumänien (32 %), Österreich und Bulgarien (jeweils 34 %) die gleiche Antwort.

Die Hilfe bei der Arbeitssuche und beim Zugang zur Arbeit ist in Italien (45 %), Bulgarien und Rumänien (jeweils 44 %) am höchsten. In Spanien (48 %), Zypern (44 %), Kroatien (41 %) und Griechenland (40 %) halten mindestens vier von zehn Befragten, die in Städten leben, die Suche nach Arbeitsplätzen und den Zugang zur Arbeit für einen vorrangigen Investitionsbereich (obwohl der Bereich in diesen Ländern nicht der höchste ist). In Malta und Österreich (jeweils 22 %), den Niederlanden (23 %), Deutschland und der Slowakei (jeweils 24 %) und Litauen (25 %) ist dies jedoch nicht mehr als ein Viertel der Fälle der Fall.

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist in neun Mitgliedstaaten der am häufigsten genannte (gemeinsame) Investitionsbereich. Dennoch ist Ungarn (63 %) das einzige Land, in dem mehr als die Hälfte der Befragten, die in Städten leben, dieses Gebiet erwähnt. In den anderen Mitgliedstaaten reicht der Anteil, der diesen Bereich auswählt, von weniger als einem Fünftel in Malta (12 %), Luxemburg (13 %) und den Niederlanden (17 %) bis fast zur Hälfte in Finnland (47 %).

Der Anteil der Befragten, die den Zugang zu Pflege für Menschen, die von anderen abhängig sind, als vorrangigen Investitionsbereich wählen, variiert zwischen etwa einem von fünf Stadtbewohnern in Luxemburg (20 %) und Schweden (21 %) bis etwa vier von zehn in Zypern und Kroatien (jeweils 39 %), Finnland (40 %) und Slowenien (41 %).

In Malta ist etwa ein Drittel der Befragten in Städten (34 %) der Ansicht, dass die inklusivere Gestaltung öffentlicher Räume für alle (einschließlich junger Menschen, älterer Menschen, Frauen, Menschen mit Behinderungen und LGBTIQ-Personen) ein vorrangiger Investitionsbereich zur Stärkung der sozialen Inklusion in ihrer Stadt ist. Im Gegensatz dazu wählen weniger als die Hälfte der Befragten diese Antwort in Tschechien (12%), Ungarn (13%), Dänemark (15%), Estland und Slowenien (beide 16%).

In Bulgarien (32 %), Malta (31 %), Griechenland und Rumänien (jeweils 28 %) sind etwa drei von zehn Befragten in Städten der Ansicht, dass der Zugang zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung (von der Geburt bis zum obligatorischen Grundschulalter) ein vorrangiger Investitionsbereich ist. Nicht mehr als jeder siebte Befragte ist der Meinung, dass dies in Ungarn (12 %), Dänemark (13 %) und Slowenien (14 %) der Fall ist.

Finnland (36 %) ist das Land mit dem höchsten Anteil an der Auswahl des Zugangs zu sozialen Dienstleistungen (z. B. Beratung, Krisenhilfe). Im Gegensatz dazu denken nicht mehr als jeder siebte Stadtbewohner in Zypern (14 %), Frankreich und Schweden (jeweils 15 %) dasselbe.

In allen Mitgliedstaaten nennen weniger als drei von zehn Befragten, die in Städten leben, den Zugang zu Schulen und Ausbildung als vorrangigen Investitionsbereich (von 12 % in den Niederlanden und Spanien bis 29 % in Rumänien).

Die Möglichkeiten, Kultur zu genießen, sich an Aktivitäten der Gemeinschaft zu beteiligen und am bürgerlichen Leben teilzunehmen, sind in Malta am höchsten, wobei fast vier von zehn Befragten in Städten (38 %) diesen Investitionsbereich anführen. In den anderen Mitgliedstaaten reicht der Anteil der Stadtbewohner, die diese Antwort wählen, von 11 % in Tschechien und Ungarn bis 25 % in Schweden.

F6 Welche Investitionsbereiche sollten Ihrer Meinung nach priorisiert werden, um die soziale Inklusion an Ihrem Wohnort zu stärken? Bitte wählen Sie bis zu drei Bereiche aus. [MULTIPLE ANTWORTEN]

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

	Bessere Wohnmöglichkeiten für Bedürftige (z. B. einkommensschwache Haushalte oder schutzbedürftige Gruppen)	Hilfe bei der Arbeitssuche und beim Zugang zur Arbeit	Zugang zur Gesundheitsversorgung	Zugang zur Pflege für Menschen, die auf Hilfe von anderen angewiesen sind	Schaffung inklusiverer öffentlicher Orte für alle (einschließlich junger Menschen, älterer Menschen, Frauen, Menschen mit Behinderungen und LGBTIQ-Personen)	Zugang zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung (von der Geburt bis zum obligatorischen Grundschulalter)	Zugang zu sozialen Dienstleistungen (z. B. Beratung, Krisenhilfe)	Zugang zu Schulen und Ausbildung	Möglichkeiten, Kultur zu genießen, sich an gemeinschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen und am bürgerlichen Leben teilzunehmen
EU-27	42	35	34	29	22	22	21	18	17
BE	40	31	29	25	19	21	20	16	17
BG	34	44	42	30	21	32	25	23	14
CZ	38	31	37	34	12	19	18	22	11
DK	38	29	26	32	15	13	23	18	15
DE	43	24	27	31	26	22	21	25	16
EE	42	37	42	38	16	24	21	20	17
IE	54	27	39	27	26	22	27	17	23
EL	45	40	30	30	28	28	20	17	23
ES	51	48	28	27	23	20	24	12	16
FR	35	30	40	25	21	23	15	19	16
Personalabteilung	55	41	39	39	21	19	26	19	13
IT	36	45	39	25	25	23	19	18	21
CY	64	44	27	39	20	27	14	16	23
LV	35	27	45	36	22	24	21	13	14
LT	38	25	44	33	20	21	27	18	17
LU	52	34	13	20	17	22	21	19	23
HU	52	36	63	28	13	12	21	24	11
MT	36	22	12	24	34	31	26	13	38
NL	53	23	17	28	25	16	24	12	20
AT	34	22	36	34	21	26	22	23	16
PL	41	33	45	34	18	20	25	15	14
PT	51	37	39	33	19	24	23	16	20
RO	32	44	41	27	20	28	22	29	17
SI	44	26	44	41	16	14	30	14	15
SK	48	24	43	38	18	26	28	16	15
FI	42	31	47	40	17	18	36	14	15
SE	39	38	24	21	23	16	15	17	25

(%) Basis: n=11 998 – Befragte, die in Städten leben

Unterschiede zwischen den Befragten, die in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten leben, in den einzelnen Ländern

In den meisten Mitgliedstaaten werden bessere Wohnmöglichkeiten für bedürftige Menschen (z. B. einkommensschwache Haushalte oder schutzbedürftige Gruppen) eher von Befragten, die in Städten leben, als von Befragten, die in ländlichen Gebieten leben, als vorrangiger Investitionsbereich zur Stärkung der sozialen Inklusion an ihrem Wohnort genannt. Die größten Unterschiede sind in Griechenland (45 % in Städten gegenüber 29 % in ländlichen Gebieten) und Deutschland (43 % gegenüber 27 %) zu beobachten. Der gegenteilige Trend ist in Slowenien zu beobachten, wo die Befragten, die in ländlichen Gebieten leben (54 %), dieses Gebiet eher auswählen als die in Städten (44 %).

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung wird von den Befragten, die in Städten und Vororten und in ländlichen Gebieten leben, eher als vorrangiger Investitionsbereich genannt als von den Befragten, die in Städten in Tschechien (44%-46% vs. 37%), Deutschland (33%-40% vs. 27%) und Schweden (31%-32% vs. 24%). In Frankreich sind die Befragten, die in ländlichen Gebieten leben (52 %), eher geneigt, diesen Investitionsbereich zu erwähnen als diejenigen, die in Städten und Vororten (45 %) und in Städten (40 %) leben. In einigen wenigen Ländern zeichnet sich ein anderes Bild ab, da die Stadtbewohner diese Antwort eher auswählen als die ländlichen. Dies ist beispielsweise in Ungarn der Fall (63 % der Befragten in Städten und 58 % in Städten in Vororten erwähnen dies gegenüber 38 % der Befragten in ländlichen Gebieten), Bulgarien (42 % in Städten, 29 % in Städten in Vororten und 23 % in ländlichen Gebieten) und Griechenland (30 % in Städten, 20 % in Vororten und 18 % in ländlichen Gebieten).

In mehreren Ländern haben die Befragten in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten unterschiedliche Vorstellungen davon, ob Hilfe bei der Arbeitssuche und beim Zugang zu Arbeit als vorrangiger Investitionsbereich betrachtet werden sollte. In Bulgarien (44 % vs. 32 %), Griechenland (40 % vs. 30 %), Portugal (37 % vs. 29 %), Deutschland (24 % vs. 18 %) und den Niederlanden (23 % vs. 16 %) ist die Wahrscheinlichkeit, dass Stadtbewohner dies denken, höher als in ländlichen Gebieten. Das Gegenteil gilt jedoch für Ungarn (48 % im ländlichen Raum gegenüber 36 % in Städten), Litauen (39 % gegenüber 25 %), die Slowakei (39 % gegenüber 24 %), Lettland (38 % gegenüber 27 %) und Slowenien (35 % gegenüber 27 %).

Soziodemografische Unterschiede, die sich auf Bürger konzentrieren, die in Städten leben

Frauen, die in Städten leben, erwähnen häufiger als Männer, die in Städten leben, bessere Wohnmöglichkeiten für Menschen in Not (z. B. einkommensschwache Haushalte oder schutzbedürftige Gruppen) (44 % vs. 40 %), Zugang zur Gesundheitsversorgung (37 % vs. 31 %) und Zugang zu Pflege für Menschen, die auf Hilfe von anderen angewiesen sind (32 % vs. 26 %), als Investitionsbereich zur Stärkung der sozialen Inklusion in ihrer Stadt. Der gegenteilige Trend zeigt sich bei den Möglichkeiten, Kultur zu genießen, sich an gemeinschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen und am bürgerlichen Leben teilzunehmen, was von Männern, die in Städten leben (19 %), etwas häufiger erwähnt wird als von Frauen, die in Städten leben (15 %).

Stadtbewohner im Alter von 40 Jahren und älter wählen häufiger als ihre jüngeren Kollegen den Zugang zur Gesundheitsversorgung (35%-38% vs. 28%-30%) und den Zugang zur Pflege für Menschen, die auf Hilfe von anderen angewiesen sind (28%-37% vs. 20%-22%) als Investitionsgebiete. Auf der anderen Seite erwähnen Befragte, die in Städten unter 40 Jahren leben, eher als ältere Befragte Möglichkeiten, Kultur zu genießen, sich an gemeinschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen und am bürgerlichen Leben teilzunehmen (22%-23% vs. 14%) und Zugang zu Schulen und Ausbildung (22%-26% vs. 14%-18%).

Der Anteil der Stadtbewohner, die den Zugang zu Pflege für Menschen erwähnen, die auf Hilfe von anderen angewiesen sind, ist bei den Befragten, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben (40%), höher als bei den besser ausgebildeten Befragten (28%-30%).

Befragte, die in Städten leben, die nicht erwerbstätig sind (47 %), ziehen mit größerer Wahrscheinlichkeit als Befragte in Städten anderer Berufsgruppen (35 % bis 41 %) bessere Wohnmöglichkeiten für bedürftige Menschen als vorrangigen Investitionsbereich in Betracht. Sie sind auch häufiger als Angestellte und Handarbeiter, die in Städten leben, um den Zugang zu Pflege für Menschen zu erwähnen, die auf andere angewiesen sind, um Hilfe zu erhalten (33% gegenüber 25%-27%). Der Zugang zur Gesundheitsversorgung wird von Arbeitern, die in Städten leben (25 %), seltener erwähnt als von den Befragten in Städten anderer Berufsgruppen (34 % bis 36 %).

Stadtbewohner, die ein negatives Bild von der EU haben, sind eher als diejenigen, die ein positives Bild haben, den Zugang zur Gesundheitsversorgung als vorrangigen Investitionsbereich zu betrachten (41 % gegenüber 32 % bis 33 %). Es ist jedoch weniger wahrscheinlich, dass sie öffentliche Orte für alle inklusiver machen (16 % gegenüber 26 %), Zugang zu sozialen Diensten (18 % gegenüber 24 %) und Möglichkeiten, Kultur zu genießen, sich an gemeinschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen und am bürgerlichen Leben teilzunehmen (13 % gegenüber 20 %).

2.4. Investitionen in die Verbesserung der Mobilität

Die Befragten wurden gefragt, in welchen Bereichen Investitionen am dringendsten erforderlich sind, um die Mobilität an ihrem Wohnort zu verbessern. Ihnen wurde eine Liste mit sieben Maßnahmen zur Verfügung gestellt.

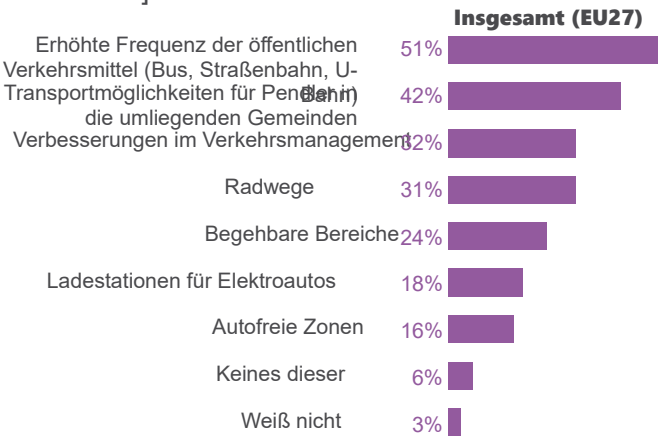
Die EU-Perspektive

Im EU-Durchschnitt wählt etwa die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger (51 %) eine höhere Frequenz öffentlicher Verkehrsmittel (Bus, Straßenbahn, U-Bahn) als Investitionsbereich zur Verbesserung der Mobilität dort, wo sie leben. Etwas mehr als vier von zehn (42%) sagen dasselbe über Transportmöglichkeiten für den Pendelverkehr in die umliegenden Gemeinden. Verbesserungen des Verkehrsmanagements (32 %) und der Radwege (31 %) werden von jeweils etwas mehr als drei von zehn Befragten in der gesamten EU ausgewählt.

Etwa ein Viertel der Befragten (24%) nennt begehbare Gebiete als Investitionsgebiet, um die Mobilität in ihrer Stadt zu verbessern.

Weniger als jeder fünfte Befragte in der EU nennt Ladestationen für Elektroautos (18 %) oder autofreie Zonen (16 %).

Q9 Um die Mobilität an Ihrem Wohnort zu verbessern, in welchen Bereichen sind Ihrer Meinung nach Investitionen am dringendsten erforderlich? Bitte wählen Sie bis zu drei Bereiche aus. [MULTIPLE ANTWORTEN]



(%) Basis:n=31 855 – **Alle Befragten** (Städte, Städte und Vororte sowie ländliche Gebiete)

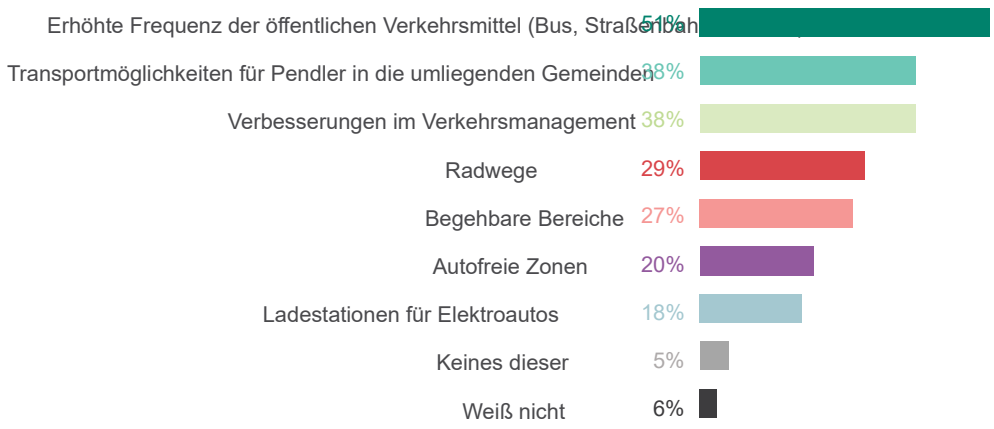
Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

Die zunehmende Häufigkeit öffentlicher Verkehrsmittel (Bus, Straßenbahn, U-Bahn) wird von den Befragten, die in Städten leben, am häufigsten genannt (51 %). Es folgen Transportmöglichkeiten für den Pendelverkehr in die umliegenden Gemeinden (38 %) und Verbesserungen im Verkehrsmanagement (38 %).

Radwege (29 %) und begehbare Gebiete (27 %) werden jeweils von mehr als einem Viertel der Befragten erwähnt, die in Städten leben. Weniger Befragte wählen autofreie Zonen (20 %) und Ladestationen für Elektroautos (18 %) als Investitionsbereiche zur Verbesserung der Mobilität in ihrer Stadt aus.

Q9 Um die Mobilität an Ihrem Wohnort zu verbessern, in welchen Bereichen sind Ihrer Meinung nach Investitionen am dringendsten erforderlich? Bitte wählen Sie bis zu drei Bereiche aus.
[MULTIPLE ANTWORTEN]

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

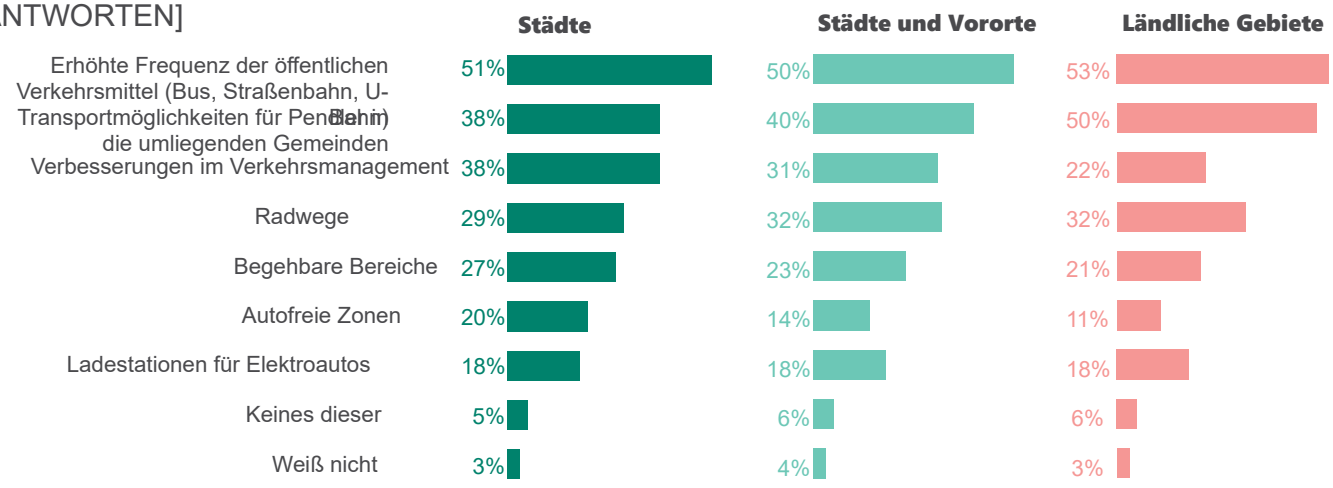


(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben**

Städte, Vororte und ländliche Gebiete

Die Befragten, die in ländlichen Gebieten leben (50 %), erwähnen mit größerer Wahrscheinlichkeit, dass Investitionen in Verkehrsoptionen für den Pendelverkehr in die umliegenden Gemeinden am dringendsten erforderlich sind, verglichen mit denjenigen, die in Städten und Vororten (40 %) oder Städten (38 %) leben. Umgekehrt werden in Städten lebende Befragte eher als in Städten und Vororten und in ländlichen Gebieten lebende Befragte als vorrangige Investitionsbereiche genannt: Verbesserungen im Verkehrsmanagement (38 % gegenüber 22 % bis 31 %), begehbare Gebiete (27 % gegenüber 21 % bis 23 %) und autofreie Zonen (20 % gegenüber 11 % bis 14 %).

Q9 Um die Mobilität an Ihrem Wohnort zu verbessern, in welchen Bereichen sind Ihrer Meinung nach Investitionen am dringendsten erforderlich? Bitte wählen Sie bis zu drei Bereiche aus. [MULTIPLE ANTWORTEN]



(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben** / n=11 882 – **Städte und Vororte /** n=7 975 – **Ländliche Gebiete**

Länderergebnisse mit Fokus auf Städte

In 23 Mitgliedstaaten nennt der größte Anteil der Stadtbewohner die zunehmende Häufigkeit öffentlicher Verkehrsmittel (Bus, Straßenbahn, U-Bahn) als einen Bereich, in dem Investitionen am dringendsten erforderlich sind, um die Mobilität in ihrer Stadt zu verbessern. In Portugal (63 %), Kroatien (62 %), Irland (61 %), Griechenland und Italien (jeweils 60 %) wählen mindestens sechs von zehn Befragten, die in Städten leben, diese Antwort, im Gegensatz zu weniger als vier von zehn Befragten in Luxemburg (34 %) und Tschechien (37 %).

Etwa die Hälfte der Befragten, die in Städten leben, nennt Transportmöglichkeiten für Pendler in die umliegenden Gemeinden in Zypern (50 %) und Spanien (48 %). Dieser Anteil sinkt in den Niederlanden (23 %), Dänemark (26 %) und Schweden (28 %) auf weniger als drei von zehn.

Die Verbesserung des Verkehrsmanagements ist in Bulgarien (55 %), Luxemburg (52 %), Rumänien (48 %) und Litauen (47 %) die wichtigste Reaktion. Diese Antwort wird auch von mindestens der Hälfte der Stadtbewohner in Zypern (55 %), Kroatien (53 %), Irland (51 %) und Italien (50 %) ausgewählt. Im Vergleich dazu wählen weniger als drei von zehn Befragten in Städten in Polen und Schweden (jeweils 26 %), Dänemark (27 %), Lettland (28 %) und der Slowakei (29 %) diese Antwort.

Etwa vier von zehn Stadtbewohnern in Slowenien (39 %) geben an, dass Investitionen zur Verbesserung der Mobilität in ihrer Stadt am dringendsten erforderlich sind, um mehr Radwege zu schaffen, während etwa die Hälfte der Befragten dasselbe in Portugal und Spanien (jeweils 21 %) und in Irland (22 %) meldet.

In Estland (41 %) und Zypern (40 %) nennen etwa vier von zehn Befragten, die in Städten leben, begehbare Gebiete als am dringendsten benötigtes Investitionsgebiet. Österreich (18 %), Luxemburg (19 %), Belgien und Malta (jeweils 20 %), Deutschland und die Niederlande (jeweils 21 %) sind die Länder mit dem niedrigsten Anteil der Befragten, die diese Antwort geben.

In allen Mitgliedstaaten nennen weniger als ein Drittel der Befragten, die in Städten leben, Ladestationen für Elektroautos (von 14 % in Litauen bis 32 % in Kroatien und der Slowakei) und weniger als ein Viertel wählen autofreie Zonen (von 7 % in Estland bis 24 % in Luxemburg und Malta) als Bereiche aus, in denen Investitionen erforderlich sind, um die Mobilität in ihrer Stadt zu verbessern.

Q9 Um die Mobilität an Ihrem Wohnort zu verbessern, in welchen Bereichen sind Ihrer Meinung nach Investitionen am dringendsten erforderlich? Bitte wählen Sie bis zu drei Bereiche aus. [MULTIPLE ANTWORTEN]

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

	Erhöhte Frequenz der öffentlichen Verkehrsmittel (Bus, Straßenbahn, U-Bahn)	Transportmöglichkeiten für Pendler in die umliegenden Gemeinden	Verbesserungen im Verkehrsmanagement	Radwege	Begehbare Bereiche	Autofreie Zonen	Ladestationen für Elektroautos
EU-27	51	38	38	29	27	20	18
BE	48	31	42	37	20	18	13
BG	54	38	55	26	37	29	15
CZ	37	33	30	29	29	29	9
DK	41	26	27	34	23	17	18
DE	50	33	38	34	21	18	19
EE	48	34	47	31	41	21	7
IE	61	42	51	22	30	19	21
EL	60	44	47	25	35	31	20
ES	59	48	31	21	28	19	21
FR	47	40	38	29	25	15	20
Personalabteilung	62	37	53	32	35	32	10
IT	60	37	50	29	29	19	17
CY	59	50	55	36	40	16	10
LV	45	31	28	23	34	24	13
LT	46	41	47	28	31	14	11
LU	34	31	52	33	19	22	24
HU	53	39	33	32	29	28	14
MT	52	45	39	30	20	26	24
NL	42	23	31	31	21	20	15
AT	47	33	42	24	18	25	18
PL	45	43	26	34	28	23	16
PT	63	36	46	21	32	22	17
RO	46	34	48	33	35	28	18
SI	54	32	40	39	24	22	15
SK	48	38	29	36	37	32	8
FI	46	37	30	29	29	21	16
SE	43	28	26	30	29	20	21

Die Antworten „Keine davon“ und „Weiß nicht“ werden nicht angezeigt.

(%) Basis: n=11 998 – Befragte, die in Städten leben

Unterschiede zwischen den Befragten, die in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten leben, in den einzelnen Ländern

In den meisten Ländern zeichnet sich ein klares Muster ab, da die Befragten, die in ländlichen Gebieten leben, eher als diejenigen, die in Städten oder in Städten und Vororten leben, glauben, dass Investitionen in Verkehrsoptionen für den Pendelverkehr in die umliegenden Gemeinden erforderlich sind, um die Mobilität an ihrem Wohnort zu verbessern. Am stärksten ausgeprägt ist dieser Trend in Frankreich (57 % vs. 40 %-48 %), Belgien (51 % vs. 29 %-31 %), Kroatien (57 % vs. 37 %-42 %) und Rumänien (57 % vs. 34 %-46 %).

Die meisten Länder zeigen eine höhere Tendenz für die Befragten, die in Städten leben, Verbesserungen im Verkehrsmanagement als vorrangigen Bereich für Investitionen zu erwähnen, verglichen mit denen, die in ländlicheren Gebieten leben. Der Unterschied beim Anteil der Befragten, die dieses Gebiet erwähnen, beträgt mindestens 20 Prozentpunkte im Vergleich zu Stadtbewohnern in Kroatien (53 % in Städten gegenüber 28 % in ländlichen Gebieten), Italien (50 % gegenüber 21 %), Rumänien (48 % gegenüber 27 %), Litauen (47 % gegenüber 21 %), Estland (47 % gegenüber 26 %), Portugal (46 % gegenüber 22 %), Belgien (42 % gegenüber 21 %), Frankreich (38 % gegenüber 17 %) und Ungarn (33 % gegenüber 12 %).

Andere wichtige Unterschiede zwischen den Verstädterungsniveaus sind in einigen Ländern in Bezug auf die folgenden Bereiche festzustellen: begehbare Bereiche und autofreie Zonen. In Deutschland beispielsweise erwähnen die Befragten, die in Städten leben, eher begehbare Gebiete (21 % vs. 6 %) und autofreie Zonen (18 % vs. 7 %) als diejenigen, die in ländlichen Gebieten leben.

Soziodemografische Unterschiede, die sich auf Bürger konzentrieren, die in Städten leben

Frauen, die in Städten leben (41 %), antworten mit größerer Wahrscheinlichkeit als ihre männlichen Kollegen in Städten (34 %), dass Verkehrsoptionen für den Pendelverkehr in die umliegenden Gemeinden ein vorrangiger Investitionsbereich zur Verbesserung der Mobilität in ihrer Stadt sind. Umgekehrt neigen Männer, die in Städten leben, eher dazu, Radwege (31 % gegenüber 27 % der Frauen) und Ladestationen für Elektroautos (22 % gegenüber 14 %) zu erwähnen.

Einige Variationen können auch über Altersgruppen hinweg festgestellt werden. Zum Beispiel sind Stadtbewohner im Alter von 55 Jahren und älter weniger wahrscheinlich als ihre jüngeren Kollegen (26 % gegenüber 30 % bis 32 %), Fahrradwege als vorrangigen Investitionsbereich zu nennen.

Stadtbewohner mit unterschiedlichem Bildungsniveau unterscheiden sich nicht wesentlich in der Art und Weise, wie sie wahrnehmen, welche Investitionsgebiete am dringendsten benötigt werden. Die einzige Ausnahme sind Verbesserungen im Verkehrsmanagement, ein Bereich, der eher von Befragten erwähnt wird, die ihre Ausbildung im Alter von 16 Jahren oder älter abgeschlossen haben (39 %), als von denjenigen, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben (28 %).

Handarbeiter, die in Städten leben, erwähnen seltener als Stadtbewohner in anderen Berufskategorien die erhöhte Häufigkeit öffentlicher Verkehrsmittel (Bus, Straßenbahn, U-Bahn) (37 % gegenüber 52 % bis 53 %) und Verbesserungen im Verkehrsmanagement (30 % gegenüber 38 % bis 41 %).

Die Wahrnehmung der Stadtbewohner, welche Gebiete Investitionen benötigen, korreliert mit ihrem Image der EU. So erwähnen Stadtbewohner mit einem positiven Bild von der EU eher Radwege (31 % vs. 23 %), Ladestationen für Elektroautos (22 % vs. 13 %) und autofreie Zonen (23 % vs. 16 %) als solche mit einem negativen Bild.

3. Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Umwelt

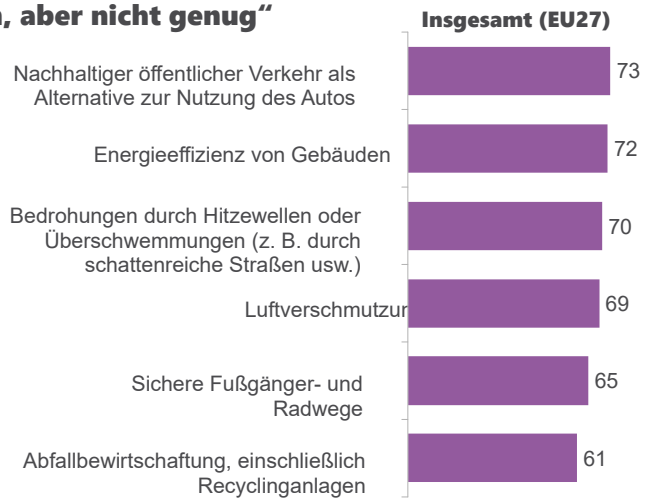
Die Befragten wurden auch nach Maßnahmen gefragt, die ergriffen wurden, um die Herausforderungen des Klimawandels und der Umwelt an ihrem Wohnort anzugehen.

Die EU-Perspektive

Im EU-Durchschnitt geben mehr als sechs von zehn Bürgerinnen und Bürgern für jede der in der Umfrage aufgeführten Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und der Umwelt an, dass ihre lokalen Behörden keine oder nicht genügend Maßnahmen ergreifen – von 61 % für die Abfallbewirtschaftung, einschließlich Recyclinganlagen, bis zu 73 % für die Energieeffizienz von Gebäuden.

Q8 Sind Sie der Meinung, dass die lokalen Behörden in jedem der folgenden Bereiche ausreichend Maßnahmen ergreifen, um die Herausforderungen des Klimawandels und der Umwelt an Ihrem Wohnort anzugehen?

% „Überhaupt keine Maßnahmen ergreifen“ oder „Einige Maßnahmen ergreifen, aber nicht genug“



(%) Basis: n=31 855 – **Alle Befragten** (Städte, Städte und Vororte sowie ländliche Gebiete)

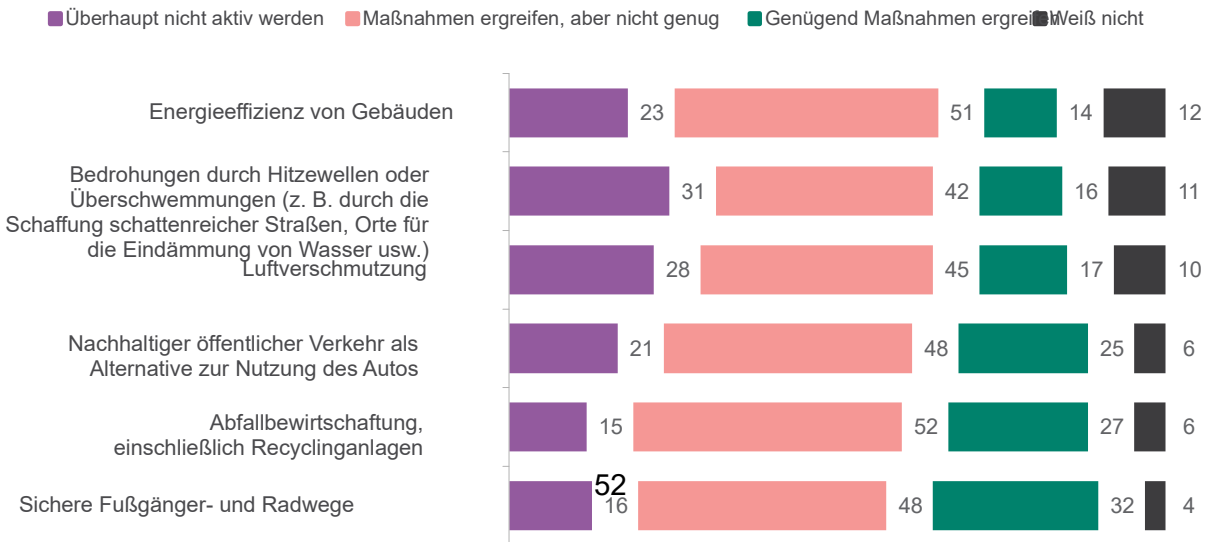
Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

Etwa drei Viertel der Befragten, die in Städten leben (74 %), geben an, dass ihre lokalen Behörden keine oder nicht genügend Maßnahmen ergreifen, um die Energieeffizienz von Gebäuden anzugehen (23 % „keine Maßnahmen“ und 51 % „nicht genügend Maßnahmen“). In ähnlicher Weise geben fast drei Viertel (73 %) der Befragten in Städten insgesamt an, dass keine Maßnahmen ergriffen werden (31 %) oder dass nicht genügend Maßnahmen ergriffen werden (42 %), um Bedrohungen durch Hitzewellen oder Überschwemmungen zu begegnen (z. B. durch die Schaffung schattenreicher Straßen, Orte für die Eindämmung von Wasser usw.); Derselbe Anteil (73 %) gilt auch für Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung (28 % „keine Maßnahmen“ und 45 % „nicht genügend Maßnahmen“).

In den übrigen Gebieten schwankt der Anteil der Befragten, die angeben, dass in ihrer Stadt keine oder nicht genügend Maßnahmen ergriffen werden, zwischen 64 % für sichere Fußgänger- und Radwege und 69 % für einen nachhaltigen öffentlichen Verkehr als Alternative zur Nutzung des Autos.

Q8 Sind Sie der Meinung, dass die lokalen Behörden in jedem der folgenden Bereiche ausreichend Maßnahmen ergreifen, um die Herausforderungen des Klimawandels und der Umwelt an Ihrem Wohnort anzugehen?

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben



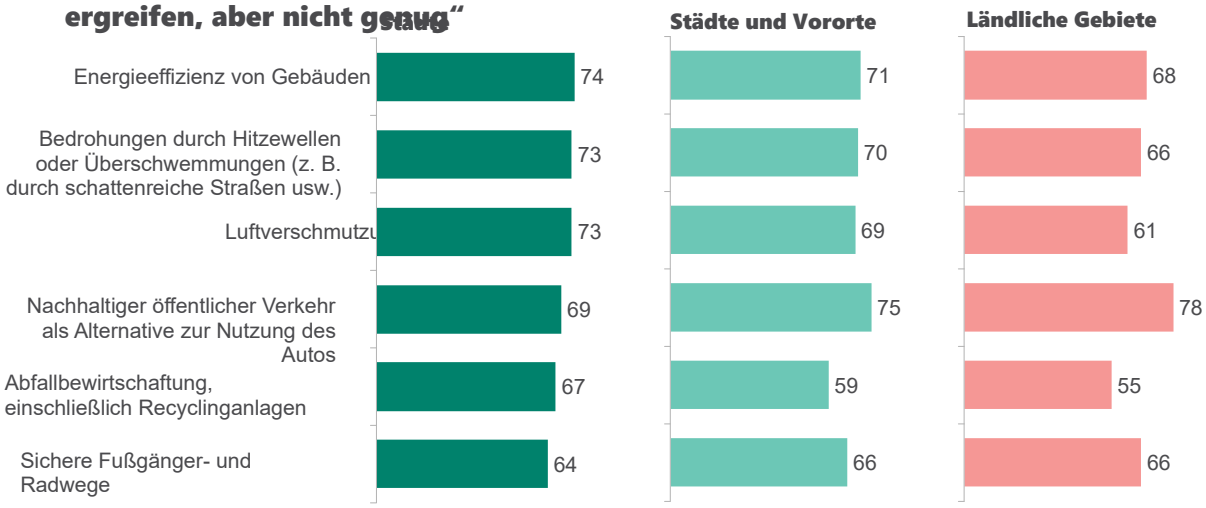
(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben**

Städte, Vororte und ländliche Gebiete

Die Befragten, die in Städten, Städten und Vororten sowie in ländlichen Gebieten leben, haben unterschiedliche Vorstellungen davon, ob ihre lokalen Behörden genügend Maßnahmen ergreifen, um die Herausforderungen des Klimawandels und der Umwelt an ihrem Wohnort anzugehen. So antworten beispielsweise Stadtbewohner (73 %) häufiger als Befragte in Städten und Vororten (69 %) und in ländlichen Gebieten (61 %), dass ihre lokalen Behörden keine oder keine ausreichenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung ergreifen. Umgekehrt sind die Befragten, die in Städten leben (69 %), weniger wahrscheinlich als diejenigen, die in Städten und Vororten (75 %) und in ländlichen Gebieten (78 %) leben, der Meinung, dass keine Maßnahmen ergriffen werden oder dass nicht genügend Maßnahmen im Bereich des nachhaltigen öffentlichen Verkehrs als Alternative zur Nutzung des Autos ergriffen werden.

Q8 Sind Sie der Meinung, dass die lokalen Behörden in jedem der folgenden Bereiche ausreichend Maßnahmen ergreifen, um die Herausforderungen des Klimawandels und der Umwelt an Ihrem Wohnort anzugehen?

% „Überhaupt keine Maßnahmen ergreifen“ oder „Einige Maßnahmen ergreifen, aber nicht genug“



(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben** / n=11 882 – **Städte und Vororte /** n=7 975 – **Ländliche Gebiete**

Länderergebnisse mit Fokus auf Städte

In Bulgarien (91 %), Rumänien (86 %), Ungarn (85 %), Kroatien (84 %), Slowenien (83 %), Portugal (82 %) und Spanien (81 %) ist der Anteil der Befragten, die in Städten leben, der Meinung, dass ihre lokalen Behörden überhaupt keine oder nur unzureichende Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden ergreifen, höher als acht von zehn. Demgegenüber teilen weniger als sechs von zehn Befragten in Malta (56 %), Luxemburg (57 %), den Niederlanden und Schweden (jeweils 59 %) diese Ansicht.

In Kroatien und Zypern (beide 89 %), Bulgarien (87 %), Rumänien (86 %), sind fast neun von zehn Befragten, die in Städten leben, der Ansicht, dass ihre lokalen Behörden keine oder nicht genügend Maßnahmen ergreifen, um Bedrohungen durch Hitzewellen oder Überschwemmungen zu begegnen (z. B. durch die Schaffung schattenreicher Straßen, Orte für die Eindämmung von Wasser usw.). Im Vergleich dazu teilt etwa die Hälfte der Befragten diese Ansicht in den Städten Dänemark (49 %) und Finnland (52 %).

Etwa neun von zehn Befragten in Städten in Bulgarien (91 %), Rumänien (90 %) und Kroatien (88 %) sind der Ansicht, dass ihre lokalen Behörden überhaupt keine Maßnahmen ergreifen oder Maßnahmen ergreifen, aber nicht genug, um gegen die Luftverschmutzung vorzugehen. Der Anteil der Befragten, die dies melden, ist in Finnland (59 %), Estland (60 %), Malta und Schweden (jeweils 61 %), Dänemark und den Niederlanden (jeweils 62 %) deutlich geringer.

Der Anteil der Stadtbewohner, die angeben, dass ihre lokalen Behörden keine oder nicht genügend Maßnahmen im Bereich des nachhaltigen öffentlichen Verkehrs als Alternative zur Nutzung des Autos ergreifen, reicht von weniger als der Hälfte in Luxemburg (46 %) bis zu mindestens acht von zehn in Bulgarien (80 %), Italien (81 %), Kroatien (85 %) und Zypern (89 %).

Etwa neun von zehn Befragten, die in Städten in Bulgarien leben (91 %), geben an, dass ihre lokalen Behörden im Bereich der Abfallbewirtschaftung, einschließlich Recyclinganlagen, keine oder keine ausreichenden Maßnahmen ergreifen. Der Anteil der Stadtbewohner, die diese Ansicht teilen, ist auch in Rumänien (83 %), Kroatien (82 %) und Zypern (81 %) hoch. Im Vergleich dazu gibt weniger als die Hälfte der Befragten, die in Städten leben, diese Ansicht in Finnland (43 %) und Luxemburg (48 %) an.

Mehr als acht von zehn Befragten, die in Städten in Zypern (87 %) und Bulgarien (83 %) leben, sind der Ansicht, dass ihre lokalen Behörden keine oder nicht genügend Maßnahmen ergreifen, um sichere Fußgängerwege und Radwege zu schaffen. Demgegenüber ist die Hälfte der Stadtbewohner in Österreich und den Niederlanden (jeweils 50%) der Meinung.

Q8 Sind Sie der Meinung, dass die lokalen Behörden in jedem der folgenden Bereiche ausreichend Maßnahmen ergreifen, um die Herausforderungen des Klimawandels und der Umwelt an Ihrem Wohnort anzugehen?

% „Überhaupt keine Maßnahmen ergreifen“ oder „Einige Maßnahmen ergreifen, aber nicht genug“

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

	Energieeffizienz von Gebäuden	Bedrohungen durch Hitzewellen oder Überschwemmungen (z. B. durch die Schaffung schattenreicher Straßen, Orte für die Eindämmung von Wasser usw.)	Luftverschmutzung	Nachhaltiger öffentlicher Verkehr als Alternative zur Nutzung des Autos	Abfallbewirtschaftung, einschließlich Recyclinganlagen	Sichere Fußgänger- und Radwege
EU-27	74	73	73	69	67	64
BE	70	70	72	72	62	67
BG	91	87	91	80	91	83
CZ	66	81	72	63	61	62
DK	63	49	62	66	51	63
DE	70	67	67	67	59	69
EE	72	69	60	60	60	67
IE	78	69	75	77	71	64
EL	75	75	77	74	72	77
ES	81	77	77	72	76	66
FR	73	70	69	60	60	53
Personalabteilung	84	89	88	85	82	80
IT	80	81	84	81	76	70
CY	79	89	86	89	81	87
LV	79	70	70	66	67	69
LT	75	74	79	75	65	57
LU	57	72	69	46	48	65
HU	85	74	84	76	71	70
MT	56	60	61	57	59	61
NL	59	59	62	64	54	50
AT	72	67	68	59	50	50
PL	73	77	75	68	71	67
PT	82	81	81	76	73	69
RO	86	86	90	77	83	79
SI	83	81	84	76	74	75
SK	72	80	75	71	71	72
FI	61	52	59	55	43	58
SE	59	60	61	67	61	56

Die Maßnahme mit dem insgesamt höchsten Anteil an „Überhaupt keine Maßnahmen ergreifen“ und „Einige Maßnahmen ergreifen, aber nicht genug“ Antworten für jedes Land ist in dunkelgrüner und weißer Schrift dargestellt.

(%) Basis: n=11 998 – Befragte, die in Städten leben

Unterschiede zwischen den Befragten, die in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten leben, in den einzelnen Ländern

Die unterschiedliche Wahrnehmung der Maßnahmen ihrer lokalen Gebietskörperschaften in den in der Umfrage aufgeführten Gebieten durch die Befragten in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten folgt in der Regel in den einzelnen Ländern demselben Muster wie auf EU-27-Ebene.

In den meisten Mitgliedstaaten sind die Befragten, die in ländlichen Gebieten leben, eher der Meinung als diejenigen, die in Städten leben, dass ihre lokalen Behörden überhaupt keine Maßnahmen ergreifen oder im Bereich des nachhaltigen öffentlichen Verkehrs als Alternative zur Nutzung des Autos einige Maßnahmen ergreifen, aber nicht genug. Am stärksten ausgeprägt ist diese Kluft in den Niederlanden (81 % in ländlichen Gebieten gegenüber 64 % in Städten), Frankreich (78 % gegenüber 60 %) und Finnland (76 % gegenüber 55 %).

In mehreren Mitgliedstaaten ist der Anteil der Befragten, die der Meinung sind, dass ihre lokalen Behörden keine oder nicht genügend Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung ergreifen, bei den in Städten lebenden Befragten höher als bei den Befragten in ländlichen Gebieten. Die größten Unterschiede sind in Frankreich (72 % in Städten gegenüber 49 % in ländlichen Gebieten) und in Lettland (60 % gegenüber 42 %) zu beobachten. Der entgegengesetzte Trend ist in Griechenland (89 % in ländlichen Gebieten gegenüber 61 % in Städten), den Niederlanden (70 % gegenüber 54 %) und Portugal (68 % gegenüber 51 %) zu beobachten.

Ein ähnliches Muster ist im Bereich der Abfallwirtschaft, einschließlich des Recyclings, zu beobachten. In den meisten Mitgliedstaaten sind die Befragten in Städten eher der Meinung als die in ländlichen Gebieten lebenden Befragten, dass ihre lokalen Behörden in diesem Bereich überhaupt keine oder nur unzureichende Maßnahmen ergreifen. Der Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen beträgt 20 Prozentpunkte in Bulgarien (91 % gegenüber 71 %) und Deutschland (59 % gegenüber 39 %).

Soziodemografische Unterschiede, die sich auf Bürger konzentrieren, die in Städten leben

Frauen, die in Städten leben (67 %), sind häufiger als Männer, die in Städten leben (62 %), der Ansicht, dass ihre lokalen Behörden überhaupt keine Maßnahmen ergreifen oder Maßnahmen ergreifen, aber nicht genug, im Bereich sicherer Fußgängerwege und Radwege.

Für die meisten in der Umfrage aufgeführten Gebiete sind die in Städten lebenden Arbeiter weniger geneigt als Stadtbewohner in anderen Berufskategorien zu denken, dass ihre lokalen Behörden überhaupt keine Maßnahmen ergreifen oder etwas unternehmen, aber nicht genug. So denken 70 % der Handarbeiter dies in Bezug auf die Energieeffizienz von Gebäuden, im Gegensatz zu 75 % der Befragten in anderen Berufskategorien.

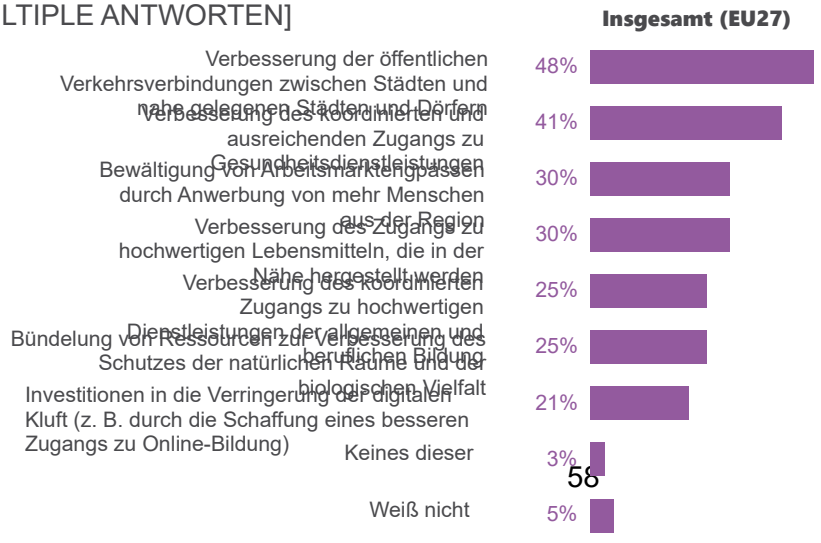
4. Zusammenarbeit Stadt-Land

Den Befragten wurde eine Liste mit sieben Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land vorgelegt. Sie wurden gebeten, bis zu drei Formen auszuwählen, die für die Menschen an dem Ort, an dem sie leben, am nützlichsten wären.

Die EU-Perspektive

Im EU-Durchschnitt sind 48 % der Bürgerinnen und Bürger der Ansicht, dass eine Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen Städten und nahe gelegenen Städten und Dörfern für die Menschen an ihrem Wohnort von größtem Nutzen wäre. Etwa vier von zehn Befragten (41 %) geben an, dass es von Vorteil wäre, den koordinierten und ausreichenden Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen zu verbessern. Danach geht es darum, den Mangel an Arbeitsplätzen zu beheben, indem mehr Menschen aus der Region angezogen werden (30 %) und der Zugang zu hochwertigen Lebensmitteln, die in der Nähe hergestellt werden (30 %), verbessert wird.

Q7 Der Lebensstandard von Menschen, die in Städten, Städten und Dörfern leben, kann sich verbessern, wenn es eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen umliegenden Orten gibt.
Welche der folgenden Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land wären Ihrer Meinung nach für die Menschen an Ihrem Wohnort am vorteilhaftesten? Bitte wählen Sie bis zu drei Formen der Zusammenarbeit aus.
[MULTIPLE ANTWORTEN]



(%) Basis: n=31 855 – **Alle Befragten** (Städte, Städte und Vororte sowie ländliche Gebiete)

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

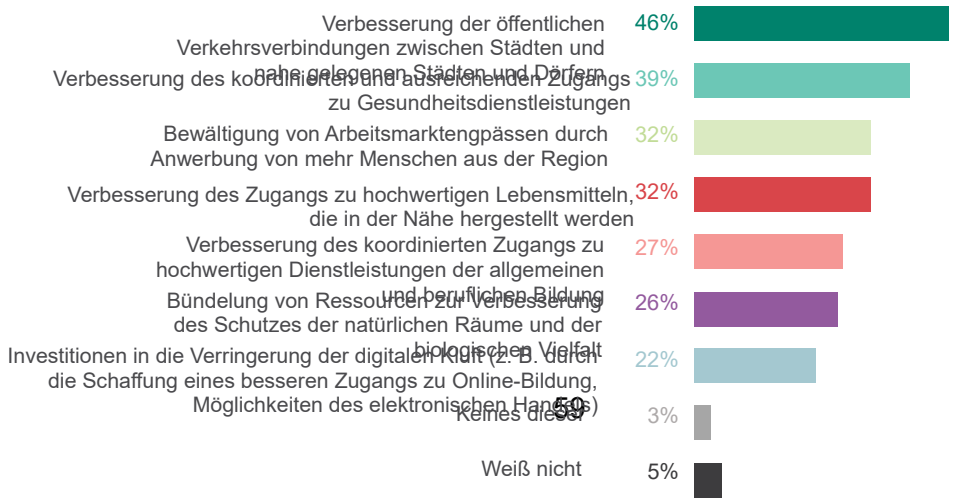
Die Form der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land, die von den Befragten, die in Städten leben, am meisten ausgewählt wurde, ist die Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen Städten und nahe gelegenen Städten und Dörfern (46 %).

Die Verbesserung des koordinierten und ausreichenden Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen ist die zweithöchste Form der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land (39 %). Danach geht es darum, den Mangel an Arbeitsplätzen zu beheben, indem mehr Menschen aus der Region angezogen werden (32 %) und der Zugang zu hochwertigen, in der Nähe hergestellten Lebensmitteln verbessert wird (32 %).

Die Verbesserung des koordinierten Zugangs zu hochwertigen Dienstleistungen der allgemeinen und beruflichen Bildung (27 %), die Bündelung von Ressourcen zur Verbesserung des Schutzes von Naturräumen und der biologischen Vielfalt (26 %) und Investitionen in die Verringerung der digitalen Kluft (z. B. durch die Schaffung eines besseren Zugangs zu Online-Bildung, Möglichkeiten des elektronischen Handels) (22 %) werden von jeweils etwa einem Viertel der Stadtbewohner als vorteilhaft angesehen.

Q7 Der Lebensstandard von Menschen, die in Städten, Städten und Dörfern leben, kann sich verbessern, wenn es eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen umliegenden Orten gibt.
Welche der folgenden Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land wären Ihrer Meinung nach für die Menschen an Ihrem Wohnort am vorteilhaftesten?
Bitte wählen Sie bis zu drei Formen der Zusammenarbeit aus. [MULTIPLE ANTWORTEN]

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

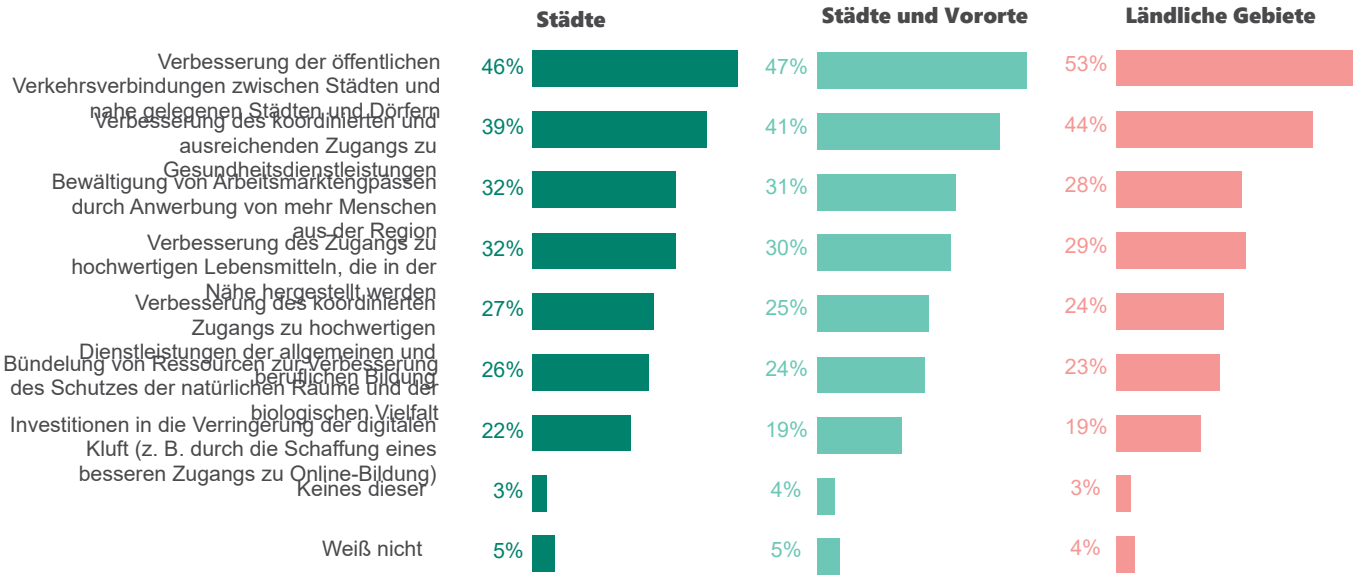


(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben**

Städte, Vororte und ländliche Gebiete

Die Befragten in ländlichen Gebieten (53 %) sind eher der Ansicht als diejenigen, die in Städten und Vororten (47 %) und in Städten (46 %) leben, dass eine Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen Städten und nahe gelegenen Städten und Dörfern für die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land von Vorteil wäre. Ein ähnliches Muster ist bei der Verbesserung des koordinierten und ausreichenden Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen zu beobachten. Alle anderen Formen der Zusammenarbeit werden eher von Befragten genannt, die in Städten leben, als von Befragten, die in ländlichen Gebieten leben.

Q7 Der Lebensstandard von Menschen, die in Städten, Städten und Dörfern leben, kann sich verbessern, wenn es eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen umliegenden Orten gibt.
Welche der folgenden Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land wären Ihrer Meinung nach für die Menschen an Ihrem Wohnort am vorteilhaftesten? Bitte wählen Sie bis zu drei Formen der Zusammenarbeit aus.
[MULTIPLE ANTWORTEN]



(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben** / n=11 802 – **Städte und Vororte /** n=7 975 – **Ländliche Gebiete**

Länderergebnisse mit Fokus auf Städte

In 16 Ländern ist die Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen Städten und nahe gelegenen Städten und Dörfern die Form der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land, die von den Befragten, die in Städten leben, am meisten erwähnt wird. In Zypern und Spanien (beide 59 %), Kroatien (58 %), Bulgarien und Irland (beide 52 %), Estland (51 %) und mindestens die Hälfte der Befragten in Städten erwähnt diese Form der Zusammenarbeit. In Luxemburg (33 %) und Griechenland (35 %) meldet etwa ein Drittel der Befragten in Städten dasselbe.

Die Verbesserung des koordinierten und ausreichenden Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen ist der höchste Punkt in zehn Ländern. In Ungarn geben 60 % der Befragten in Städten diese Antwort. Finnland (52 %), Litauen und Slowenien (jeweils 49 %) haben ebenfalls einen hohen Anteil bei der Auswahl dieser Antwort. Etwa die Hälfte der Befragten wählt diese Antwort in den Niederlanden (26 %) und Belgien (27 %).

In Zypern (46 %), Rumänien (43 %), Griechenland (41 %) und Estland (40 %) sind mindestens vier von zehn Befragten in Städten der Ansicht, dass die Bewältigung des Mangels an Arbeitsplätzen durch die Gewinnung von mehr Menschen aus der Region für die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land von Vorteil wäre. Im Vergleich dazu meldet nicht mehr als ein Viertel der Befragten in Städten dasselbe in Dänemark (19%), Frankreich (22%), Luxemburg und den Niederlanden (beide 25%).

Fast jeder zweite Stadtbewohner in Bulgarien und Kroatien (beide 47 %) antwortet, dass die Verbesserung des Zugangs zu hochwertigen Lebensmitteln eine Form der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land ist, die für die Menschen in ihrer Stadt von Vorteil wäre. In Zypern (21 %) und Irland (22 %) wählt dagegen weniger als ein Viertel der Befragten, die in Städten leben, diese Antwort aus.

Der Anteil der Befragten, die in Städten leben und einen besseren koordinierten Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen der allgemeinen und beruflichen Bildung erwähnen, reicht von nicht mehr als einem Fünftel der Befragten in Städten in den Niederlanden (15 %), Slowenien und Schweden (jeweils 18 %), Dänemark und Frankreich (jeweils 19 %) bis zu fast vier von zehn Befragten in Irland (38 %).

Mindestens ein Drittel der Befragten in Städten in Kroatien (35 %) und Luxemburg (34 %) wählt die Bündelung von Ressourcen aus, um den Schutz der Naturräume und der biologischen Vielfalt als vorteilhafte Form der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land zu verbessern. Am niedrigsten ist dieser Anteil in Tschechien (16 %), Lettland und Litauen (jeweils 17 %).

Investitionen in die Verringerung der digitalen Kluft (z. B. durch die Schaffung eines besseren Zugangs zu Online-Bildung und E-Commerce-Möglichkeiten) werden von etwas mehr als einem Drittel der Befragten in Städten in Griechenland (35 %) und Malta (34 %) ausgewählt. Dänemark (13 %), Österreich und Tschechien (jeweils 14 %) und Estland (15 %) haben den geringsten Anteil der Befragten, die diese Form der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land wählen.

Flash Eurobarometer 561 --- Öffentliche Meinung zu städtischen Herausforderungen und Investitionen in Städten

Q7 Der Lebensstandard von Menschen, die in Städten, Städten und Dörfern leben, kann sich verbessern, wenn es eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen umliegenden Orten gibt. Welche der folgenden Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land wären Ihrer Meinung nach für die Menschen an Ihrem Wohnort am vorteilhaftesten? Bitte wählen Sie bis zu drei Formen der Zusammenarbeit aus. [MULTIPLE ANTWORTEN]

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

	Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen Städten und nahe gelegenen Städten und Dörfern	Verbesserung des koordinierten und ausreichenden Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen	Bewältigung von Arbeitsmarktengpässen durch Anwerbung von mehr Menschen aus der Region	Verbesserung des Zugangs zu hochwertigen Lebensmitteln, die in der Nähe hergestellt werden	Verbesserung des koordinierten Zugangs zu hochwertigen Dienstleistungen der allgemeinen und beruflichen Bildung	Bündelung von Ressourcen zur Verbesserung des Schutzes der natürlichen Räume und der biologischen Vielfalt	Investitionen in die Verringerung der digitalen Kluft (z. B. durch die Schaffung eines besseren Zugangs zu Online-Bildung, Möglichkeiten des elektronischen Handels)
EU-27	46	39	32	32	27	26	22
BE	46	27	30	33	23	26	21
BG	52	44	35	47	35	24	19
CZ	40	32	30	37	23	16	14
DK	47	29	19	26	19	29	13
DE	46	32	39	28	29	23	25
EE	51	46	40	31	34	23	15
IE	52	48	31	22	38	23	24
EL	35	42	41	33	31	30	35
ES	59	31	37	26	30	24	26
FR	40	42	22	36	19	30	19
Personalabteilung	58	42	34	47	27	35	18
IT	45	48	28	30	32	27	22
CY	59	42	46	21	35	24	26
LV	46	45	32	35	24	17	17
LT	46	49	29	25	33	17	23
LU	33	29	25	36	25	34	16
HU	45	60	31	33	36	23	22
MT	42	35	33	28	34	31	34
NL	42	26	25	28	15	31	17
AT	46	41	38	35	28	30	14
PL	39	47	29	33	25	26	20
PT	47	48	33	35	36	28	23
RO	38	44	43	44	35	25	24
SI	44	49	26	43	18	24	20
SK	46	44	36	39	25	29	22
FI	41	52	32	34	23	30	20
SE	40	35	32	33	18	25	20

Die Antworten „Keine davon“ und „Weiß nicht“ werden nicht angezeigt.

(%) Basis: n=11 998 – Befragte, die in Städten leben

Unterschiede zwischen den Befragten, die in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten leben, in den einzelnen Ländern

In den meisten Mitgliedstaaten geben Befragte, die in ländlichen Gebieten leben, eher an als Befragte, die in Städten leben, dass eine Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen Städten und nahe gelegenen Städten und Dörfern für die Menschen an ihrem Wohnort am vorteilhaftesten wäre. Die größten Unterschiede sind in Deutschland (60 % vs. 46 %-51 %), Frankreich (59 % vs. 40 %-43 %), Estland (59 % vs. 46 %-51 %), Rumänien (47 % vs. 38 %-39 %) und Schweden (58 % vs. 40 %-45 %) zu beobachten. Der gegenteilige Trend ist in Bulgarien zu beobachten, wo die Befragten in Städten (52%) eher als diejenigen, die in Städten und Vororten (42%) und in ländlichen Gebieten (39%) leben, diese Antwort geben.

Ebenso ist die Verbesserung des koordinierten und ausreichenden Zugangs zu Gesundheitsdiensten eine Form der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land, die von den Befragten, die in ländlichen Gebieten leben, häufiger erwähnt wird als von den Befragten, die in den meisten Ländern in Städten leben. Am stärksten ausgeprägt ist dieser Trend in Frankreich (52 % vs. 42 %), Deutschland (46 % vs. 32 %) und Tschechien (42 % vs. 32 %). In Griechenland hingegen erwähnen die Befragten, die in Städten leben (42 %), häufiger als diejenigen, die in Städten und Vororten (31 %) oder in ländlichen Gebieten (30 %) leben, einen verbesserten koordinierten und ausreichenden Zugang zu Gesundheitsdiensten. In Bulgarien (44 % vs. 32 %) und Slowenien (49 % vs. 41 %) wählen die Befragten, die in Städten leben, diese Antwort mit größerer Wahrscheinlichkeit aus als diejenigen, die in ländlichen Gebieten leben.

Was die anderen Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land betrifft, so ist die auf EU-Ebene beobachtete Kluft zwischen städtischen und ländlichen Befragten in den meisten Ländern sichtbar, wobei höhere Anteile die Form der Zusammenarbeit zwischen Befragten erwähnen, die in städtischen Gebieten leben.

Soziodemografische Unterschiede, die sich auf Bürger konzentrieren, die in Städten leben

Auf die Frage, welche Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land für die Menschen in ihrer Stadt am vorteilhaftesten wären, weisen Frauen, die in Städten leben, mit größerer Wahrscheinlichkeit als Männer, die in Städten leben, auf einen koordinierten und ausreichenden Zugang zu Gesundheitsdiensten hin (42 % gegenüber 36 %) und verbessern den Zugang zu hochwertigen Lebensmitteln, die in der Nähe hergestellt werden (34 % gegenüber 30 %). Im Gegenteil, Männer, die in Städten leben, wählen häufiger als Frauen, die in Städten leben, Ressourcen zusammenzulegen, um den Schutz der natürlichen Räume und der biologischen Vielfalt zu verbessern (28 % gegenüber 24 %) und in die Verringerung der digitalen Kluft zu investieren (z. B. durch die Schaffung eines besseren Zugangs zu Online-Bildung, Möglichkeiten des elektronischen Handels) (26 % gegenüber 18 %).

Der Anteil der Befragten, die die Verbesserung des koordinierten und ausreichenden Zugangs zu Gesundheitsdiensten als vorteilhafte Form der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land nennen, nimmt mit dem Alter zu: von 32 % der Stadtbewohner unter 25 Jahren bis 43 % der Stadtbewohner ab 55 Jahren. Jüngere Befragte, die in Städten leben, erwähnen jedoch häufiger als ältere, dass Ressourcen gebündelt werden, um den Schutz von Naturräumen und der biologischen Vielfalt zu verbessern (30 % der 15- bis 24-Jährigen gegenüber 24 % der 55-Jährigen und älter) und in die Verringerung der digitalen Kluft zu investieren (z. B. durch die Schaffung eines besseren Zugangs zu Online-Bildung, Möglichkeiten des elektronischen Handels) (26 % bis 31 % der unter 40-Jährigen gegenüber 17 % bis 20 % der älteren Befragten).

Je besser ausgebildete Befragte sind, desto eher sind sie der Ansicht, dass die Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen Städten und nahe gelegenen Städten und Dörfern eine vorteilhafte Form der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land ist (von 40 % der Stadtbewohner, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben, bis zu 48 % derjenigen, die ihre Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben).

Die Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen Städten und nahe gelegenen Städten und Dörfern wird von den in Städten lebenden Handarbeitern (37 %) im Vergleich zu Nichterwerbstätigen (46 %), Arbeitnehmern (46 %) und Selbstständigen (48 %) in geringerem Maße als vorteilhafte Form der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land angesehen. Stadtbewohner, die nicht arbeiten (44%), wählen eher als Arbeiter (31%) und Angestellte (36%) einen besseren koordinierten und ausreichenden Zugang zu Gesundheitsdiensten als eine Form der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land.

Stadtbewohner, die ein positives Bild von der EU haben, erwähnen mit größerer Wahrscheinlichkeit als solche, die ein negatives Bild haben, die folgenden Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land: Bündelung von Ressourcen zur Verbesserung des Schutzes der natürlichen Räume und der biologischen Vielfalt (30 % gegenüber 20 %) und Investitionen in die Verringerung der digitalen Kluft (z. B. durch die Schaffung eines besseren Zugangs zu Online-Bildung, Möglichkeiten des elektronischen Handels) (26 % gegenüber 16 %).

5. Beteiligung an der lokalen Entscheidungsfindung

5.1. Wahrnehmung der lokalen Entscheidungsfindung

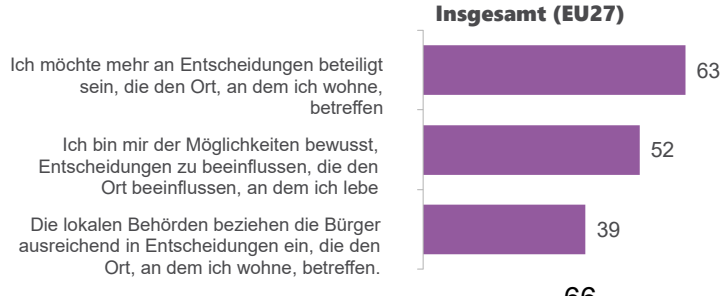
Die Befragten wurden gefragt, inwieweit sie drei Aussagen über die lokale Entscheidungsfindung, in der sie leben, zustimmen oder nicht zustimmen.

Die EU-Perspektive

Mehr als sechs von zehn Bürgerinnen und Bürgern in der gesamten EU (63 %) stimmen „völlig“ oder „etwas“ zu, dass sie sich stärker an Entscheidungen beteiligen möchten, die ihren Wohnort betreffen. Ein geringerer Anteil von 52 % stimmt zu, dass sie sich der Möglichkeiten bewusst sind, Entscheidungen zu beeinflussen, die sich auf den Ort auswirken, an dem sie leben. Schließlich stimmen etwa vier von zehn Befragten (39 %) darin überein, dass die lokalen Behörden die Bürger ausreichend in Entscheidungen einbeziehen, die sich auf ihren Wohnort auswirken.

F11 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen über die Teilnahme an lokalen Entscheidungsprozessen zu oder nicht?

% „Totally agree“ oder „Somewhat agree“

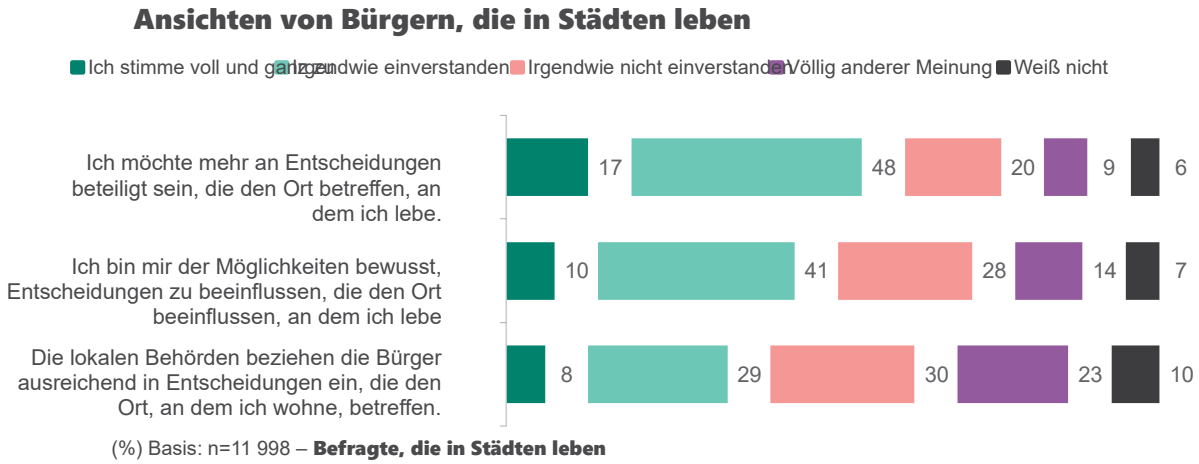


(%) Basis: n=31 855 – **Alle Befragten** (Städte, Städte und Vororte sowie ländliche Gebiete)

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

Obwohl die überwiegende Mehrheit der Bürger, die in Städten leben, zustimmt, wenn sie gefragt wird, ob sie sich stärker an Entscheidungen beteiligen möchten, die den Ort betreffen, an dem sie leben (17% „total zustimmen“ und 48% „etwas zustimmen“), stimmt eine Minderheit zu, dass ihre lokalen Behörden die Bürger ausreichend in Entscheidungen einbeziehen (8 % „total zustimmen“ und 29 % „etwas zustimmen“). Darüber hinaus sind 42 % der Befragten in Städten anderer Meinung, wenn sie gefragt werden, ob sie sich der Möglichkeiten bewusst sind, Entscheidungen zu beeinflussen, die sich auf ihren Wohnort auswirken; Etwa jeder Zweite bestätigt, dass er sich dessen bewusst ist (10 % „total zustimmen“ und 41 % „etwas zustimmen“).

F11 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen über die Teilnahme an lokalen Entscheidungsprozessen zu oder nicht?



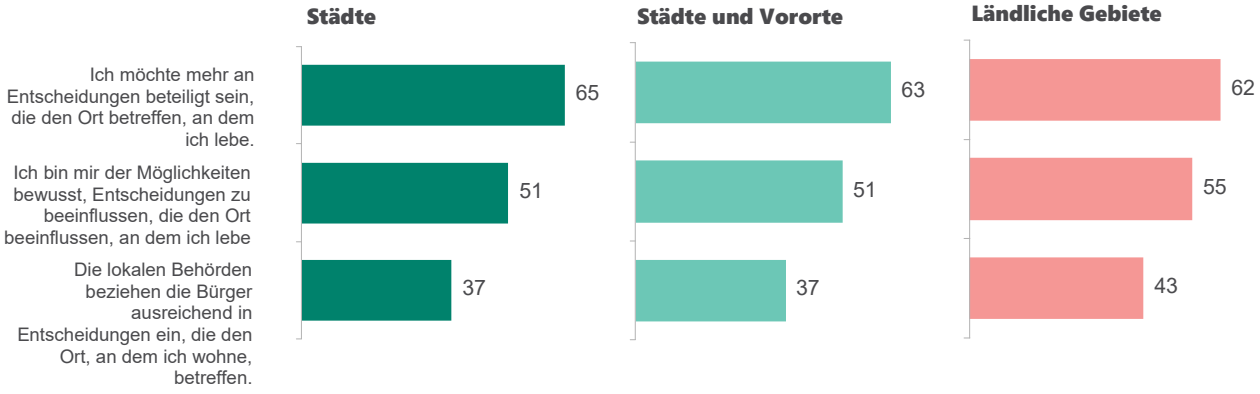
(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben**

Städte, Vororte und ländliche Gebiete

Der Grad der Zustimmung zu den Aussagen über die lokale Entscheidungsfindung ist für die Befragten, die in Städten, Städten und Vororten und ländlichen Gebieten leben, nicht sehr unterschiedlich. Allerdings stimmen die Befragten in ländlichen Gebieten eher darin überein, dass die lokalen Behörden die Bürger ausreichend in Entscheidungen einbeziehen, die ihren Wohnort betreffen (43 % gegenüber 37 % in Städten und Vororten).

F11 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen über die Teilnahme an lokalen Entscheidungsprozessen zu oder nicht?

% „Totally agree" oder „Somewhat agree"



(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben** / n=11 882 – **Städte und Vororte /** n=7 975 – **Ländliche Gebiete**

Länderergebnisse mit Fokus auf Städte

In fast allen Mitgliedstaaten stimmt mindestens die Hälfte der Befragten, die in Städten leben, zu, dass sie sich stärker an Entscheidungen beteiligen möchten, die ihren Wohnort betreffen, wobei die höchsten Anteile in Zypern (87 %), Griechenland (84 %), Bulgarien (82 %), Rumänien (81 %) und Portugal (80 %) zu verzeichnen sind. In Dänemark (38 %) und den Niederlanden (45 %) stimmt jedoch weniger als die Hälfte der Stadtbewohner dieser Aussage zu.

In 17 Mitgliedstaaten stimmt mindestens die Hälfte der Befragten, die in Städten leben, zu, dass sie sich der Möglichkeiten bewusst sind, Entscheidungen zu beeinflussen, die sich auf ihren Wohnort auswirken. In Malta teilen 94 % der Befragten in Städten diese Meinung; Auch in Griechenland (69 %) und Portugal (66 %) ist der Anteil der Abkommen hoch. Demgegenüber stimmen nicht mehr als vier von zehn Stadtbewohnern in Dänemark (39 %) dieser Aussage zu.

Mehr als acht von zehn Stadtbewohnern in Malta (83 %) sind sich einig, dass die lokalen Behörden die Bürger ausreichend in Entscheidungen einbeziehen, die sich auf ihren Wohnort auswirken. In einem weiteren Land (Griechenland) stimmt die Mehrheit der Befragten (55 %) dieser Aussage zu. Zypern (23 %), Tschechien (25 %) und Estland (27 %) haben dagegen etwa ein Viertel der Stadtbewohner, die ihre Zustimmung zum Ausdruck bringen.

F11 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen über die Teilnahme an lokalen Entscheidungsprozessen zu oder nicht? % „Totally agree“ oder „Somewhat agree“

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

	Ich möchte mehr an Entscheidungen beteiligt sein, die den Ort betreffen, an dem ich lebe.	Ich bin mir der Möglichkeiten bewusst, Entscheidungen zu beeinflussen, die den Ort beeinflussen, an dem ich lebe	Die lokalen Behörden beziehen die Bürger ausreichend in Entscheidungen ein, die den Ort, an dem ich wohne, betreffen.
EU-27	65	51	37
BE	55	42	30
BG	82	59	34
CZ	58	49	25
DK	38	39	35
DE	61	53	37
EE	70	43	27
IE	73	62	39
EL	84	69	55
ES	73	55	37
FR	54	44	42
Personalabteilung	77	62	31
IT	74	43	30
CY	87	56	23
LV	73	55	39
LT	76	45	28
LU	65	43	34
HU	58	54	37
MT	79	94	84
NL	45	48	37
AT	65	52	28
PL	73	49	35
PT	80	66	32
RO	81	59	41
SI	63	50	36
SK	74	63	33
FI	55	60	41
SE	60	54	41

(%) Basis: n=11 998 – Befragte, die in Städten leben

Unterschiede zwischen den Befragten, die in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten leben, in den einzelnen Ländern

In den Mitgliedstaaten gibt es keine großen Unterschiede zwischen den Befragten, die in Städten, Städten und Vororten sowie in ländlichen Gebieten leben, was ihren Wunsch betrifft, sich stärker an Entscheidungen zu beteiligen, die ihre lokale Region betreffen.

In mehreren Mitgliedstaaten stimmen die Befragten, die in ländlichen Gebieten leben, jedoch eher zu als diejenigen, die in Städten leben, dass sie sich der Möglichkeiten bewusst sind, Entscheidungen zu beeinflussen, die sich auf ihren Wohnort auswirken. Die größten Unterschiede sind in Griechenland (87 % vs. 69 %), Bulgarien (85 % vs. 59 %) und den Niederlanden (67 % vs. 48 %) zu beobachten.

Darüber hinaus stimmt in den meisten Mitgliedstaaten ein höherer Anteil der Befragten, die in ländlichen Gebieten leben, im Vergleich zu denen in Städten darin überein, dass die lokalen Behörden die Bürger ausreichend in Entscheidungen einbeziehen, die ihre lokale Region betreffen. Der Unterschied zwischen den Befragten in ländlichen Gebieten und den Befragten in Städten beträgt mindestens 20 Prozentpunkte in Griechenland (74 % in ländlichen Gebieten gegenüber 54 % in Städten), den Niederlanden (58 % gegenüber 37 %) und Portugal (55 % gegenüber 32 %).

Soziodemografische Unterschiede, die sich auf Bürger konzentrieren, die in Städten leben

Männer, die in Städten leben, stimmen eher zu als Frauen, die in Städten leben, dass sie sich der Möglichkeiten bewusst sind, Entscheidungen zu beeinflussen, die sich auf den Ort auswirken, an dem sie leben (56 % gegenüber 46 %), und dass die lokalen Behörden die Bürger ausreichend in Entscheidungen einbeziehen, die sich auf den Ort auswirken, an dem sie leben (41 % gegenüber 33 %).

Je älter die Befragten sind, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie zustimmen, dass die lokalen Behörden die Bürger ausreichend in Entscheidungen einbeziehen, die ihren Wohnort betreffen (30 % der 55-Jährigen und älter geben dies an, verglichen mit 37 % bis 45 % der Stadtbewohner in anderen Altersgruppen).

Befragte, die in Städten leben, die ihre Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, stimmen eher allen drei Aussagen zu. So stimmen 55 % der Befragten zu, dass sie sich der Möglichkeiten bewusst sind, Entscheidungen zu beeinflussen, die sich auf ihren Wohnort auswirken, im Vergleich zu 46 % der Stadtbewohner mit einem niedrigeren Bildungsniveau.

Die Anteile, die mit den drei Aussagen über die Beteiligung an der lokalen Entscheidungsfindung übereinstimmen, variieren auch je nach Berufsgruppe. Zum Beispiel sind die Befragten in Städten, die nicht arbeiten (46%), weniger wahrscheinlich als Stadtbewohner in anderen Berufskategorien (54%-56%), zuzustimmen, dass sie sich der Möglichkeiten bewusst sind, Entscheidungen zu beeinflussen, die sich auf den Ort auswirken, an dem sie leben.

Es besteht ein starker Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der EU durch die Stadtbewohner und ihrer Zustimmung, dass die lokalen Behörden die Bürger ausreichend in Entscheidungen einbeziehen, die sich auf ihren Wohnort auswirken. Fast die Hälfte der Befragten, die in Städten mit einem positiven Bild von der EU leben (48 %), stimmt dieser Aussage zu, während 21 % der Befragten ein negatives Bild haben. Eine ähnliche Beziehung kann für die Aussage festgestellt werden, dass die Befragten sich der Möglichkeiten bewusst sind, Entscheidungen zu beeinflussen, die sich auf den Ort auswirken, an dem sie leben.

5.2. Möglichkeiten, sich an der lokalen Entscheidungsfindung zu beteiligen

Die Befragten wurden gefragt, an welchen Formen der lokalen Entscheidungsfindung sie in den letzten fünf Jahren beteiligt waren, um ihren Wohnort zu verbessern. Sie konnten mehrere Antworten aus einer Liste von zehn Formen der Entscheidungsfindung auswählen.

Die EU-Perspektive

Die Form der lokalen Entscheidungsfindung, die von den Befragten in der gesamten EU am häufigsten erwähnt wird, ist die Unterzeichnung einer Petition (18 %). Es folgten Beiträge zu Umfragen über lokale Politiken und Dienstleistungen (14 %), die Teilnahme an öffentlichen Sitzungen oder Veranstaltungen, die vom Gemeinderat organisiert wurden (13 %) und die Teilnahme an einer Bürgerkonsultation (13 %).

Weniger Befragte wählen die Antworten aus: Freiwilligenarbeit bei vom Gemeinderat organisierten Aktivitäten (10 %), Kontaktaufnahme mit ihren gewählten Vertretern (10 %), aktive Zusammenarbeit mit Medien (z. B. Presse, Audio/TV und soziale Medien), Sensibilisierung für lokale Themen (9 %), Beteiligung an von der Gemeinde geleiteten Nachbarschaftsprojekten (8 %), Teilnahme an einer partizipativen Budgetierung (6 %) oder Initiierung eines Projekts zur Verbesserung des Lebens in der Gemeinde (6 %).

Ein großer Teil der Befragten in der gesamten EU (43 %) gibt an, in den letzten fünf Jahren nicht an lokalen Entscheidungsprozessen teilgenommen zu haben.

Q10 Wenn es darum geht, den Ort, an dem Sie leben, zu verbessern, in welchen der folgenden Wege der lokalen Entscheidungsfindung waren Sie in den letzten 5 Jahren involviert? Wählen Sie alles aus, was zutrifft. [MULTIPLE ANTWORTEN]

(%) Basis: n=31 855 – **Alle Befragten** (Städte, Städte und Vororte sowie ländliche Gebiete)

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

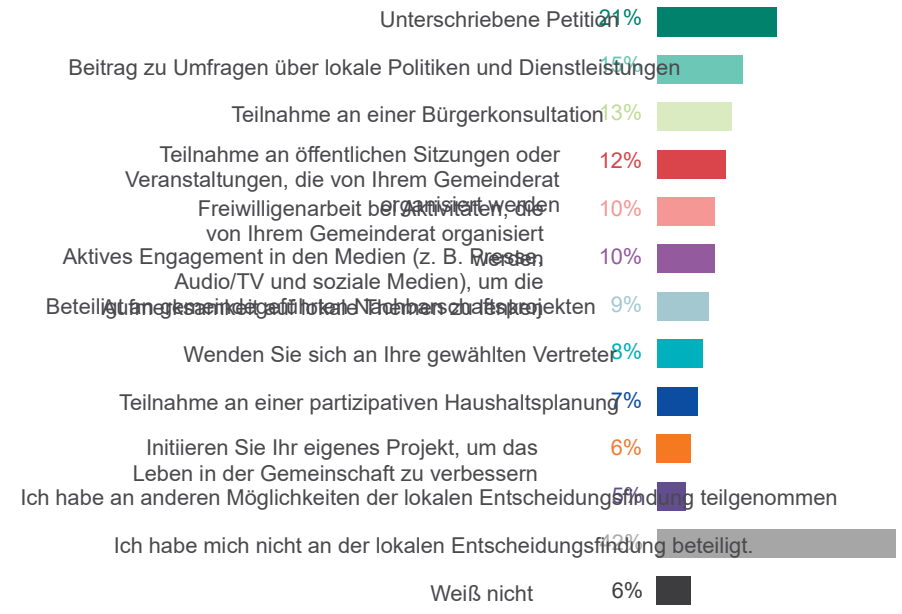
Etwa jeder fünfte (21%) Befragte in Städten unterzeichnete eine Petition. Kleinere Anteile (jeweils über 10 %) trugen zu Umfragen über lokale Politiken und Dienstleistungen bei (15 %), nahmen an einer Bürgerkonsultation (13 %) teil oder nahmen an öffentlichen Sitzungen oder Veranstaltungen teil, die vom Gemeinderat organisiert wurden (12 %).

Andere Formen der Beteiligung an lokalen Entscheidungsprozessen werden jeweils von nicht mehr als einem von zehn Stadtbewohnern aufgelistet: nachdem sie sich freiwillig an vom Gemeinderat organisierten Aktivitäten beteiligt haben (10 %), sich aktiv mit Medien (z. B. Presse, Audio/TV und soziale Medien) beschäftigt haben, um auf lokale Themen aufmerksam zu machen (10 %), sich an von der Gemeinde geleiteten Nachbarschaftsprojekten beteiligt haben (9 %), ihre gewählten Vertreter kontaktiert haben (8 %), an einer partizipativen Budgetierung teilgenommen haben (7 %) und ihr eigenes Projekt zur Verbesserung des Lebens in der Gemeinde initiiert haben (6 %).

Etwa vier von zehn Befragten, die in Städten leben (42%), geben an, in den letzten fünf Jahren nicht an lokalen Entscheidungsprozessen teilgenommen zu haben.

Q10 Wenn es darum geht, den Ort, an dem Sie leben, zu verbessern, in welchen der folgenden Wege der lokalen Entscheidungsfindung waren Sie in den letzten 5 Jahren involviert? Wählen Sie alles aus, was zutrifft.
[MULTIPLE ANTWORTEN]

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

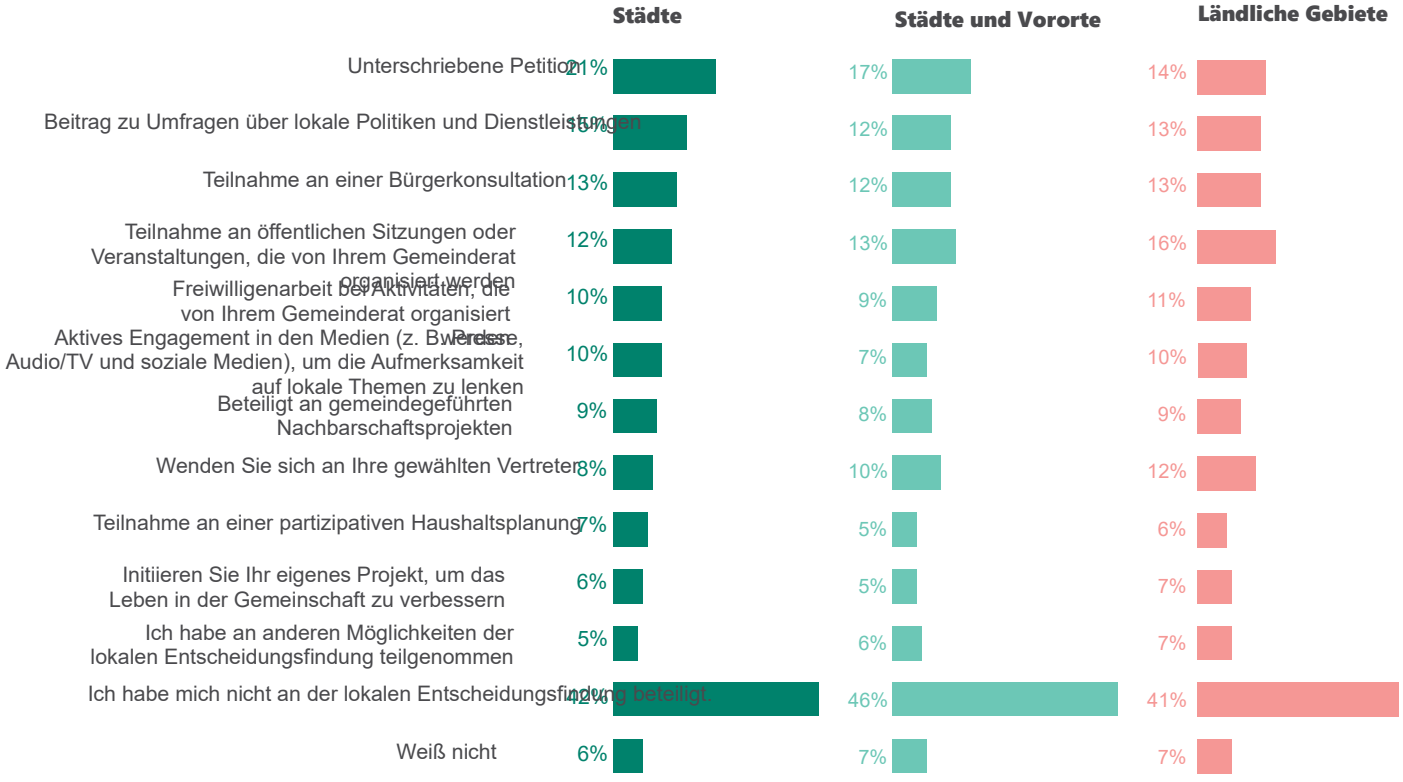


(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben**

Städte, Vororte und ländliche Gebiete

Die Befragten in ländlichen Gebieten berichten eher, dass sie an einer öffentlichen Versammlung oder Veranstaltung teilgenommen haben, die von ihrem Gemeinderat organisiert wurde (16 % gegenüber 12 % bis 13 % in Städten und Vororten) oder ihre gewählten Vertreter kontaktiert haben (12 % gegenüber 8 % bis 10 %). Es gibt jedoch keinen Unterschied zwischen Städten und ländlichen Gebieten in Bezug auf den Anteil der Befragten, die antworteten, dass sie in den letzten fünf Jahren an keiner Form der lokalen Entscheidungsfindung teilgenommen haben (41%-42%); Diese Zahl ist jedoch in den Städten und Vororten etwas höher (46 %).

Q10 Wenn es darum geht, den Ort, an dem Sie leben, zu verbessern, in welchen der folgenden Wege der lokalen Entscheidungsfindung waren Sie in den letzten 5 Jahren involviert? Wählen Sie alles aus, was zutrifft.
[MULTIPLE ANTWORTEN]



(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben** / n=11 882 – **Städte und Vororte /** n=7 975 – **Ländliche Gebiete**

Länderergebnisse mit Fokus auf Städte

In Dänemark (53 %) und den Niederlanden (50 %) gibt mindestens die Hälfte der Befragten in Städten an, in den letzten fünf Jahren nicht an lokalen Entscheidungsprozessen teilgenommen zu haben. Im Vergleich dazu meldet nicht mehr als ein Viertel der Stadtbewohner dies in Malta (12%), Bulgarien und Griechenland (beide 26%).

In 17 Mitgliedstaaten hat die am häufigsten aufgeführte Form der Beteiligung von Stadtbewohnern an lokalen Entscheidungsprozessen eine Petition unterzeichnet. Insgesamt reicht der Anteil der Befragten in Städten, in denen dies erwähnt wird, von weniger als einem Sechstel in Malta (12 %), Dänemark und Griechenland (jeweils 14 %), Zypern und Deutschland (jeweils 16 %) und Lettland (17 %) bis zu etwa einem Drittel in der Slowakei (32 %) und Kroatien (35 %).

In sechs Mitgliedstaaten ist der Beitrag zu Erhebungen über lokale Politiken und Dienstleistungen die am häufigsten genannte Form der lokalen Entscheidungsfindung, an der in den letzten fünf Jahren in Städten lebende Befragte teilgenommen haben. Der Anteil der Befragten, die diese Antwort geben, ist in Rumänien (jeweils 31 %) und Kroatien (30 %) am höchsten. Österreich, Deutschland und die Niederlande (alle 9%) haben den niedrigsten Anteil der Befragten, die diese Antwort geben.

Die Teilnahme an einer Bürgerkonsultation wird von etwa drei von zehn Befragten erwähnt, die in Städten in Bulgarien (31 %) und Österreich (30 %) leben. In diesen beiden Mitgliedstaaten steht die Beteiligung an lokalen Entscheidungsprozessen an erster Stelle. Der Anteil der Befragten in den Städten, die diese Antwort wählen, ist in Schweden (4 %), Tschechien, Dänemark und Finnland (alle 6 %) am niedrigsten.

Die aktive Auseinandersetzung mit Medien (z. B. Presse, Audio/TV und soziale Medien), die die Aufmerksamkeit auf lokale Themen lenkt, ist in Malta (36 %) und Griechenland (26 %) am höchsten. Nur sehr wenige Befragte wählen diese Antwort jedoch in den Niederlanden (4 %), Tschechien, Frankreich und Luxemburg (alle 5 %) aus.

In allen Ländern erwähnt nicht mehr als ein Viertel der Befragten in Städten die anderen Formen der Beteiligung an der lokalen Entscheidungsfindung:

- Angesichts der vom Gemeinderat organisierten öffentlichen Sitzungen oder Veranstaltungen: von 8 % in Finnland auf 24 % in Griechenland
- Freiwillige Teilnahme an den vom Gemeinderat organisierten Aktivitäten: von 5 % in Litauen auf 23 % in Malta
- Beteiligung an von der örtlichen Bevölkerung betriebenen Nachbarschaftsprojekten: von 5 % in Estland und Luxemburg auf 19 % in Griechenland
- Kontaktierte ihre gewählten Vertreter: von 4 % in Dänemark und Lettland auf 24 % in Malta
- Teilnahme an einer partizipativen Haushaltsplanung: von 1 % in Zypern und Luxemburg auf 25 % in Polen
- Initiierte ein eigenes Projekt zur Verbesserung des Lebens in der Gemeinschaft: von 2 % in Zypern, Ungarn und Luxemburg auf 21 % in Malta.

Q10 Wenn es darum geht, den Ort, an dem Sie leben, zu verbessern, in welchen der folgenden Wege der lokalen Entscheidungsfindung waren Sie in den letzten 5 Jahren involviert? Wählen Sie alles aus, was zutrifft. [MULTIPLE ANTWORTEN]

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

	Unterschriebene Petition	Beitrag zu Umfragen über lokale Politiken und Dienstleistungen	Teilnahme an einer Bürgerkonsultation	Teilnahme an öffentlichen Sitzungen oder Veranstaltungen, die von Ihrem Gemeinderat organisiert werden	Freiwillige narbeit bei Aktivitäten, die von Ihrem Gemeinderat organisiert werden	Aktives Engagement in den Medien (z. B. Presse, Audio/TV und soziale Medien), um Aufmerksamkeit zu erregen	Beteiligt an gemeindegeführten Nachbarschaftsprojekten	Wenden Sie sich an Ihre gewählten Vertreter	Teilnahme an einer partizipativen Haushaltsplanung	Initiieren Sie Ihr eigenes Projekt, um das Leben in der Gemeinschaft zu verbessern	Ich habe an anderen Formen der lokalen Entscheidungsfindungteilgenommen	Ich habe mich nicht an der lokalen Entscheidungsfindung beteiligt.
EU-27	21	15	13	12	10	10	9	8	7	6	5	42
BE	21	13	12	12	10	7	9	8	4	7	5	41
BG	27	16	31	18	19	15	16	16	8	9	10	25
CZ	22	15	6	11	8	5	8	7	8	3	4	43
DK	14	15	6	10	8	8	9	4	3	5	4	53
DE	16	9	14	11	11	13	7	9	8	9	5	42
EE	26	19	7	12	8	7	5	10	8	4	6	39
IE	29	24	10	19	14	13	15	23	7	7	9	29
EL	14	19	11	24	17	26	19	14	11	10	6	25
ES	20	17	14	12	11	11	10	7	7	6	4	42
FR	20	13	16	10	7	5	8	7	5	4	5	46
Personalabteilung	35	30	11	15	12	8	8	15	2	4	8	35
IT	20	17	11	12	7	10	9	6	2	6	3	47
CY	16	28	8	14	10	7	7	19	1	2	6	45
LV	17	22	11	12	9	15	12	4	4	6	7	37
LT	25	27	7	9	5	7	11	7	3	4	8	34
LU	28	23	13	11	9	5	5	9	1	2	7	36
HU	27	14	8	11	7	6	6	13	4	2	5	45
MT	12	20	13	19	23	36	18	24	17	21	0	12
NL	20	9	7	11	6	4	9	6	3	4	5	50
AT	21	9	30	11	7	7	9	10	4	4	5	36
PL	26	23	17	14	10	11	8	8	25	8	4	30
PT	27	22	10	10	12	7	11	11	9	5	6	38
RO	27	31	13	11	14	13	12	11	3	8	6	34
SI	25	23	13	12	12	11	10	10	8	8	6	32
SK	32	20	7	17	11	7	8	13	5	4	7	35
FI	21	22	6	8	8	13	9	11	7	8	4	38
SE	18	13	4	14	7	15	6	7	7	7	6	47

Antwort „Weiß nicht“ nicht angezeigt.

(%) Basis: n=11 998 – Befragte, die in Städten leben

Unterschiede zwischen den Befragten, die in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten leben, in den einzelnen Ländern

In mehreren Ländern antworten die Befragten, die in Städten leben, eher als diejenigen, die in Städten oder Vororten oder in ländlichen Gebieten leben, dass sie in den letzten fünf Jahren eine Petition unterzeichnet haben. Der Unterschied zwischen den Befragten in Städten und den Befragten in Städten und Vororten sowie in ländlichen Gebieten ist in den folgenden Ländern am größten: Bulgarien (28% vs. 12%-13%), Ungarn (27% vs. 16%-20%), Estland (26% vs. 17%-18%), Litauen (25% vs. 16%-18%), Belgien (21% vs. 10%-14%) und Deutschland (16% vs. 10%-11%).

Umgekehrt geben die Befragten, die in ländlichen Gebieten leben, im Allgemeinen häufiger an als die Befragten in Städten und Vororten und in Städten, dass sie an öffentlichen Sitzungen oder Veranstaltungen teilgenommen haben, die von ihrem Gemeinderat organisiert werden. Am stärksten ausgeprägt ist dieser Trend in Tschechien (26% vs. 11%-16%), Ungarn (24% vs. 11%-14%), Portugal (20% vs. 10%-11%), Rumänien (19% vs. 11%-12%) und Slowenien (19% vs. 12%).

Soziodemografische Unterschiede, die sich auf Bürger konzentrieren, die in Städten leben

Frauen, die in Städten leben (45 %), geben häufiger an als Männer, die in Städten leben (38 %), dass sie in den letzten fünf Jahren nicht an lokalen Entscheidungen teilgenommen haben, um den Ort, an dem sie leben, zu verbessern. Ein ähnliches Muster kann für Stadtbewohner im Alter von 55 Jahren und älter gefunden werden, die wahrscheinlicher sind als ihre jüngeren Kollegen (51% vs. 32%-40%), um zu erwähnen, dass sie nicht an der lokalen Entscheidungsfindung teilgenommen haben.

Befragte, die in Städten leben, die ihre Ausbildung im Alter von 16 bis 19 Jahren abgeschlossen haben, erwähnen häufiger als Befragte mit niedrigerer und höherer Bildung, die in Städten leben, dass sie in den letzten fünf Jahren nicht an lokalen Entscheidungen teilgenommen haben (49% gegenüber 39%-40%).

Der Anteil der Befragten, die in Städten leben und angeben, dass sie nicht an lokalen Entscheidungsprozessen teilgenommen haben, ist bei Stadtbewohnern, die nicht arbeiten (51 %), höher als bei Selbstständigen (30 %), Handwerkern (31 %) und Arbeitnehmern (38 %), die in Städten leben.

Die Wahrscheinlichkeit, dass Stadtbewohner an der lokalen Entscheidungsfindung teilnehmen, korreliert mit dem Bild, das sie von der EU haben, wobei die Befragten, die ein negatives Bild von der EU haben (48 %), eher angeben als diejenigen mit einem positiven Bild (37 %), dass sie nicht an der lokalen Entscheidungsfindung teilgenommen haben.

6. Unterstützung der Lebensfähigkeit der Städte

6.1. Jüngste Veränderungen in der Lebensfähigkeit

Die EU-Perspektive

EU-weit sind durchschnittlich 35 % der Bürgerinnen und Bürger der Ansicht, dass sich die Lebensfähigkeit an ihrem Wohnort in den letzten fünf Jahren „stark“ oder „leicht“ verbessert hat.[3] Demgegenüber sind 27 % der Ansicht, dass sich die Lebensfähigkeit „stark“ oder „leicht“ verschlechtert hat. Die restlichen 37% haben in den letzten fünf Jahren keine Veränderung in der Lebensfähigkeit gesehen, wo sie leben.

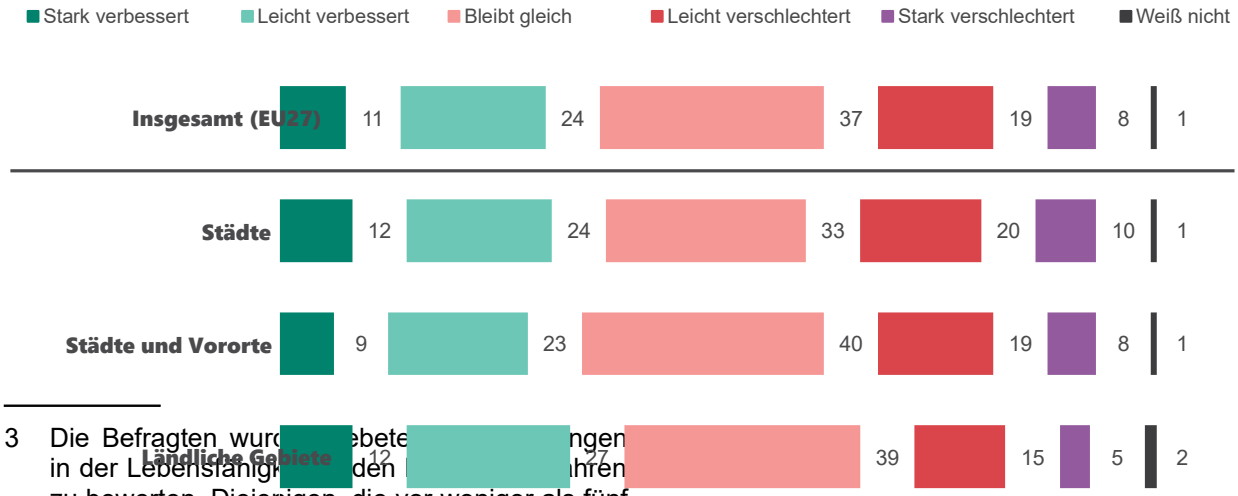
Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

Mehr als ein Drittel der in Städten lebenden Bürger (36 %) gibt an, dass sich die Lebensfähigkeit in ihrer Stadt verbessert hat (12 % „stark verbessert“ und 24 % „leicht verbessert“). Ein Drittel der Befragten (33 %) hat keine Veränderung gesehen, während drei von zehn (30 %) eine Verschlechterung der Lebensfähigkeit ihrer Stadt melden (10 % „stark verschlechtert“ und 20 % „etwas verschlechtert“).

Städte, Vororte und ländliche Gebiete

Die Wahrnehmung der Lebensfähigkeit ist in Städten und Vororten etwas weniger positiv, wo ein geringerer Anteil eine Verbesserung der Lebensfähigkeit verzeichnet hat (32% gegenüber 36% in Städten). Die Befragten in ländlichen Gebieten sind insgesamt am positivsten, wobei etwa doppelt so viele berichten, dass sich die Lebensfähigkeit dort, wo sie leben, eher verbessert als verschlechtert hat (39 % gegenüber 20 %).

Q1 Wie würden Sie an dem Ort, an dem Sie leben, sagen, dass sich die Lebensfähigkeit im Vergleich zu vor fünf Jahren (seit Sie dorthin gezogen sind) verändert hat?



(%) Basis: n=31 855 – **Alle Befragten** (Städte, Städte und Vororte sowie ländliche Gebiete) /n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben** / n=11 882 – **Städte und Vororte /** n=7 975 – **Ländliche Gebiete**

3 Die Befragten wurden gebeten, Veränderungen in der Lebensfähigkeit den letzten fünf Jahren zu bewerten. Diejenigen, die vor weniger als fünf Jahren umgezogen waren, wurden gebeten, Änderungen in Betracht zu ziehen, seit sie dorthin gezogen waren.

Länderunterschiede mit Fokus auf Städte

Die Mehrheit der Stadtbewohner in Rumänien (64 %), Litauen (63 %), Griechenland (59 %), Bulgarien (56 %) und Polen (53 %) gibt an, dass sich die Lebensfähigkeit in ihrer Stadt in den letzten fünf Jahren „stark“ oder „leicht“ verbessert hat. Malta sticht mit 94% der Befragten hervor, die eine Verbesserung melden.[4]

Andererseits ist in sechs Ländern nicht mehr als ein Viertel der Befragten der Meinung, dass sich die Lebensfähigkeit in ihrer Stadt verbessert hat; Dies gilt für Italien (20 %), Belgien (23 %), Deutschland (24 %), Österreich und Dänemark (jeweils 24 %) und die Niederlande (25 %).

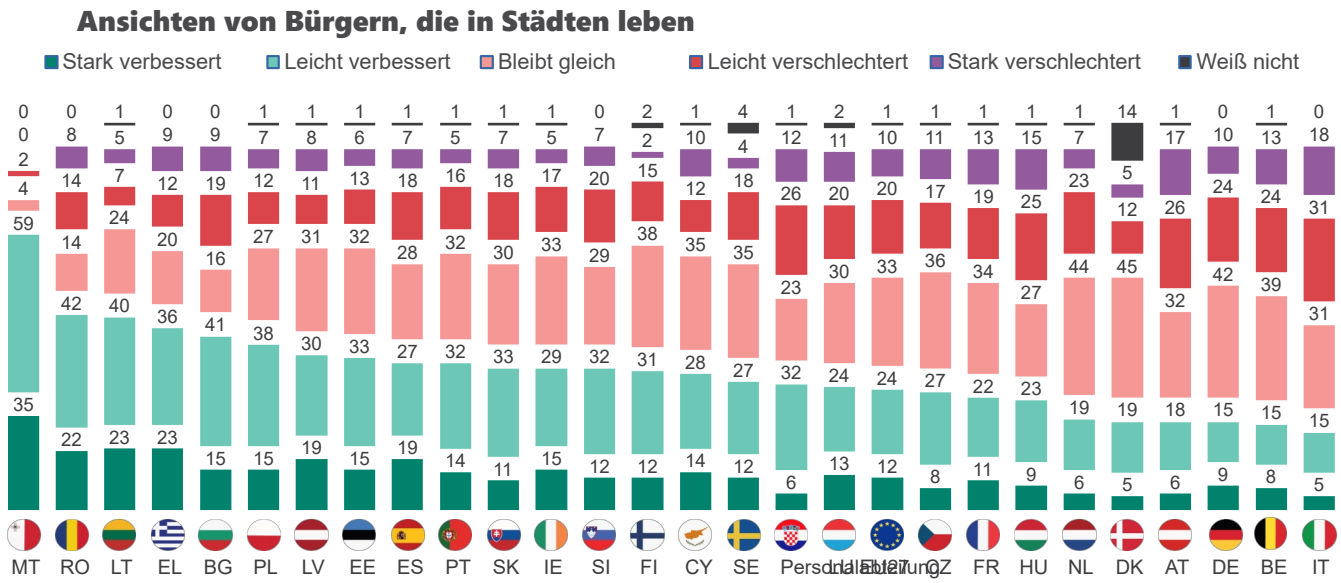
Der Anteil der Stadtbewohner, die in den letzten fünf Jahren eine Verschlechterung der Lebensfähigkeit ihrer Stadt erlebt haben, ist in Italien am höchsten (49 % „stark“ oder „leicht“ verschlechtert). Andere Länder, in denen mindestens vier von zehn Stadtbewohnern eine Verschlechterung melden, sind Österreich (43 %) und Ungarn (40 %).

Unterschiede zwischen den Befragten, die in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten leben, in den einzelnen Ländern

In einigen Mitgliedstaaten gibt es erhebliche Unterschiede in der Wahrnehmung zwischen den Befragten, die in Städten leben, und denen, die in Städten und Vororten leben. Am ausgeprägtesten ist diese Diskrepanz in Bulgarien, wo 73 % der Befragten aus Städten und Vororten glauben, dass sich die Lebensfähigkeit in den letzten fünf Jahren verbessert hat, verglichen mit 56 % der Stadtbewohner, und in Griechenland, wo 74 % der in Städten und Vororten lebenden Menschen diese Ansicht teilen, im Gegensatz zu 59 % der Befragten in Städten. In Schweden geben Stadtbewohner (39 %) jedoch häufiger an als Befragte, die in Städten und Vororten leben (23 %), dass sich die Lebensfähigkeit an ihrem Wohnort verbessert hat.

In mehreren Mitgliedstaaten ist die Wahrnehmung, dass sich die Lebensfähigkeit verbessert hat, bei Menschen, die in ländlichen Gebieten leben, stärker ausgeprägt als bei Menschen, die in Städten leben. Die größten Unterschiede bestehen in den Niederlanden (40 % in ländlichen Gebieten gegenüber 25 % in Städten) und Belgien (43 % gegenüber 23 %),

Q1 Wie würden Sie an dem Ort, an dem Sie leben, sagen, dass sich die Lebensfähigkeit im Vergleich zu vor fünf Jahren (seit Sie dorthin gezogen sind) verändert hat?



(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben**

4 Bei der Interpretation dieser Zahl ist aufgrund des geringeren Stichprobenumfangs in Malta Vorsicht geboten.

Griechenland (76 % gegenüber 59 %) und Bulgarien (78 % gegenüber 56 %). Der entgegengesetzte Trend ist in Irland (44 % in Städten gegenüber 31 % in ländlichen Gebieten) und Finnland (43 % gegenüber 31 %) zu beobachten.

Soziodemografische Unterschiede, die sich auf Bürger konzentrieren, die in Städten leben

Männer, die in Städten leben (39 %), antworten mit größerer Wahrscheinlichkeit als Frauen, die in Städten leben (33 %), dass sich die Lebensfähigkeit an dem Ort, an dem sie leben, in den letzten fünf Jahren verbessert hat.

Eine große Diskrepanz ist auch zwischen den Altersklassen festzustellen, da Stadtbewohner unter 40 Jahren mit größerer Wahrscheinlichkeit eine Verbesserung der Lebensfähigkeit erfahren haben als ihre älteren Kollegen (42%-46% gegenüber 29%-33%).

Das Bildungsniveau ist auch ein wichtiger Faktor dafür, wie die Befragten in den Städten die Lebensfähigkeit an ihrem Wohnort wahrnehmen: 38% der Stadtbewohner, die ihre Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, haben eine Verbesserung gesehen, im Gegensatz zu 31%-32% der Befragten, die ihre Ausbildung in einem früheren Alter abgeschlossen haben.

Arbeitnehmer und Selbstständige, die in Städten leben (jeweils 40 %), antworten mit größerer Wahrscheinlichkeit als Arbeiter (35 %) und Nichterwerbstätige (28 %), dass sich die Lebensfähigkeit an ihrem Wohnort in den letzten fünf Jahren verbessert hat.

6.2. Sensibilisierung für die EU-Unterstützung zur Verbesserung der Lebensfähigkeit in Städten

Die EU-Perspektive

Im EU-Durchschnitt bejahen 46 % der Bürgerinnen und Bürger dies, wenn sie gefragt werden, ob sie über EU-Projekte oder -Interventionen zur Förderung der Lebensfähigkeit und nachhaltigen Entwicklung in Städten oder städtischen Gebieten informiert sind. Konkret haben 24 % der Bürgerinnen und Bürger von EU-Projekten oder -Interventionen zur Verbesserung der Lebensfähigkeit in der Stadt, in der sie leben, oder in Städten in ihrer Nähe gehört, und 22 % von Projekten in anderen Städten oder weiter entfernten Städten. Mehr als vier von zehn Bürgern (44 %) sind sich der EU-Investitionen in Städten oder städtischen Gebieten nicht bewusst.

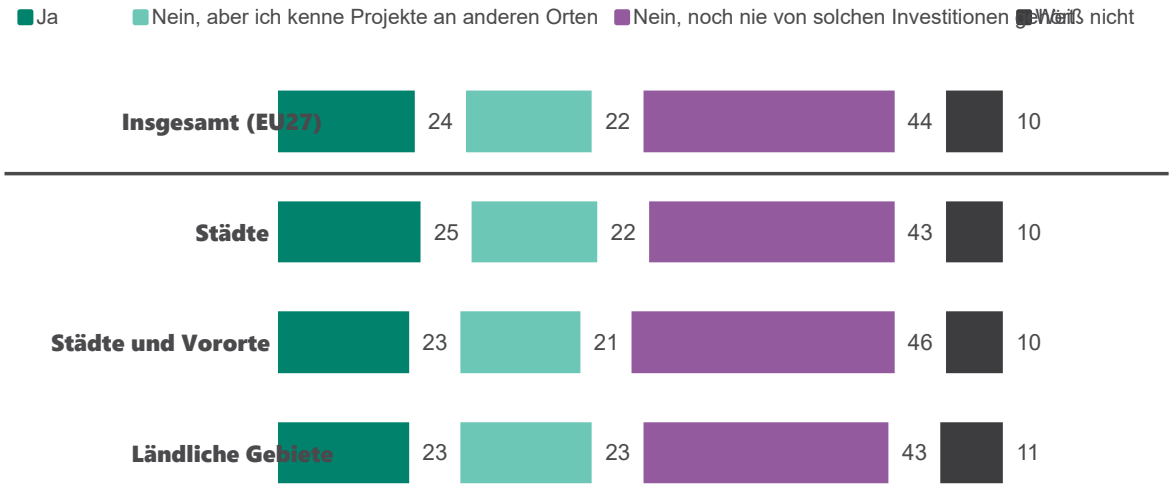
Ansichten von Bürgern, die in Städten leben

Fast jeder zweite Befragte, der in Städten lebt (47 %), berichtet, dass er sich der EU-Projekte oder -Interventionen zur Förderung der Lebensfähigkeit und der nachhaltigen Entwicklung bewusst ist (davon sind sich 25 % solcher Projekte und Interventionen in ihrer eigenen Stadt und 22 % der Projekte und Interventionen an anderen Orten, aber nicht in ihrer eigenen Stadt bewusst).

Städte, Vororte und ländliche Gebiete

Das Bewusstsein für die EU-Unterstützung zur Verbesserung der Lebensfähigkeit in Städten ist in Städten, Städten und Vororten sowie in ländlichen Gebieten auf demselben Niveau.

Q12 Die Europäische Union investiert in Städte und andere städtische Gebiete, um eine lebenswerte und nachhaltige Entwicklung zu unterstützen.
Haben Sie von EU-Projekten oder -Interventionen zur Verbesserung der Lebensfähigkeit in der Stadt, in der Sie leben, oder in Städten in Ihrer Nähe gehört?



(%) Basis: n=31 855 – **Alle Befragten** (Städte, Städte und Vororte sowie ländliche Gebiete) / n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben** / n=11 882 – **Städte und Vororte /** n=7 975 – **Ländliche Gebiete**

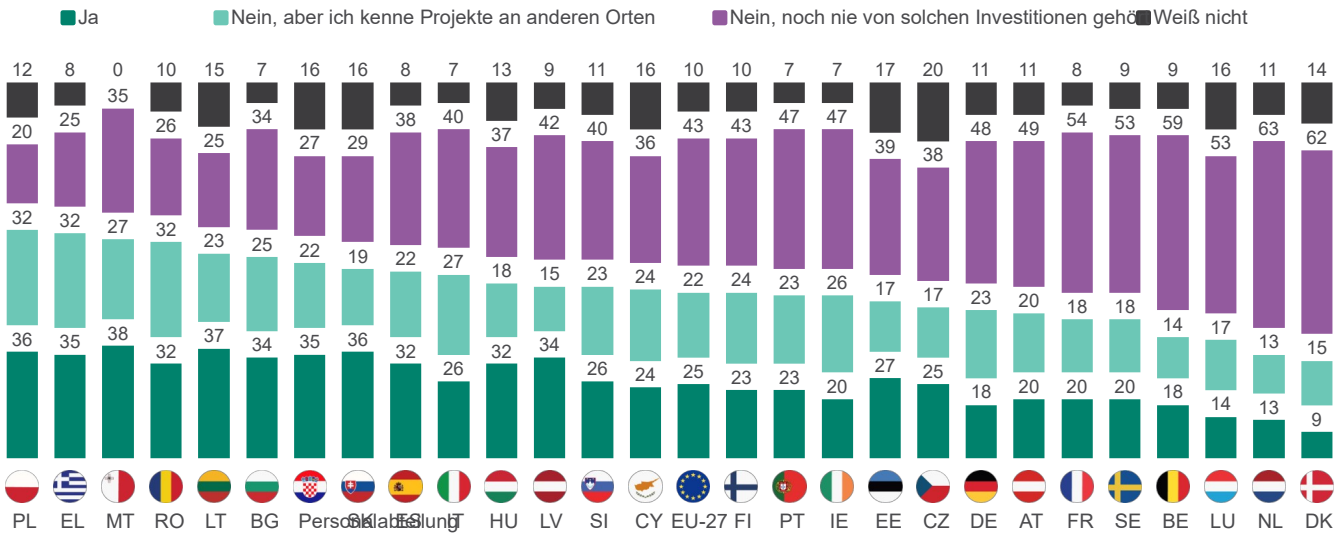
Länderunterschiede mit Fokus auf Städte

Auf der Ebene der einzelnen Länder, die sich auf die in Städten lebenden Befragten konzentrieren, ist das Gesamtbewusstsein für EU-Projekte und -Interventionen zur Verbesserung der Lebensfähigkeit in der eigenen Stadt oder in anderen Städten in Polen (68 %) am höchsten und in Dänemark (24 %) am niedrigsten.

Genauer gesagt berichten zwischen 9 % der Stadtbewohner in Dänemark und 38 % in Malta, dass sie von EU-Projekten oder -Interventionen zur Verbesserung der Lebensfähigkeit in der Stadt, in der sie leben, gehört haben. Der Anteil der Stadtbewohner, die sich dieser Art von Projekten oder Interventionen an anderen Orten, aber nicht in ihrer eigenen Stadt bewusst sind, reicht von 13 % in den Niederlanden bis 32 % in Griechenland, Polen und Rumänien.

Q12 Die Europäische Union investiert in Städte und andere städtische Gebiete, um eine lebenswerte und nachhaltige Entwicklung zu unterstützen.
Haben Sie von EU-Projekten oder -Interventionen zur Verbesserung der Lebensfähigkeit in der Stadt, in der Sie leben, oder in Städten in Ihrer Nähe gehört?

Ansichten von Bürgern, die in Städten leben



(%) Basis: n=11 998 – **Befragte, die in Städten leben**

Unterschiede zwischen den Befragten, die in Städten, Vororten und ländlichen Gebieten leben, in den einzelnen Ländern

In der gesamten EU ist das Bewusstsein für EU-Projekte oder -Interventionen zur Förderung der Lebensfähigkeit und nachhaltigen Entwicklung in Städten oder städtischen Gebieten in Städten, Städten und Vororten sowie in ländlichen Gebieten im Durchschnitt ähnlich. In einigen Mitgliedstaaten gibt es jedoch erhebliche Unterschiede bei der Sensibilisierung je nach Verstädterungsgrad.

In mehreren Mitgliedstaaten ist das Bewusstsein für EU-Projekte und -Interventionen zur Verbesserung der Lebensfähigkeit in Städten oder städtischen Gebieten in ländlichen Gebieten höher als in Städten. Dieser Bewusstseinsunterschied ist größer als zehn Prozentpunkte in Griechenland (81 % in ländlichen Gebieten gegenüber 67 % in Städten), Bulgarien (75 % gegenüber 59 %), Portugal (58 % gegenüber 46 %), Belgien (44 % gegenüber 32 %) und den Niederlanden (43 % gegenüber 26 %).

Der gegenteilige Trend ist in Deutschland und Frankreich zu beobachten, wo die Befragten, die in Städten leben, häufiger als diejenigen, die in ländlichen Gebieten leben, berichten, dass sie sich dieser Art von EU-Investitionen bewusst sind (Deutschland: 42 % in Städten gegenüber 30 % in ländlichen Gebieten; Frankreich: 38 % gegenüber 28 %.

Soziodemografische Unterschiede, die sich auf Bürger konzentrieren, die in Städten leben

Männer, die in Städten leben (53 %), sind häufiger als Frauen, die in Städten leben (42 %), über EU-Projekte oder -Interventionen zur Verbesserung der Lebensfähigkeit in ihrer eigenen Stadt oder in anderen Städten informiert. Das Bewusstsein ist auch bei Stadtbewohnern unter 40 Jahren (54%-57%), im Vergleich zu ihren älteren Kollegen (40%-44%).

In Städten lebende Handarbeiter (41 %) weisen ein geringeres Bewusstsein für EU-Projekte oder -Interventionen zur Verbesserung der Lebensfähigkeit in ihrer eigenen Stadt oder in anderen Städten auf als in anderen Berufsgruppen (49 %-56 %).

Die Befragten in Städten, die ihren lokalen Behörden vertrauen, sind eher als diejenigen, die nicht darauf vertrauen, dass sie sich dieser Art von EU-Investitionen bewusst sind (53 % gegenüber 44 %). In ähnlicher Weise ist das Bewusstsein bei Stadtbewohnern, die ein positives Bild von der EU haben, höher als bei denen, die ein negatives Bild haben (60 % gegenüber 33 %).

Technische Spezifikationen

Zwischen dem 26. März und dem 8. April 2025 führte Ipsos European Public Affairs auf Ersuchen der Europäischen Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung, eine Flash-Eurobarometer-Umfrage 561 zum Thema „Öffentliche Meinung zu städtischen Herausforderungen und Investitionen in Städten“ durch. Es handelt sich um eine allgemeine öffentliche Umfrage, die von der Generaldirektion Kommunikation, Referat „Öffentliche Meinung und Bürgerbeteiligung“, koordiniert wird. Flash-Eurobarometer 561 erfasst die Bevölkerung von EU-Bürgern, die in einem der 27 EU-Mitgliedstaaten ansässig sind und mindestens 15 Jahre alt sind. Dasselbe wurde in jedem Land in drei Gruppen unterteilt, die sich nach dem Grad der Urbanisierung[5]richteten. Der Verstädterungsgrad (DEGURBA) ist eine Klassifikation, die den Charakter eines Gebiets angibt. Es klassifiziert das Territorium eines Landes auf einem städtisch-ländlichen Kontinuum. DEGURBA kombiniert die Bevölkerungsgröße und die Schwellenwerte für die Bevölkerungsdichte, um drei verschiedene Klassen festzulegen:

- Städte
- Städte und Vororte
- ländliche Gebiete[6]

Alle Interviews wurden über Computer-Assisted Web Interviewing (CAWI) unter Verwendung von Ipsos Online-Panels und ihres Partnernetzwerks durchgeführt. Die Befragten wurden aus Online-Zugriffspanels ausgewählt, Gruppen von vorab eingestellten Personen, die sich bereit erklärt haben, an der Forschung teilzunehmen. Die Stichprobenquote wurde nach Alter (15-24-Jährige, 25-34-Jährige, 25-44-Jährige, 45-54-Jährige, 55-64-Jährige und 65-Jährige), Geschlecht und DEGURBA festgelegt.

Fehlermarge

Die Untersuchungsergebnisse unterliegen Stichprobentoleranzen. Die „Fehlermarge“ quantifiziert die Unsicherheit über (oder das Vertrauen in) ein Umfrageergebnis. In der Regel gilt: Je mehr Interviews durchgeführt werden (Stichprobengröße), desto geringer ist die Fehlerquote. Eine Stichprobe von 500 ergibt eine Fehlerspanne von höchstens 4,4 Prozentpunkten und eine Stichprobe von 1 000 eine Fehlerspanne von höchstens 3,1 Prozentpunkten.

Statistische Margen aufgrund von Stichprobentoleranzen
(bei einem Vertrauensniveau von 95 %)

verschiedene Stichprobengrößen sind in Reihen	Verschiedene beobachtete Ergebnisse sind in Spalten						
	5 %	10 %	25 %	50 %	75 %	90 %	95 %
n=50	±6,0	±8,3	±12,0	±13,9	±12,0	±8,3	±6,0
n=100	±4,3	±5,9	±8,5	±9,8	±8,5	±5,9	±4,3
n=200	±3,0	±4,2	±6,0	±6,9	±6,0	±4,2	±3,0
n=500	±1,9	±2,6	±3,8	±4,4	±3,8	±2,6	±1,9
n=1000	±1,4	±1,9	±2,7	±3,1	±2,7	±1,9	±1,4
n=1500	±1,1	±1,5	±2,2	±2,5	±2,2	±1,5	±1,1
n=2000	±1,0	±1,3	±1,9	±2,2	±1,9	±1,3	±1,0

5

6

h

Flash Eurobarometer 561 --- Öffentliche Meinung zu städtischen Herausforderungen und Investitionen in Städten

		Anzahl der Interviews		
	Daten der Feldarbeit	Städte	Städte und Vororte	Ländliche Gebiete
EU-27	26.3-8.4.2025	11998	11882	7975
BE	26.3-3.4.2025	453	453	340
BG	26.3-3.4.2025	463	461	384
CZ	26.3-3.4.2025	443	456	319
DK	26.3-2.4.2025	451	458	297
DE	26.3-2.4.2025	513	520	401
EE	26.3-4.4.2025	456	444	304
IE	26.3-8.4.2025	478	412	324
EL	26.3-7.4.2025	486	443	321
ES	26.3-3.4.2025	528	511	422
FR	26.3-1.4.2025	508	513	425
Personalabteilung	26.3-4.4.2025	469	448	286
IT	26.3-3.4.2025	522	537	390
CY	26.3-8.4.2025	279	224	-
LV	26.3-5.4.2025	448	447	305
LT	26.3-4.4.2025	470	445	310
LU	26.3-8.4.2025	258	255	-
HU	26.3-2.4.2025	460	436	310
MT	26.3-2.4.2025	292	263	-
NL	26.3-5.4.2025	464	462	309
AT	26.3-3.4.2025	457	457	312
PL	26.3-3.4.2025	448	462	306
PT	26.3-3.4.2025	455	459	349
RO	26.3-3.4.2025	459	463	289
SI	26.3-3.4.2025	417	473	324
SK	26.3-2.4.2025	451	460	306
FI	26.3-4.4.2025	427	462	319
SE	26.3-3.4.2025	443	458	323

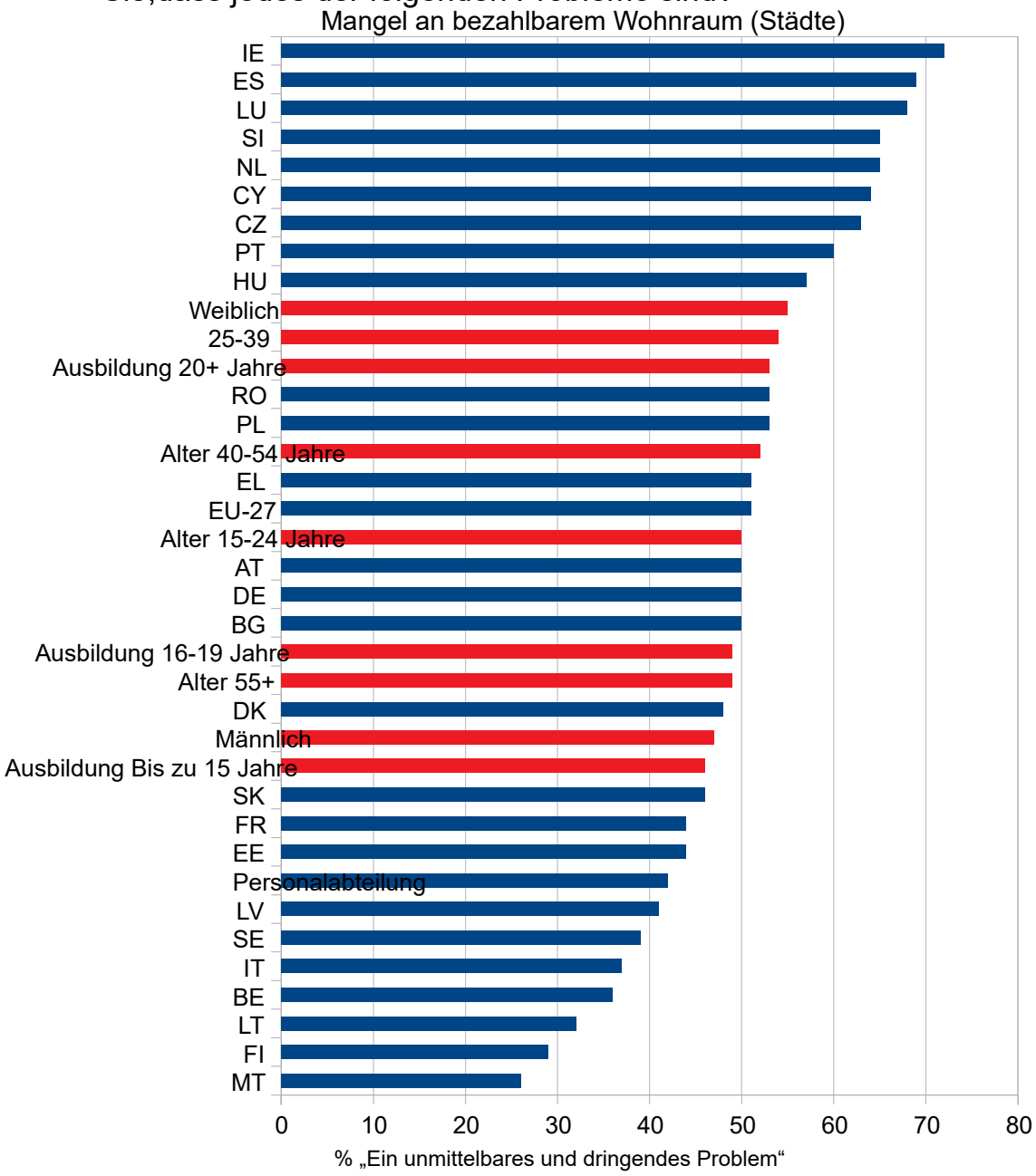
Anmerkungen

(Pierre Dieumegard)

Wie üblich (noch mehr als üblich) sind die Unterschiede zwischen den Ländern größer als zwischen den sozialen Gruppen.

Die erste Frage (Q2) lautete „Wo wohnen Sie, was sind die unmittelbaren und dringenden Probleme?“, und die häufigste Antwort für Stadtbewohner war „der Mangel an bezahlbarem Wohnraum“.

Q2 An dem Ort, an dem Sie leben, wie viel von einem Problem, wenn überhaupt, denken Sie,dass jedes der folgenden Probleme sind?

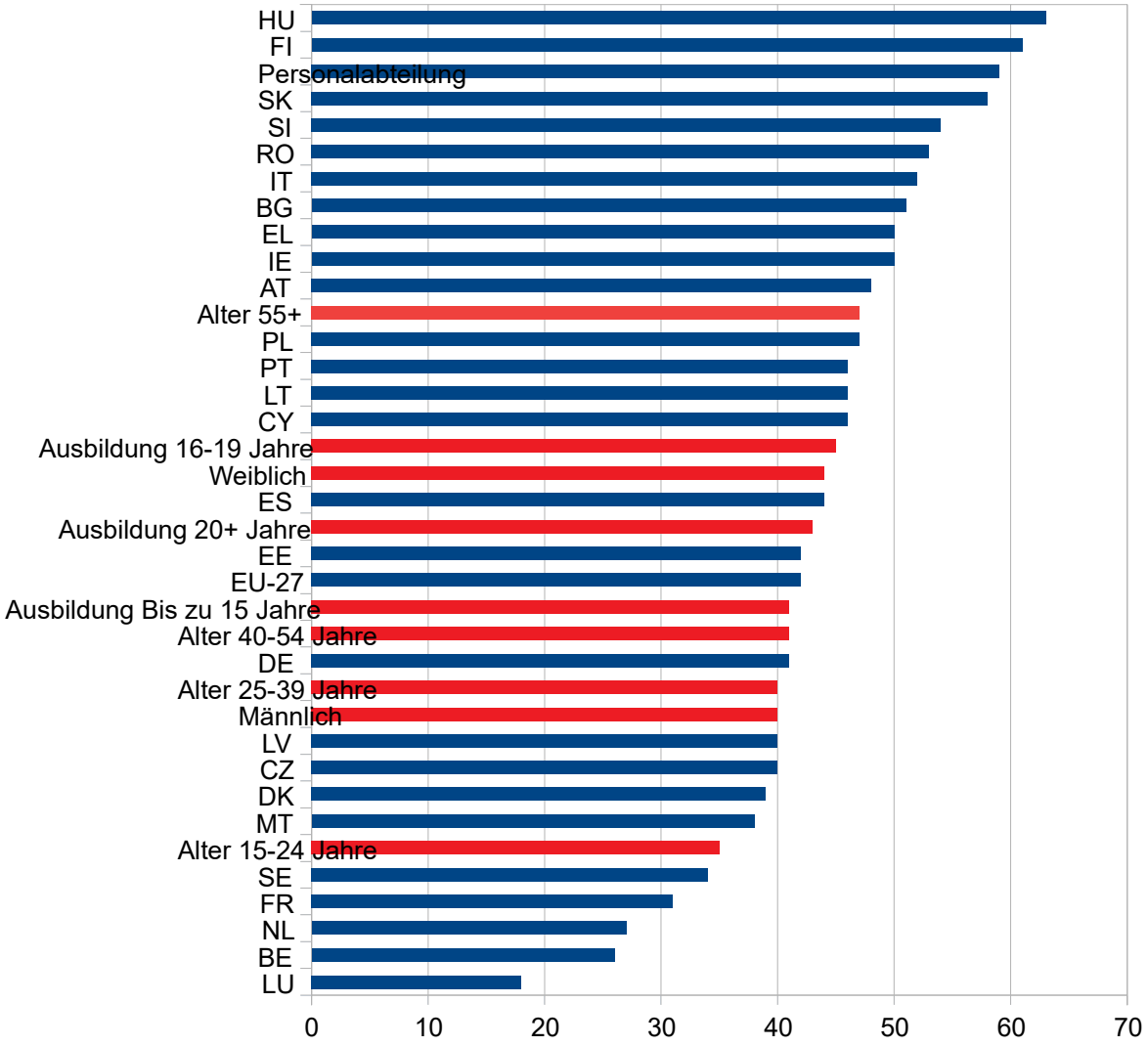


In einigen Ländern ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum stark zu spüren (Irland, Spanien, Luxemburg), während er in anderen Ländern (Malta, Finnland, Litauen) weniger zu spüren ist. Im Gegensatz dazu unterscheiden sich soziale Gruppen (nach Geschlecht, Alter oder Bildungsniveau) viel weniger in ihrer Wahrnehmung des Mangels an bezahlbarem Wohnraum.

Auf die Frage nach dem Verbesserungsbedarf mit maximal drei Auswahlmöglichkeiten aus einer Liste antworteten die verschiedenen Länder sehr unterschiedlich. Beispiel: „Q3 An dem Ort, an dem Sie leben, welche der folgenden Aspekte Ihrer Meinung nach am dringendsten verbessert werden müssen? Bitte wählen Sie bis zu drei Aspekte aus.“)

F3 ...welche der folgenden Aspekte müssen Ihrer Meinung nach am meisten verbessert werden?

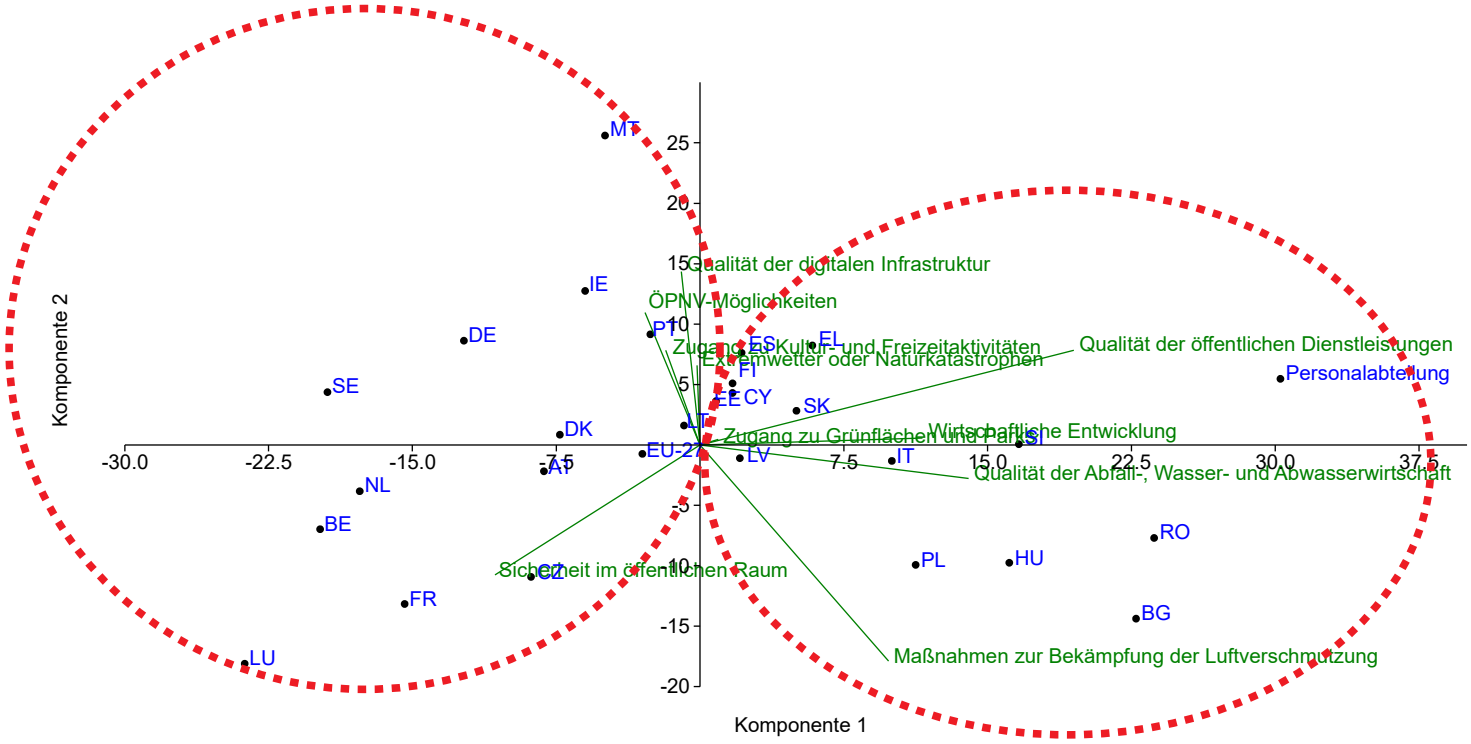
Qualität der öffentlichen Dienstleistungen (z. B. Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Bildung und Altenpflege)



Die Prioritäten zur Verbesserung des Lebens der Menschen sind von Land zu Land unterschiedlich.

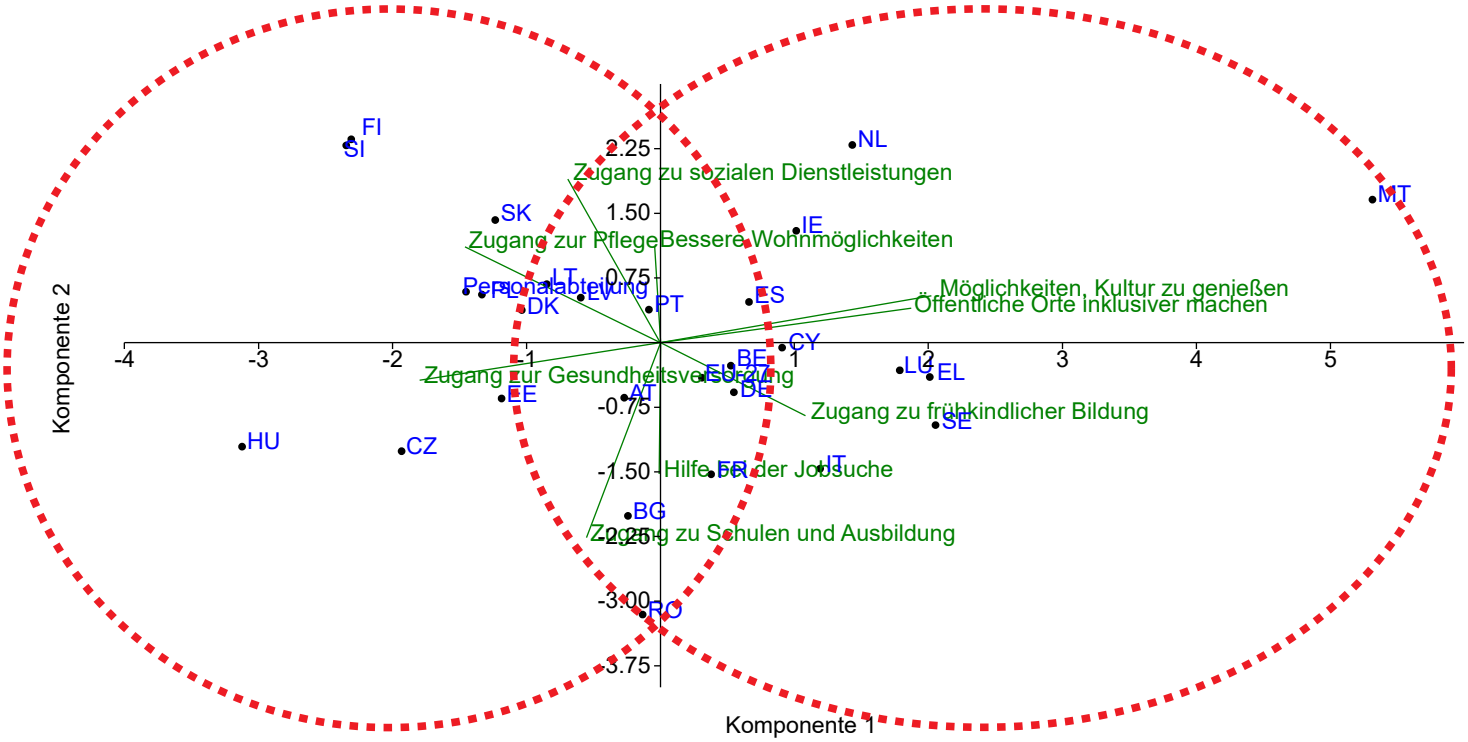
Unter der Frage 3 „Welche Bereiche sind am dringendsten verbesserungsbedürftig?“ können wir eine Hauptkomponentenanalyse der Antworten aus den verschiedenen Ländern durchführen.

Grob gesagt, können zwei Gruppen von Ländern identifiziert werden. Auf der rechten Seite des Diagramms wollen die „Östlichen Länder“ (obwohl Italien zu dieser Gruppe gehört) hauptsächlich Maßnahmen für ihre physische Umgebung: Luftreinhaltung, Wasser- und Abfallwirtschaft. Auf der linken Seite des Diagramms sind die „westlichen Länder“ (obwohl die Tschechische Republik zu dieser Gruppe gehört) stärker an der Sicherheit in ihrer menschlichen Umwelt interessiert: Sicherheit im öffentlichen Raum (hauptsächlich in Frankreich und den Benelux-Ländern) und im öffentlichen Verkehr.



In Frage 6 werden auch Optionen (maximal drei) in Bezug auf die zu tätigenden Investitionen vorgeschlagen („Um die soziale Inklusion an Ihrem Wohnort zu stärken, welche Investitionsbereiche sollten Ihrer Meinung nach priorisiert werden? Bitte wählen Sie bis zu drei Bereiche aus.“)

Auch hier sind die Wünsche der Bewohner von Land zu Land sehr unterschiedlich. Auf der rechten Seite wollen westliche Länder integrativere öffentliche Räume sowie kulturelle und gemeinschaftliche Aktivitäten. Auf der linken Seite wollen osteuropäische Länder Zugang zu Gesundheits- und Sozialdiensten.



Für die nächsten Kommunal- oder Regionalwahlen werden die Kandidaten verkünden, dass sie ihre zukünftigen Wähler glücklich machen wollen. Aber wie viele von ihnen werden diesen Eurobarometer-Bericht tatsächlich gelesen haben, der ihnen sagen könnte, was ihre Mitbürger wollen?

Fragebogen

ALLE ANFRAGE

Q1 [IF DX1=1 oder 2] Wie würden Sie an dem Ort, an dem Sie leben, sagen, dass sich die Lebensfähigkeit verändert hat, seit Sie dorthin gezogen sind?

[IF DX1>2] Wie würden Sie an dem Ort, an dem Sie leben, sagen, dass sich die Lebensfähigkeit im Vergleich zu vor fünf Jahren verändert hat?

(EINZIGE ANTWORT)

Stark verbessert 1

Leicht verbessert 2

Bleibt die gleiche 3

Leicht verschlechtert 4

Stark verschlechtert 5

Weiß nicht 998

ALLE ANFRAGE

Q2 An dem Ort, an dem Sie leben, wie viel von einem Problem, wenn überhaupt, denken Sie, dass jedes der folgenden Probleme sind?

(RANDOMISE ERKLÄRUNGEN 1-8)

(ERKLÄRUNGEN)

Q2_1 Arbeitslosigkeit oder fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten 1

Q2_2 Lokale Annehmlichkeiten (Geschäfte, Restaurants usw.), die das Zentrum verlassen [INFO BUTTON: „Zentrum“ bezieht sich auf das Zentrum des Ortes, an dem Sie wohnen. Wenn Sie in einer ländlichen Gegend leben, bezieht sich dies auf die nächstgelegene Siedlung mit Einkaufsmöglichkeiten.] 2

Q2_3 Geringe Wiederverwendung leerstehender oder stillgelegter Gebäude 3

Q2_4 Mangel an bezahlbarem Wohnraum 4

Q2_5 Gentrifizierung oder Touristifizierung im Zentrum [INFO BUTTON: „Zentrum“ bezieht sich auf das Zentrum des Ortes, an dem Sie wohnen. Wenn Sie in einer ländlichen Gegend leben, bezieht sich dies auf die nächstgelegene Siedlung mit Einkaufsmöglichkeiten.] 5

Q2_6 Unzureichende Integrationsmöglichkeiten für Migranten und Flüchtlinge 6

Q2_7 Armut oder Obdachlosigkeit 7

Q2_8 Mangel an hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen (z. B. Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Bildung und Altenpflege) 8

(RESPONSE SCALE)

Sofortiges und dringendes Problem 1

Ein Problem, das in Zukunft angegangen werden muss 2

Kein großes Problem 3

Weiß nicht 998

ALLE ANFRAGE

Q3 An dem Ort, an dem Sie leben, welche der folgenden Aspekte müssen Ihrer Meinung nach am meisten verbessert werden? Bitte wählen Sie bis zu drei Aspekte aus.

(BIS ZU DREI ZUGELASSENEN VERANTWORTUNGEN) (ERKANNTE ARTIKEL 1-10) (CODE 11 UND CODE 998 SIND AUSSCHLIESSLICH)

Wirtschaftliche Entwicklung und Geschäftsmöglichkeiten 1

Qualität der digitalen Infrastruktur (z. B. Breitbandversorgung und Internetzugang) 2

Verfügbarkeit von erschwinglichen und gut angebundenen öffentlichen Verkehrsmitteln 3

Zugang zu Kultur- und Freizeitaktivitäten 4

Sicherheit im öffentlichen Raum 5

Zugang zu Grünflächen und Parks 6

Maßnahmen zur Bewältigung extremer Wetter- oder Naturkatastrophen 7

Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung 8

Qualität der Abfall-, Wasser- und Abwasserwirtschaft 9

Qualität der öffentlichen Dienstleistungen (z. B. Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Bildung und Altenpflege) 10

Keine dieser 11

Weiß nicht 998

ALLE ANFRAGE

Q4 Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Maßnahmen, um die lokale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt an Ihrem Wohnort zu stärken?

(RANDOMISE ERKLÄRUNGEN 1-4)

(ERKLÄRUNGEN)

Q4_1 Unterstützung lokaler kleiner und mittlerer Unternehmen 1

Q4_2 Entwicklung unternehmerischer Fähigkeiten junger Menschen 2

Q4_3 Umschulung und Weiterbildung von Arbeitnehmern 3

Q4_4 Verbesserung der digitalen Dienste und Infrastruktur für Bürger und Unternehmen (z. B. Breitband-Internetzugang, WLAN, digitale Dienste) 4

(RESPONSE SCALE)

Sehr wichtig 1

Ziemlich wichtig 2

Nicht sehr wichtig 3

Überhaupt nicht wichtig 4

Weiß nicht 998

ALLE ANFRAGE

F5 Um die Erschwinglichkeit von Wohnraum zu verbessern, inwiefern glauben Sie, dass der Ort, an dem Sie leben, von den folgenden Maßnahmen profitieren würde?

(RANDOMISE ERKLÄRUNGEN 1-5)

(ERKLÄRUNGEN)

Q5_1 Mehr neuen bezahlbaren Wohnraum bauen (z.B. durch Anreize) 1

Q5_2 Renovierung bestehender Wohnungen zur Senkung der Energiekosten 2

Q5_3 Überwachung der Mietpreise und Bereitstellung von Mietunterstützungsprogrammen (z. B. Mietobergrenzen, Mietgutscheine) 3

Q5_4 Bereitstellung finanzieller Unterstützung oder steuerlicher Anreize für Erstkäufer von Eigenheimen und schutzbedürftige Gruppen 4

Q5_5 Kontrolle der Immobilienspekulation (z. B. durch Besteuerung leerstehender Immobilien, Regulierung von Kurzzeitmieten oder durch Begrenzung der Zahl der Touristen) 5

(RESPONSE SCALE)

Profitieren Sie viel 1

Vorteil etwas 2

Überhaupt nicht profitieren 3

Weiß nicht 998

ALLE ANFRAGE

F6 Welche Investitionsbereiche sollten Ihrer Meinung nach priorisiert werden, um die soziale Inklusion an Ihrem Wohnort zu stärken? Bitte wählen Sie bis zu drei Bereiche

(BIS ZU DREI ZUGELASSENEN VERANTWORTUNGEN) (ERKANNTE ARTIKEL 1-9) (CODE 10 UND CODE 998)

SIND EXKLUSIV)

Zugang zur Gesundheitsversorgung 1

Zugang zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung (von der Geburt bis zum obligatorischen Grundschulalter) 2

Zugang zu Schulen und Ausbildung 3

Zugang zur Pflege für Menschen, die auf Hilfe von anderen angewiesen sind 4

Bessere Wohnmöglichkeiten für Bedürftige (z. B. einkommensschwache Haushalte oder schutzbedürftige Gruppen) 5

Schaffung inklusiverer öffentlicher Orte für alle (einschließlich junger Menschen, älterer Menschen, Frauen, Menschen mit Behinderungen und LGBTIQ-Personen) 6

Hilfe bei der Arbeitssuche und beim Zugang zur Arbeit 7

Zugang zu sozialen Dienstleistungen (z.B. Beratung, Krisenhilfe) 8

Gelegenheiten, Kultur zu genießen, sich an gemeinschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen und am bürgerlichen Leben teilzunehmen 9

Keine dieser 10

Weiß nicht 998

ALLE ANFRAGE

Q7 Der Lebensstandard von Menschen, die in Städten, Städten und Dörfern leben, kann sich verbessern, wenn es eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen umliegenden Orten gibt. Welche der folgenden Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land wären Ihrer Meinung nach für die Menschen an Ihrem Wohnort am vorteilhaftesten? Bitte wählen Sie bis zu drei Formen der Zusammenarbeit aus.

(BIS ZU DREI ZUGELASSENEN VERANTWORTUNGEN) (ERKLÄRUNGSPUNKTE 1-7) (CODE 8 UND CODE 998 SIND AUSSCHLIESSLICH)

Verbesserung des Zugangs zu qualitativ hochwertigen Lebensmitteln in der Nähe produziert 1

Bewältigung des Arbeitsmarktmangels durch Anwerbung von mehr Menschen aus der Region 2

Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen Städten und nahe gelegenen Städten und Dörfern 3

Bündelung von Ressourcen zur Verbesserung des Schutzes der Naturräume und der biologischen Vielfalt 4

Investitionen in die Verringerung der digitalen Kluft (z. B. durch die Schaffung eines besseren Zugangs zu Online-Bildung, Möglichkeiten des elektronischen Handels) 5

Verbesserung des koordinierten und ausreichenden Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen 6

Verbesserung des koordinierten Zugangs zu hochwertigen Dienstleistungen der allgemeinen und beruflichen Bildung 7

Keine dieser 8

Weiß nicht 998

ALLE ANFRAGE

Q8 Sind Sie der Meinung, dass die lokalen Behörden in jedem der folgenden Bereiche ausreichend Maßnahmen ergreifen, um die Herausforderungen des Klimawandels und der Umwelt an Ihrem Wohnort anzugehen?

(RANDOMISE ERKLÄRUNGEN 1-6)

(ERKLÄRUNGEN)

Q8_1 Energieeffizienz von Gebäuden 1

Q8_2 Sichere Fußgänger- und Radwege 2

Q8_3 Nachhaltiger öffentlicher Verkehr als Alternative zur Nutzung des Autos 3

Q8_4 Luftverschmutzung 4

Q8_5 Bedrohungen durch Hitzewellen oder Überschwemmungen (z. B. durch die Schaffung schattenreicher Straßen, Orte für die Eindämmung von Wasser usw.) 5

Q8_6 Abfallwirtschaft, einschließlich Recyclinganlagen 6

(RESPONSE SCALE)

Genügend Maßnahmen ergreifen 1

Einige Maßnahmen ergreifen, aber nicht genug 2

Überhaupt nicht aktiv werden 3

Weiß nicht 998

ALLE ANFRAGE

Q9 Um die Mobilität an Ihrem Wohnort zu verbessern, in welchen Bereichen sind Ihrer Meinung nach Investitionen am dringendsten erforderlich? Bitte wählen Sie bis zu drei Bereiche aus.

(BIS ZU DREI ZUGELASSENEN VERANTWORTUNGEN) (ERKLÄRUNGSPUNKTE 1-7) (CODE 8 UND CODE 998 SIND AUSSCHLIESSLICH)

Begehbare Bereiche 1

Radwege 2

Transportmöglichkeiten für Pendler in die umliegenden Gemeinden 3

Verbesserungen im Verkehrsmanagement 4

Ladestationen für Elektroautos 5

Erhöhte Frequenz der öffentlichen Verkehrsmittel (Bus, Straßenbahn, U-Bahn) 6

Autofreie Zonen 7

Keine dieser 8

Weiß nicht 998

ALLE ANFRAGE

Q10 Wenn es darum geht, den Ort, an dem Sie leben, zu verbessern, in welchen der folgenden Wege der lokalen Entscheidungsfindung waren Sie in den letzten 5 Jahren involviert? Wählen Sie alles aus, was zutrifft.

(ZULÄSSIGE ZUSTÄNDIGKEITEN) (ZULÄSSIGE ARTIKEL 1-10) (CODE 12 UND CODE 998 SIND AUSSCHLIESSLICH)

Teilnahme an einer Bürgerkonsultation 1

Beteiligt an gemeindegeführten Nachbarschaftsprojekten 2

Teilnahme an öffentlichen Versammlungen oder Veranstaltungen, die von Ihrem Gemeinderat organisiert werden 3

Kontaktieren Sie Ihre gewählten Vertreter 4

Unterschriebene Petition 5

Aktives Engagement in den Medien (z. B. Presse, Audio/TV und soziale Medien), um die Aufmerksamkeit auf lokale Themen zu lenken 6

Freiwilligenarbeit bei Aktivitäten, die von Ihrem Gemeinderat organisiert werden 7

Teilnahme an einer partizipativen Haushaltsplanung 8

Initiieren Sie Ihr eigenes Projekt zur Verbesserung des Lebens in der Gemeinde 9

Beitrag zu Umfragen über lokale Politiken und Dienstleistungen 10

Ich habe an anderen Möglichkeiten der lokalen Entscheidungsfindung teilgenommen 11

Ich habe nicht an der lokalen Entscheidungsfindung teilgenommen 12

Weiß nicht 998

ALLE ANFRAGE

F11 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen über die Teilnahme an lokalen Entscheidungsprozessen zu oder nicht?

(KEINE ZUVERLÄSSIGEN ERKLÄRUNGEN)

(ERKLÄRUNGEN)

Q11_1 Ich bin mir der Möglichkeiten bewusst, Entscheidungen zu beeinflussen, die den Ort beeinflussen, an dem ich wohne 1

Q11_2 Ich möchte mehr an Entscheidungen beteiligt sein, die den Ort betreffen, an dem ich wohne 2

Q11_3 Die lokalen Behörden beziehen die Bürger ausreichend in Entscheidungen ein, die den Ort betreffen, an dem ich wohne 3

(RESPONSE SCALE)

Ich stimme voll und ganz zu 1

Irgendwie einverstanden 2

Irgendwie nicht einverstanden 3

Völlig anderer Meinung 4

Weiß nicht 998

ALLE ANFRAGE

Q12 Die Europäische Union investiert in Städte und andere städtische Gebiete, um eine lebenswerte und nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Haben Sie von EU-Projekten oder -Interventionen zur Verbesserung der Lebensfähigkeit in der Stadt, in der Sie leben, oder in Städten in Ihrer Nähe gehört?

(NUR EINE ANTWORT)

Ja 1

Nein, aber ich kenne Projekte an anderen Orten 2

Nein, noch nie von solchen Investitionen gehört 3

Weiß nicht 998